

Informationen
der Stadt



Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 16. Februar 2016

● TOP 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) begrüßte zur ersten Stadtratssitzung im neuen Jahr. Er gratulierte nachträglich Alfred Fraas (CSU), Ulrike Kruschke (BVW), Walter Daffner (BVW), Günther Eibl (CSU) und Sibylle Ulbrich (Grüne) zum Geburtstag. Entschuldigt fehlte Benedikt Brustmann (BVW). Bevor der Bürgermeister in die Tagesordnung einstieg, tauschte er die Tagesordnungspunkte 3 und 4 in ihrer Reihenfolge. Weiter schlug er vor, die Satzungsänderungen der TOPs 10 und 11 aus Zeitgründen gemeinsam zu beschließen. Zudem sei es gar nicht nötig, TOP 12 zu behandeln. Und die Tagesordnungspunkte 13.1 bis 13.12 könnten zusammengefasst werden. Gegen diese Vorschläge gab es keine Einwände von Seiten der Stadträte.

● Top 2: Kommunalwahl 2014; Amtsniederlegung durch Frau Stadträtin Sibylle Ulbrich; hier: Feststellung der Wirksamkeit

Sachverhalt: Mit Schreiben vom 13. Dezember 2015 bat Stadträtin Sibylle Ulbrich darum zum nächstmöglichen Zeitpunkt von ihrem Amt als Stadtratsmitglied entbunden zu werden. Gemäß dem neu formulierten Art. 48 GIKrWG bedarf es für die Amtsniederlegung keines wichtigen Grundes mehr. Rein deklaratorisch hat jedoch der Stadtrat über die „Entbindung“ zu beschließen.

Richard Kugler (CSU) verkündete seinen Ärger über dieses erneute frühzeitige Ausscheiden eines Grünen-Stadtratsmitgliedes aus dem Gremium. „Das ist jetzt schon das dritte Mal, dass wir jemanden mit viel Arbeit neu einlernen“, stellte er fest. Ein Wechsel alle zwei Jahre sei einfach nicht in Ordnung, weswegen er auch gegen die Wirksamkeit der Amtsniederlegung stimmte.

„Ich respektiere Deine Entscheidung. So ein Amt bringt sehr viel Arbeit mit sich“, sagte Bürgermeister Klaus Heilinglechner zu Ulbrich und wünschte ihr nun beruflich und privat viel Erfolg. Annette Heinloth stellte fest, dass die Arbeit in der kleinen Fraktion, wie es die Grünen in Wolfratshausen sind, sehr umfangreich sei. In Kombination von Beruf und Familienleben sei es für sie nachvollziehbar, dass es für Ulbrich nun zu viel geworden ist. „Du hast unsere Arbeit hier im Stadtrat bereichert mit Querdenkerideen und Humor“, lobte sie und überreichte ihr einen Korb mit verschiedensten Leckereien, die ihr „helfen sollen, zur Ruhe zu finden“. Auch Beppo Praller (BVW) versicherte, dass er Ulbrich – sie saß im Stadtrat direkt neben ihm – vermissen werde. Günther Eibl (CSU) schenkte ihr im Namen der CSU ein Buch und Fritz Meixner nun für die SPD-Fraktion ein „rotes Kuvert“ mit einem Gutschein.

Für die vielen freundlichen Worte bedankte sich die scheidende Stadträtin. Sie könne Kugler verstehen, doch sie habe sich den Schritt sehr gut überlegt. „Es tut mir wirklich leid, aber ich konnte nicht mehr anders“, betonte sie. Für die Zusammenarbeit im Stadtrat bedankte sie sich und wünschte ihrem Nachrücker Rudi Seibt alles Gute.

● TOP 3: Kommunalwahl 2014 – Listennachfolge für Stadträtin Sibylle Ulbrich; hier: Vereidigung von Rudi Seibt

Sachverhalt: Rudi Seibt rückte aufgrund der Amtsniederlegung von Sibylle Ulbrich als jetzt Gewählter in den Stadtrat nach. Seibt hatte am 30. Dezember 2015 schriftlich bekundet, das Amt anzunehmen. Ein eigener Stadtratsbeschluss war hierfür nicht vonnöten. Allerdings musste Seibt, wie alle anderen Stadtratsmitglieder auch, gemäß Art. 31 Abs. 4 der Gemeindeordnung vereidigt werden.

Die Vereidigung übernahm Bürgermeister Klaus Heilinglechner. Seibt sprach ihm die Worte der Eidesformel nach: „Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.“



Bildunterschrift: Vereidigung von Rudi Seibt als neues Mitglieder der Grünen im Stadtrat Wolfratshausen.

● Top 4: Kommunalwahl 2014 – Amtsniederlegung durch Stadträtin Sibylle Ulbrich; hier: Nachbesetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien

Sachverhalt: Gemäß Art. 33 GO oblag in Sachen Ausschussbesetzung das Vorschlagsrecht bei der Fraktion der Grünen. Der Stadtrat hatte die vorgeschlagene Besetzung zu beschließen. Die sonstigen Gremien wurden in der Vergangenheit ebenso in Anlehnung an Art. 33 GO besetzt. Mit E-Mail vom 19. Januar 2015 teilt Fraktionsvorsitzende Annette Heinloth nachfolgende Besetzung mit; der damit verbundenen Rotation in der Gremienbesetzung stand aufgrund des konkreten Anlasses rein kommunalrechtlich nichts im Wege.

Beschlossen wurde die Nachbesetzung wie folgt: Hauptausschuss: Mitglied Rudi Seibt (Vertretung Annette Heinloth); Bauausschuss: Mitglied Hans Schmidt (2. Vertretung Rudi Seibt); Kultur/Soziales/Sport Ausschuss: Mitglied Annette Heinloth (Vertretung Rudi Seibt); Rechnungsprüfungsausschuss: Mitglied Annette Heinloth (2. Vertretung Rudi Seibt); StäWo Aufsichtsrat: Mitglied Hans Schmidt (Vertretung Rudi Seibt); Stadtwerke Verwaltungsrat: Mitglied Hans Schmidt (Vertretung Rudi Seibt).

Heinloth weiter: „Beim Partnerschaftsverein Barbezieux sind derzeit Dr. Manfred Fleischer und Ulrike Kruschke Beiratsmitglieder. Den Beiratsposten von Ulrike Kruschke stellen wir gerne zur Verfügung.“ Nachdem dann von der CSU ein Vorschlag kam, wollte Seibt den Posten dann doch lieber selbst innehaben. „Sonst wären ja zwei CSU-Mitglieder im Partnerschaftsverein. Das sollte besser schon paritätisch verteilt werden“, erklärte er.

● TOP 5: Kommunalwahl 2014 – Amtsniederlegung durch Stadträtin Sibylle Ulbrich; hier: Neubestellung eines/r Sozial- und Familienreferenten/in

Nach der Amtsniederlegung von Sibylle Ulbrich musste der Posten der neue Sozial- und Familienreferentin neu besetzt werden. Annette Heinloth schlug Gerlinde Berchtold (SPD) vor, die das Amt auch gerne übernahm.

● TOP 6: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2015

Das Protokoll wurde genehmigt.

● TOP 7: Lärmaktionsplan – Vorstellung des Zwischenberichts – Beschluss der Maßnahmenvorschläge

Sachverhalt: Die Stadt Wolfratshausen hat Anfang 2015 eine Lärmaktionsplanung gemäß EG-Umgebungsrichtlinie in Auftrag gegeben. Mit der Ausarbeitung wurde das Ingenieurbüro LK Argus beauftragt. Im März/ April 2015 hatte eine Auftaktveranstaltung mit anschließender Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden, die gut angenommen wurde.

Antje Janßen von LK Argus stellte in der Sitzung den Entwurf des Lärmaktionsplans und insbesondere die erarbeiteten Maßnahmenvorschläge vor.

Lärmaktionsplan nach EG-Umgebungsrichtlinie für die Stadt Wolfratshausen: Rechtliche Grundlage der Lärmaktionsplanung ist die EG-Umgebungsrichtlinie vom 25. Juni 2002, die 2005 in deutsches Recht umgesetzt wurde. Damit wurden in das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ein sechster Teil mit dem Titel „Lärminderungsplanung“ und die Paragraphen 47a bis 47f eingefügt. Ergänzt wird das BImSchG durch die 34. BImSch-Verordnung, welche die Details für die Erstellung der Lärmkarten regelt. Grundsätzlich besteht in Deutschland kein Rechtsanspruch auf Lärmsanierung an bestehenden Verkehrswegen. Die im Lärmaktionsplan genannten Maßnahmen sollen von den zuständigen Behörden auf Grundlage bestehender Rechtsgrundlagen (z.B. StVG, StVO) umgesetzt werden.

Für die Lärmaktionsplanung gibt es in Deutschland keine verbindlichen Grenzwerte oder Auslösewerte. Gemäß der Lärmwirkungsforschung ist statistisch nachweisbar, dass bei Mittelwertspegeln tagsüber über 65 dB(A) bzw. nachts über 55 dB(A) das Risiko von Herz-/ Kreislaufkrankungen zunimmt.

Die Bestandsanalyse umfasste die Untersuchung der Verkehrssituation und die Analyse der Lärmkartierung. Lärmbrennpunkte wurden herausgearbeitet und die wesentlichen Lärmverursacher analysiert. Bereits vorhandene Planungen wurden dann hinsichtlich möglicher Wechselwirkungen zur Lärmaktionsplanung ausgewertet und der verbleibende Handlungsbedarf für die Lärmbrennpunkte dargestellt.

Die Ergebnisse für Wolfratshausen:

Im vergangenen Jahr wurde eine erweiterte Lärmkartierung in Wolfratshausen durchgeführt. Diese umfasste die gesamte B11, die Sauerlacher Straße, die Königsdorfer Straße, die Bahnhofstraße, den Floßkanal und die Schießstättstraße. Die Betroffenheitsstatistik zeigt an den genannten Straßen Straßenverkehrslärm von 55 bis mehr als 75 Dezibel (dB). Insgesamt sind davon im Zeitraum Tag-Abend-Nacht über 2.000 Menschen betroffen, 244 Personen leben tagsüber mit einer Lärmbelastung von 70 bis 75 dB.

Lärmbrennpunkte, das sind Abschnitte, in denen mindestens 50 Einwohner von Lärmpegeln über 67/57 dB(A) betroffen sind, gibt es vor allem nachts in der Marktstraße und in der Schießstättstraße, aber auch in den anderen in der Lärmkartierung untersuchten Straßenzügen. Die LK Argus hat nun Prioritäten vergeben, demnach größeren Maßnahmen im Bereich der Marktstraße erste Priorität, wie auch in der Schießstättstraße, an zweiter Stelle folgen Maßnahmen in der Bahnhof- und der Königsdorfer Straße. Die Sauerlacher Straße ist in Priorität 2 und 3 aufgeteilt.

Nach der Bestandsanalyse wurde die Öffentlichkeit informiert. Laut EG-Umgebungsrichtlinie soll die Öffentlichkeit zu Verschlüssen der Aktionspläne gehört werden und bei der Ausarbeitung mitwirken. Dies erfolgte im März vergangenen Jahres. Geplant ist nun noch eine Auslegung des Entwurfs zum Lärmaktionsplan. Erarbeitet wurden dann Strategien und Maßnahmen speziell für Wolfratshausen. „Diese gliedern sich sinnvollerweise in vier Bereiche auf“, erklärte Janßen – um in erster Linie Lärm zu vermeiden. Dies sei durch eine Stadtentwicklung zu einer „Stadt der kurzen Wege“ möglich. Weiter sollte bei der Verkehrsentwicklung auf die Förderung der lärmarmen Verkehrsarten geachtet werden, mit besonderem Fokus auf Radverkehrsförderung und Elektromobilität. Ferner können Lärmemissionen verlagert werden auf neue Strecken oder durch Bündelung im Bestand. Zur Verminderung von Lärmemissionen gibt es auch die Möglichkeit einer leiseren Verkehrsabwicklung, zum Beispiel durch stetigen, langsamen Verkehr auf leisen Straßenbelägen.

„Es ist gut zu wissen, dass der Hauptlärm eines Autos gar nicht mehr vom Motor herrührt, der ist sehr gut isoliert, sondern von den Rädern und dem Straßenbelag“, erklärte Janßen. Und schließlich gibt es noch die Chance zur Verminderung von Immissionen durch aktiven und passiven Lärmschutz. Konzepte müssten entwickelt werden zu verringerten Geschwindigkeiten, für Fahrbahnsanierungen und straßenräumlichen Maßnahmen unter Einbindung von bestehenden Planungen/ Überlegungen in Wolfratshausen und auch den Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung.

„Wichtig ist auf jeden Fall die Geschwindigkeitsreduzierung“, betonte die Fachfrau. Dies sei ohne großen finanziellen Aufwand umzusetzen und dennoch eine kurzfristige und wirksame Maßnahme zur Lärminderung. „Aber sie ist kein Allheilmittel“, warnte sie. Man müsse auch die Auswirkungen auf den Öffentlichen Personennahverkehr im Auge behalten und eine eventuelle Verkehrsverlagerung beobachten. Die LK Argus schlägt Tempo 30 in der Marktstraße, der Bahnhofstraße und der Schießstättstraße vor. Der zentrumsnahe Teil der Königsdorfer Straße sollte nachts auf 30 Stundenkilometern begrenzt werden.

Im Falle von Baumaßnahmen an Straßen sollte Wolfratshausen vermehrt Fahrbahnsanierungen mit lärminderndem Asphalt durchführen. „Dieser wird in Bayern bereits mehrfach erfolgreich eingesetzt“, berichtete Janßen. Das Lärminderungspotenzial liegt – wie auch bei einer Reduzierung auf Tempo 30 – bei 2 bis 5 dB(A). Laut Auskunft des städtischen Bauamts ist bereits der Einbau von lärminderndem Asphalt unter anderem in der Sauerlacher Straße und in Teilen des Markts geplant.

„Straßenräumliche Maßnahmen haben eine lärmindernde Wirkung und verbessern die Aufenthaltsqualität. Dazu gehören zum Beispiel auch Radwege, die von der Straßenbahn abgetrennt werden. Dadurch rutschen die Fahrzeuge einen Meter von den Häusern ab und durch eine verengte Fahrbahn wird der Verkehr auch noch verlangsamt und verstetigt“, erklärte sie. Vorgeschlagen wird eine Radwegmarkierung auf der Fahrbahn an der Südseite der Sauerlacher Straße. In der Königsdorfer Straße sind die Markierung eines Schutzstreifens und eine Gehwegverbreiterung zu prüfen.

Neben all diesen lärmindernden Maßnahmen sollen auf der anderen Seite die so genannten „ruhigen Gebiete“ im Stadtgebiet erhalten bleiben. „Das sind Rückzugsbereiche für die Bevölkerung“, erklärte Janßen. Allerdings hatte die LK Argus nach Bereichen mit weniger als 40 dB(A) gesucht und keine gefunden. Es gibt jedoch drei Gebiete mit weniger als 50 dB(A), die als „Ruhige Gebiete“ in den Lärmaktionsplan eingetragen werden könnten. Diese sind der Bergwald, ein Stück am Loisachufer sowie die Isarauen südlich von Farchet und Waldram.

Die Stadträte dankten Janßen für den Vortrag. Kritisch hinterfragt wurde die Umsetzbarkeit der Vorschläge zur Lärminderung zum Beispiel von Manfred Menke (SPD). Er wollte wissen, ob die Ergebnisse einen rechtlich bindenden Charakter hätten. Dies musste Janßen jedoch verneinen. „Bei Gemeindestraßen können Sie selbst entscheiden, was Sie machen. Bei überörtlichen Straßen haben unsere Ergebnisse nur empfehlenden Charakter“, erklärte sie ihm. Wenn zum Beispiel in der Schießstättstraße Tempo 30 eingeführt werden wolle, dann könnte das eben nur über Anträge an geeigneter Stelle erreicht werden. „Da haben Sie vielleicht auch manchmal ein dickes Brett vor sich, das man bohren muss!“ Peter A. Plößl (CSU) wollte wissen, welche Erfahrungen Janßen bereits bei der Umsetzung ihrer Vorschläge gemacht habe. Diese können laut der Fachfrau jedoch nicht verallgemeinert werden. „Das ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Es handelt sich hier um sehr politische Fragen.“

Die Stadträte beschließen schließlich einstimmig:

Die im Folgenden aufgeführten Maßnahmen zur Lärmreduzierung an den ermittelten Lärmbrennpunkten sollen im Entwurf des Lärmaktionsplans festgeschrieben werden. Der Entwurf des Lärmaktionsplans dient anschließend der 2. Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

B 11 Untermarkt (Münchener Straße bis Bahnhofstraße)

- Fahrbahnsanierung mit lärminderndem Asphalt (ist bereits geplant).
- Ergänzend wird Tempo 30 ganztags aufgrund weiterhin hoher Lärmbelastungen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (Engstellen) empfohlen. (Anordnung im gesamten Straßenzug Untermarkt/ Obermarkt sowie Bahnhofstraße/ Am Floßkanal und Johannissgasse).

Schießstättstraße (Königsdorfer Straße bis Sauerlacher Straße)

- Einrichtung von Tempo 30 ganztags (Am Waldrand/ Sauerlacher Straße) zur Lärminderung und Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Ergänzend ist mittelfristig die Sanierung der Fahrbahn mit lärminderndem Asphalt vorgesehen.

B 11 Untermarkt/Obermarkt (Bahnhofstraße bis Johannissgasse)

- Einrichtung von Tempo 30 ganztags zur Lärminderung und Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit (Anordnung im gesamten Straßenzug Untermarkt/ Obermarkt sowie Bahnhofstraße/ Am Floßkanal und Johannissgasse).

Bahnhofstraße/Am Floßkanal (Gartenstraße bis ca. 90 m nördlich Hammer-schmiedweg)

- Einrichtung von Tempo 30 ganztags zur Lärminderung und Vermeidung von Verkehrsverlagerungen (Anordnung im gesamten Straßenzug Untermarkt/ Obermarkt sowie Bahnhofstraße/ Am Floßkanal und Johannissgasse).

St 2070 Sauerlacher Straße (Am Floßkanal bis Schießstättstraße)

- Fahrbahnsanierung mit lärminderndem Asphalt (ist bereits geplant).
- Empfohlen wird die Einrichtung eines Schutzstreifens auf der südlichen Fahrbahnseite im Zuge der Fahrbahnsanierung.

B 11 Königsdorfer Straße (Johannisbrücke bis Wettersteinstraße)

- Einrichtung von Tempo 30 nachts zur Lärminderung.
- Ergänzend wird die Einrichtung eines Schutzstreifens sowie die Gehwegverbreiterung auf der östlichen Fahrbahnseite empfohlen – ggf. im Zuge von Fahrbahnsanierungsarbeiten.

B 11 Johannissgasse/St 2370 Obermarkt (Johannisplatz bis ca. 20 m südlich Beuerberger Straße)

- Einrichtung von Tempo 30 ganztags zur Lärminderung und Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit (Anordnung im gesamten Straßenzug

Untermarkt/ Obermarkt sowie Bahnhofstraße/ Am Floßkanal und Johannissgasse).

Äußere Münchener Straße (ca. 80 m nördlich Am Hang bis ca. 30 m südlich Weidacher Hauptstraße)

- Empfohlen wird die Prüfung des Erfordernisses einer Fahrbahnsanierung sowie deren Umsetzung mit lärminderndem Asphalt (Steigungsstrecke, Kurvenbereich).

St 2070 Sauerlacher Straße (ca. 70 m westlich Wettersteinstraße bis Am Floßkanal)

- Fahrbahnsanierung mit lärminderndem Asphalt (ist bereits geplant).
- Empfohlen wird die Einrichtung eines Schutzstreifens auf der südlichen Fahrbahnseite im Zuge der Fahrbahnsanierung.

St 2070 äußere Sauerlacher Straße (Schießstättstraße bis ca. 100 m westlich Lärchenweg)

- Fahrbahnsanierung mit lärminderndem Asphalt (ist bereits geplant).
- Empfohlen wird die Einrichtung eines Schutzstreifens auf der südlichen Fahrbahnseite im Zuge der Fahrbahnsanierung.

● TOP 8: Weiteres Vorgehen und Prozedere zur Einführung eines Stadtmanagements

Sachverhalt: Die Frage der weiteren Ausgestaltung des Wolfratshausener Stadtmanagements befindet sich bereits seit Jahren in der Diskussion. Der Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für die zu bewältigenden Aufgaben wird von allen Gruppierungen erkannt und bestätigt. Im Rahmen des von der CIMA begleiteten Stadtmanagements hat eine intensive Beratung zur den zentralen Fragestellungen und Anforderungen, Aufgabenfeldern und Optionen der Organisationsentwicklung stattgefunden.

Übergeordnetes Ziel der Wolfratshausener Standortförderung ist die optimale Positionierung der Stadt Wolfratshausen (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), eine optimierte Aufgabenkoordination im Sinne einer gemeinsamen Stadtentwicklungsstrategie sowie die konkrete Aufgaben- und Ressourcenzuweisung. Dabei soll das künftige Stadtmanagement in Wolfratshausen die Gesamtstadt im Blick haben und standortbezogen sowie thematisch agieren.

Im Hinblick auf die organisatorische Ausgestaltung stehen die Einbindung aller relevanten Partner sowie eine möglichst handlungsfähige und flexible Ausgestaltung im Vordergrund. Zu berücksichtigen sind dabei die Bewahrung der Eigenständigkeit der Vereine, die Entlastung des Ehrenamts sowie das Ziel, mehr Hauptamtlichkeit für die Bewerkstellung der anstehenden Aufgaben zu erreichen.

Als Handlungsfelder, die für das Wolfratshausener Stadtmanagement insgesamt von zentraler Bedeutung sind, wurden im Rahmen der bisherigen Beratungen oben genannte Bereiche definiert. Diese Bereiche sollen künftig enger verzahnt und ressourcenmäßig besser ausgestattet werden. Im Abgleich mit der bisherigen Ausgestaltung sowie den anstehenden Aufgaben soll gemäß Abstimmung in der Lenkungsgruppen sowie den Rückmeldungen aus den bisherigen Beratungen der Schwerpunktbereich der zu ergänzenden Ressourcen zunächst im Bereich „**Unternehmensservice/Stadtmanagement**“ liegen.

Durch zusätzliche Ressourcen in diesem Bereich sollen wiederum Freiräume in den übrigen relevanten Bereichen geschaffen werden, sodass hier im Rahmen der vorhandenen (Zeit-)Budgets eine intensivere Bearbeitung möglich wird. In den Bereichen „Wirtschaftsförderung“ und „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ soll zudem mittelfristig eine Aufstockung der Ressourcen erfolgen.

Im Konzeptpapier der Lenkungsgruppe werden die Grundlagen, Aufgabenbereiche und Varianten der organisatorischen Ausgestaltung dargelegt. Die Lenkungsgruppe spricht sich dabei mehrheitlich für die interne Ansiedlung der zusätzlichen Ressourcen aus. Die CIMA empfiehlt zusammenfassend und mit Blick auf den vorauszusehenden Aufwand und einen möglichst kurzen Umsetzungshorizont zunächst die verwaltungsinterne Ergänzung einer Vollzeitstelle für den Bereich „Stadtmanagement und Unternehmensservice“: Alle im Rahmen des gemeinsamen Prozesses definierten Aufgabenbereiche sind aktuell maßgeblich in der Verwaltung angesiedelt. Das Ziel der engen Verzahnung kann durch eine zunächst interne Ergänzung am leichtesten bewerkstelligt werden. Eine externe Ansiedlung würde aus Sicht der CIMA erfahrungsgemäß umfangreiche Anpassungsprozesse für aktuell verwaltungsintern angesiedelte Bereiche notwendig machen.

Zur Förderung und Umsetzung der aktuellen Maßnahmen insbesondere im Bereich der Innenstadtentwicklung sind gemäß Ergebnis des bisherigen Beratungsprozesses – unabhängig von der finalen Ausgestaltung des Stadtmanagements in Wolfratshausen – ohnehin zusätzliche Ressourcen in der Verwaltung vonnöten. Die aktuell verwaltungsintern angesiedelten Bereiche des Stadtmanagements weisen bereits eine starke Orientierung auf die private Seite auf. Diese kann durch die ressourcenmäßige Ergänzung weiter ausgebaut werden. Zudem bietet die interne Ansiedlung vergleichsweise kurze Wege in die Verwaltung. Umgekehrt stellt sich die starke Verzahnung einer externen Organisationsform mit der Verwaltung regelmäßig als herausfordernd dar. Bei jeder Form des Outsourcings wird ein Rechtsgeschäft begründet, dem eine vertragliche Vereinbarung mit entsprechender finanzieller Gestaltung zugrunde liegt. Neben den obligatorischen kommunalrechtlichen Klärungen sind steuer-, beihilfe- und vergaberechtliche sowie arbeitsrechtliche Fragen zu beachten. Hier entsteht im Vergleich zur empfohlenen internen Lösung ein zeitlicher und finanzieller Zusatzaufwand. Auf Grund der aktuellen hohen vergabe- und beihilferechtlichen Anforderungen an Gesellschaften mit voraussichtlich starker städtischer Beteiligung empfiehlt sich zunächst die Wahl der internen Organisationsvariante. Die Übertragung von Aufgaben und Mitteln auf einen Dritten unterliegt grundsätzlich dem Vergaberecht. Bestehen zwischen dem der übernehmenden Organisation und der übertragenden Gemeinde keine derartig engen Verknüpfungen, dass ein sogenanntes „Inhouse-Geschäft“ entsteht, muss ausgeschlossen werden (ab zirka 200.000 Euro europaweit).

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Eine GmbH-Lösung könnte dementsprechend keine starke Beteiligung der privaten Seite gewährleisten. Zudem ist bei der anzunehmenden maßgeblichen finanziellen Beteiligung der Stadt explizit zu prüfen, ob die Zuwendungen bzw. Defizitausgleiche der Stadt zu der Stadtmarketing-Organisation in den Anwendungsbereich des Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 fallen. Wenn ja, ist oftmals ein sogenannter „Betrauungsakt“ erforderlich. Der Betrauungsakt muss vor einem etwaigen Defizitausgleich erfolgen. Im bisherigen Abstimmungsprozess wurden als relevante Organisationsformen eine verwaltungsinterne Lösung sowie die Gründung einer externen Gesellschaft identifiziert.

Im Vergleich stellt die interne Ergänzung von Ressourcen im Bereich des Stadtmanagements die kostenmäßig günstigste Umsetzungsvariante dar.

Für wirtschaftliche Aktivitäten in entsprechender Höhe besteht auch bei der Stadt Vorsteuerabzugsfähigkeit, sodass hier kein klarer wirtschaftlicher Vorteil für eine externe Gesellschaft zu identifizieren ist.

Eine starke finanzielle Beteiligung von privater Seite ist gemäß bisheriger Abstimmungsprozesse lediglich vom Werbekreis Wolfratshausen e.V. in Aussicht gestellt. Aus Sicht der CIMA empfiehlt sich die Verwendung dieses Betrages für die (Ko-)Finanzierung von konkreten Projekten. Andernfalls müsste im Falle der Einrichtung einer externen Gesellschaft ein höheres zusätzliches Umsetzungsbudget bereitgestellt werden, dass die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft absichert. Dies bedeutet eine höhere Belastung des städtischen Haushalts sowie höhere Anforderungen an die Gewinnung von zusätzlichen Sponsoring-Mitteln.

Beschlussvorschlag der Verwaltung: Der Stadtrat beschließt, die bestehenden Aufgabenfelder des Stadtmanagements durch zusätzliche Ressourcen für den Bereich „Stadtmanagement und Unternehmensservice“ zu ergänzen. Diese sollen zunächst verwaltungsintern angesiedelt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung sowie die weiteren notwendigen Schritte vorzunehmen.

Zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller (SPD), Mitglied der Lenkungsgruppe, stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung um Änderung des Beschlussvorschlags. So soll der Citymanager in Vollzeit arbeiten und vorläufig extern angesiedelt werden. Die Gesellschaftsform, die ihn beschäftigt, ist in der Lenkungsgruppe zu erarbeiten. Auch wie die Vereine Werbekreis, Unternehmervereinigung und Lebendige Altstadt Wolfratshausen daran zu beteiligen sind – finanziell oder in geldwerter Leistung. Die Aufgabe des Citymanagers soll sein, eine Schnittstelle unter anderem für Verwaltung, Händler und Verbände zu bilden. „Koordination, Information, Eventmanagement und auch Leerstandsmanagement sollten zu seinen Aufgaben gehören. Wir brauchen einen Kümmerer, der ein breites Netzwerk herstellt“, erklärte er. Der Antrag wurde mit 13:11 Stimmen angenommen.

Zu den Gegnern dieses Beschlusses gehörte auch Dr. Ulrike Krischke. „Wir können doch als Stadt nicht einfach einen Citymanager einstellen, ohne dass die Gesellschaftsform feststeht“, sagte sie und betonte, dass Schnallers Vorschläge nicht dem Meinungsbild der Lenkungsgruppe entsprächen. Dieser antwortete ihr, dass er seinen Vorschlag erarbeitet hatte, nachdem im Hauptausschuss keine Mehrheit für einen im Rathaus beschäftigten Citymanager hergestellt werden konnte. „Der Vorteil daran: Falls es mit ihm nach drei Jahren noch nicht gut funktioniert, können wir wieder wechseln.“

„Aber die Reihenfolge ist trotzdem falsch“, sagte nun auch Helmut Forster (BVW). Schnaller erklärte ihm, es sei jetzt erst einmal ein Grundsatzbeschluss erforderlich, dass ein Citymanager eingestellt werden soll. „Natürlich ist die Gesellschaftsform vorher zu klären.“

Verärgert über den Antrag zur Geschäftsordnung waren auch Annette Heinloth (Grüne) und Beppo Praller (BVW): „Da haben sich die Leute monatelang den Kopf zerbrochen – ehrenamtlich – und dann wird alles in ein paar Minuten nach einen Geschäftsordnungsantrag anders entschieden.“

Günther Eibl (CSU) erinnerte an die Vereinbarung der Lenkungsgruppe, lediglich eine Entscheidung für oder gegen einen Citymanager herbeiführen zu wollen. Mit diesem Ergebnis wolle man dann im Lenkungsausschuss weiterarbeiten. Er schlug vor, den durch den Geschäftsordnungsantrag Schnallers geänderten Beschluss noch einmal minimal zu verändern. So könnte die Lenkungsgruppe dann weiterarbeiten.

Dr. Hans Schmidt (Grüne) stellte dann den Antrag zur Geschäftsordnung, der Stadtrat beschließt den Aufgabenbereich Stadtmanagement personell und finanziell zu erweitern und zu ergänzen. Diese Stelle wird vorläufig extern angesiedelt. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde mehrheitlich angenommen. Dem Beschlussvorschlag Schmidts folgten die Stadträte schließlich mit 15:9 Stimmen.

● TOP 9: Haushalt 2016; Erlass der Haushaltsatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen

Sachverhalt: Der Entwurf zum Haushaltsplan 2016 wurde am 25. Januar 2016 an die Stadtratsmitglieder verschickt und in den zurückliegenden Ausschusssitzungen ausführlich erläutert und beraten. Im Hauptausschuss wurde eine Erweiterung des Stellenplans für die Musikschule beschlossen, die in die Beschlussformulierung eingearbeitet.

Der Verwaltungshaushalt beträgt in Einnahmen und Ausgaben 33.995.600 Euro, der Vermögenshaushalt 4.844.200 Euro. Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht festgesetzt. Verpflichtungsermächtigungen werden in Höhe von 3.530.000 Euro festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 3.500.000 Euro festgesetzt.

Haushaltsvorbericht

Das Volumen des Verwaltungshaushalts (33,99 Millionen Euro) steigt gegenüber dem Vorjahr um 193.000 Euro (= 0,47 Prozent), das des Vermögenshaushalts sinkt um 3.708.500 Euro bzw. 43,36 Prozent. Das **Gesamtvolumen** beträgt 38.839.800 Euro, dies sind 3.515.500 Euro (= 8,30 Prozent) weniger als im Vorjahr.

Der Verwaltungshaushalt wird durch steigende Ausgaben geprägt. Insbesondere im Bereich der Personalausgaben und der Ausgaben für die Kinder- und Jugendförderung sowie der Kreisumlage ergeben sich Zuwächse, die die Zuführung an dem Vermögenshaushalt deutlich mindern. Verstärkt wird dieser Effekt durch einen zu erwartenden Rückgang beim Gewerbesteueraufkommen, der durch die weiteren Steuereinnahmen nur bedingt aufgefangen werden kann.

Die im Investitionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen der nächsten Jahre schöpfen die planmäßig zur Verfügung stehenden Finanzmittel des jeweiligen Haushaltsjahres ab und machen eine Rücklagenentnahme erforderlich. Eine weitere Aufstockung der Rücklage zur Risikovorsorge erfolgt im Finanzplanungszeitraum nicht mehr. Insbesondere das Investitionsvolumen für die Maßnahme an der Schule Wolfratshausen wird Darlehensaufnahmen in den Jahren ab 2017 erfordern.

Vermögensveräußerungen zum Haushaltsausgleich sind im Finanzplanungszeitraum vorgesehen. Eine sparsame Mittelbewirtschaftung ist aufgrund der konjunkturellen Risiken weiter geboten.

Derzeit nicht im Haushaltsplan enthalten sind Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte und für den Mietwohnungsbau. Nach der Ausarbeitung entsprechender Konzeptionen und der Abschätzung möglicher Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, wird gegebenenfalls die Einbringung eines Nachtragshaushalts und die Überarbeitung der Finanzplanung erforderlich.

Haupteinnahmequellen des **Verwaltungshaushalts** sind weiterhin die Einkommensteuerbeteiligung (12,47 Millionen Euro), die Gewerbesteuer (7,90 Millionen Euro) und das Aufkommen aus der Grundsteuer A und B (2,45 Millionen Euro). Eine weitere wichtige Rolle spielen die Einnahmen aus Zuschüssen und Zuweisungen (2,94 Millionen Euro). Die Einnahmen aus der Einkommensteuerbeteiligung betragen 36,7 Prozent, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer 23,3 Prozent, die Einnahmen aus der Grundsteuer 7,2 Prozent und die Einnahmen aus Zuschüssen und Zuweisungen 8,7 Prozent am Anteil der Gesamteinnahmen und stellen mit insgesamt 75,8 Prozent wesentliche Säulen der Finanzausstattung der Stadt Wolfratshausen dar. Das Steuerbruttoaufkommen verringert sich gegenüber dem Ansatz des Vorjahres voraussichtlich um 416.100 Euro. Ursächlich hierfür ist der geringere Ansatz beim Gewerbesteueraufkommen im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2015.

Im Verwaltungshaushalt bleibt die **Kreisumlage** mit 10.158.200 Euro bzw. 29,9 Prozent der größte Einzelposten. Die Umlage erhöht sich voraussichtlich um 752.200 Euro gegenüber dem Vorjahr.

Insgesamt verringert sich das Steuernettoaufkommen gegenüber dem Vorjahr um 986.300 Euro.

Die **Personalausgaben** als zweitgrößter Ausgabeposten betragen 6.287.200 Euro bzw. 18,5 Prozent der Gesamtausgaben. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aufgrund der erwarteten tariflichen Mehrkosten und Stellenmehrungen (Erläuterungen siehe Seite 19) eine Steigerung um 438.800 Euro. Davon steigt der Anteil der Bezüge und Beschäftigungsentgelte gegenüber dem Vorjahresansatz um 320.400 Euro, und die Personalnebenausgaben (Versorgungskassenbeiträge, Sozialversicherung u. a.) um 118.400 Euro. Der Anteil für die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten bleibt zum Vorjahr gleich.

Minderausgaben wurden beim **sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand** veranschlagt. Die Ausgaben verringern sich gegenüber dem Vorjahresansatz um 124.000 Euro auf 4.959.700 Euro. Die Reduzierung beruht im Wesentlichen auf den im Vorjahr enthaltenen Ansätzen zur Umsatzsteuer (Hangsicherung Bergwald), zum Energienutzungsplan und zur Vektorisierung und Digitalisierung der Baugepläne. Nähere Erläuterungen zu den Veränderungen sind auf Seite 21 dargestellt.

Weiter ansteigend sind die Zuschüsse im Bereich der **Kinder- und Jugendförderung**. Der Ansatz steigt auf der Ausgabenseite gegenüber dem Vorjahr um 870.000 Euro (Gliederung 46 Gruppierung 70). Der Anstieg ergibt sich aus der Erhöhung der Förderung nach BayKiBiG und dem Ausbau der Kindertagesstätten im Stadtgebiet (z.B. Kinderland Weyern, Waldkindergarten Mama Lupa).

Die Zielvereinbarung für den städtischen Bauhof mit dem Ziel der Leistungssteigerung, Erhöhung der Transparenz und der Vereinfachung trat zum 01.01.2013 in Kraft. Der Budgetansatz wurde gegenüber dem Vorjahr nochmals um 58.600 Euro angehoben. Ein Verlustausgleich ist nicht mehr eingeplant.

Der Verwaltungshaushalt wurde im Jahr 2004 erstmals flächendeckend budgetiert und zwar mit insgesamt 11 Budgets.

Im Budget 01 wird zunächst die zur Verfügung stehende Finanzmasse ermittelt, die dann zur Finanzierung der Budgets 02-11 verwendet wird. Der verbleibende Überschuss, die sogenannte freie Finanzspanne, wird an den Vermögenshaushalt abgeführt. In 2016 wird ein Überschuss in Höhe von 2.183.700 Euro erwirtschaftet.

Die Entwicklung der flächendeckenden Budgetierung stellt sich wie folgt dar: Die Einnahmen aus den Budgetbereichen 02-11 betragen insgesamt 7.578.200 Euro, sie erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 609.900 Euro. Die Ausgaben (Budget 02-11) erhöhen sich um 1.450.700 Euro auf 19.642.400 Euro. Der Zuschussbedarf der Ausgabebudgets 02-11 beträgt damit 12.064.200 Euro, er erhöht sich gegenüber dem Vorjahresansatz um 840.800 Euro. Die Mittelanforderungen für die städtischen Einrichtungen und Budgets sind ohne Streichungen im Budgethaushalt berücksichtigt. Für die Notwendigkeit und wirtschaftliche Umsetzung zeichnen die Budgetverantwortlichen.

Der Schwerpunkt im **Vermögenshaushalt** 2016 liegt bei der Überplanung und Umsetzung der anstehenden Aufgaben: Umbau und Sanierung ehemalige Landwirtschaftsschule, Neubau einer Kindertagesstätte in Wolfratshausen und den Maßnahmen für die Stadtbushaltestelle. Zudem erfolgen der Ausbau der Auenstraße und Maßnahmen an der Bettingerstraße. Ausgabeansätze sind u.a. enthalten für die Förderung der Breitbandversorgung, die Ausstattung der Informatikräume an den Schulen sowie die Anschaffung eines Fahrzeuges für die Feuerwehr Wolfratshausen. Zur Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen ist eine Rücklagenentnahme in Höhe von 1.874.700 Euro eingeplant.

Mit Beschluss vom 12.04.2011 wendet sich die Stadt der **Reduzierung ihrer Verschuldung** zu. Vorgesehen ist, die Mehreinnahmen aus der Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes (von 320 v.H. auf 380 v.H.) zu mindestens 50 Prozent für die Aufstockung der allgemeinen Rücklage zur Risikovorsorge und zur Ansparung von Mitteln zur Darlehensrückführung zu verwenden. Nähere Informationen sind der Darstellung auf Seite 38 zu entnehmen. Das Ansparziel zur Darlehensrückzahlung wird mit Ende des Haushaltsjahres 2015 bereits erreicht.

Zur allgemeinen Risikovorsorge verbleibt in der Rücklage in 2016 ein Betrag in Höhe von rund 2,0 Millionen Euro.

Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.530.000 Euro werden für den Neubau des Kindergartens am Steghiasweg und für die Förderung der Breitbandversorgung für die Haushaltsjahre 2017-2019 eingestellt.

Der **Schuldenstand** hat sich seit 2010 nicht weiter erhöht. Eine **Darlehensaufnahme** ist für 2016 nicht eingeplant. Aufgrund der Schulentwicklung und der damit verbundenen Investitionen in den Schulstandort Hammerschmiedweg werden im Finanzplanungszeitraum 2017-2019 Darlehensaufnahmen von voraussichtlich rund 4,5 Millionen für die Sanierung und Erweiterung der Schule erforderlich. Die Planungen sind abzuwarten.

Derzeit nicht im Haushaltsplan enthalten sind Investitionen für **Flüchtlingsunterkünfte** und für den Mietwohnungsbau. Nach der Ausarbeitung entsprechender Konzeptionen und der Abschätzung möglicher Auswirkungen auf die Mittelinanspruchnahme im Haushalt 2016 und im Finanzplanungszeitraum, wird gegebenenfalls die Einbringung eines Nachtragshaushalts und die Überarbeitung der Finanzplanung erforderlich sein.

Die Ergebnisse der Gespräche zum Kommunalen Finanzausgleich lagen zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2016 bereits vor. So ist die Änderung bei der Berechnung der Steuerkraft bereits in der Finanzplanung berücksichtigt. Im Ergebnis führt dies zu einer Erhöhung der Steuerkraft bei der Stadt Wolftrathausen. Trotz eines sinkenden Hebesatzes bei der Kreisumlage von 53,0 auf 50,0 v.H. steigt die Zahllast an den Landkreis um 752.000 Euro auf 10.158.000 Euro für die Stadt Wolftrathausen an. Ein Spielraum für Investitionen in Flüchtlingsunterkünfte und in Mietwohnungsbau durch die Senkung des Hebesatzes bei der Kreisumlage wurde damit – entgegen anderer Meinungen in Presseberichten – nicht eröffnet. Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt in 2016 aufgrund ihrer Finanzkraft nicht.

Die konjunkturelle Entwicklung bleibt abzuwarten.

Günther Eibl, Fraktionssprecher der CSU, hielt keine Haushaltsrede „um Zeit zu sparen“. Es war bereits abzusehen, dass die umfangreiche Tagesordnung nicht bis 22 Uhr abzuarbeiten ist und einige Punkte auf Mittwoch verlagert werden müssen. Er sprach der Stadtverwaltung seinen „Respekt“ aus für die Aufstellung des Haushaltsplans 2016. Bei der Lektüre habe er sich an Zeiten der Haushaltssperre in Wolftrathausen erinnert und so habe er mit Stadtratskollegen nach Einsparmöglichkeiten gesucht. „Wir haben im Haushaltsplan auch noch nichts für die S-Bahn-Verlängerung nach Geretsried und den Bau der Flüchtlings-Unterbringung eingeplant“, mahnte er. Deswegen sei Sparen angesagt.

Dem stimmte auch Annette Heinloth (Grüne) zu. Sie ist mit dem Haushalt auch nicht in allen Punkten einverstanden. Grundsätzlich hinterfragte sie auch die Reihenfolge der Haushaltsdebatten. So wäre es ihr lieber, die einzelnen Punkte im Stadtrat zu diskutieren, bevor der fertige Haushaltsplan von der Kämmererei im Stadtrat vorgestellt wird. Das wäre ihrer Meinung nach demokratischer. Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) meinte, dass die Haushaltsdiskussionen bisher eigentlich gut funktioniert hätten. „Ich will mich aber Neuem nicht verschließen“, sagte er.

Zur Haushaltsdiskussion hatten dann CSU, SPD und die Grünen einen gemeinsamen Antrag vorbereitet, der verschiedene Änderungen enthielt. Diese sehen aus wie folgt:

1) Sachlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand:

Hier wird eine pauschale Kürzung um 10 Prozent vorgeschlagen, was sich im Haushalt 2016 mit rund 500.000 Euro niederschlagen soll. „Wir wollen kein Harakiri“, betonte Fritz Meixner (SPD). Doch wolle man bei sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben lieber sparsam sein. Nach aktuellem Stand würden die Rücklagen in den kommenden zwei Jahren aufgebraucht und dringend notwendige Investitionen ab 2017 nur noch über Kredite finanzierbar sein.

Eine pauschale Kürzung empfindet Bürgermeister Heilinglechner als schwierig. „Sollen wir in den Turnhallen weniger heizen“, fragte er. Eine detaillierte Auflistung, wo gespart werden soll, wäre notwendig. Sein Stellvertreter Fritz Schnaller (SPD) erinnerte ihn daran, dass natürlich „nicht mit dem Rasenmäher“ eingespart werden solle. Doch dieses Vorgehen habe sich schon in der Vergangenheit bewährt, es handle sich um Zielvorgaben. Der Bürgermeister solle den Budget-Verantwortlichen klar machen, dass die Einsparung „ernsthaft anzustreben ist“.

2) Veranstaltungsmanagement Loisachhalle: Hier wird eine pauschale Kürzung um 100.000 Euro gefordert. Meixner erinnerte, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder zu vermehrten Mehrkosten im Kultur-Management gekommen war. Es sei notwendig, einzelne Veranstaltungen zu überprüfen und kostendeckender zu arbeiten. Ein Veranstaltungstag in der Loisachhalle mit 16.000 Euro (Darin enthalten sind laut Haushaltsplan Gage, Hallenmiete, Nebenkosten, Werbung, Technik, Gebühren und sonstige Kosten, die Red.) anzusetzen, erscheine den Räten von CSU, SPD und Grünen als zu hoch.

Stadtkämmerer Roland Zürnstein stellte fest, dass die Einsparvorschläge 1 und 2 (siehe oben) kollidieren, da sie zum Beispiel aus dem gleichen Budget bezahlt werden. So ist das Veranstaltungsmanagement Teil des „Sächlichen Betriebsaufwands“ und würde somit sowohl um zehn Prozent als auch zusätzlich 100.000 Euro gekürzt. Er schlug vor, den „Sächlichen Betriebsaufwand“ nur um 7,5 Prozent zu kürzen, dafür die Kürzung des Veranstaltungsmanagements um 100.000 Euro beizubehalten. Das hätte dann den von den Räten kalkulierten Effekt.

Dem Vorschlag Zürnsteins stimmten die Räte mit 21:3 Stimmen zu. Die Kürzung des Veranstaltungsbudgets von 504.000 auf 404.000 Euro (für 43 Belegungstage Loisachhalle inklusive 7 Aufbau- und sechs Foyertage, die Red.) wurde mit 23:1 Stimmen beschlossen.

3) Sportlergala 2016: Im Kulturausschuss im Oktober 2015 war beschlossen worden, die Sportlergala im zweijährigen Rhythmus stattfinden zu lassen. Nachdem sie 2015 stattfand, würde sie demnach erst wieder 2017 abgehalten. Das ergibt eine Kosteneinsparung für 2016 in Höhe von 35.000 Euro.

Beppo Praller (BVW) zeigte sich nicht erfreut über diesen Vorschlag. Der Event sei schließlich ein Dank an die Sportler, der seiner Meinung nach jedes Jahr stattfinden solle. Und auch Heilinglechner möchte die 35.000 Euro im aktuellen Haushaltsplan lassen. Allerdings vor einem anderen Hintergrund. So finden 2017 be-

reits das Flussfestival und der Deutsche Flößertag in Wolftrathausen statt. „Das Programm ist schon voll, da brauchen wir nicht auch noch eine Sportlergala.“

Die Räte versicherten, das Thema in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses noch einmal zu behandeln. Grundsätzlich wollen sie jedoch wieder „Back to the roots“, das heißt eine „kleine, charmante Feier“. So meinte Gerlinde Berchtold: „35.000 Euro sind für manche ein Jahresgehalt. Und die werden hier an nur einem Abend ausgegeben. Besser wäre es doch, wenn die Sportler das Geld in ihre Arbeit einbauen könnten.“ Ihr Vorschlag lautete, für die Sportler eine „Sause“ beim Flussfestival zu veranstalten.

Schließlich schlug Kulturreferent Alfred Fraas (CSU) vor, die Sportlergala 2016 mit 5.000 Euro im Haushalt zu belassen. Dies wurde mit 19:5 Stimmen beschlossen.

5) Trauungsloß Badeweiher: Diese Investition soll gestrichen werden, was eine Einsparung von 36.000 Euro ausmacht. Annette Heinloth (Grüne) zeigte sich erstaunt, dass im Haushalt eine Investition enthalten ist, die noch gar nicht im Stadtrat beschlossen worden war. Forster erklärte ihr, dass die Stadt sich damit ein Alleinstellungsmerkmal hätte schaffen wollen. Doch Günther Eibl (CSU) möchte ein Trauungszimmer im Untermarkt 10 (siehe TOP 14) schaffen, weswegen er das Trauungsloß Badeweiher komplett streichen möchte.

6) Damit entfallende auch die geplante Raumkühlung Trauungszimmer im Rathaus in Höhe von 13.000 Euro. Die Stadträte beschlossen diese Einsparung mit 17:7 Stimmen.

7) Loisach-Fontaine: Die Loisach-Fontaine soll weniger Energie verbrauchen. Die Mehrkosten für die Umstellung belaufen sich auf 20.000 Euro.

„Wolftrathausen ist mehr als 1.000 Jahre alt, da kann sie sich mehr als eine schwache Prostata leisten“, polterte Dr. Manfred Fleischer (CSU). Er ist nicht bereit, 20.000 Euro auszugeben, um danach nur noch ein Rinnsal zu haben. Laut Annette Heinloth (Grüne) von deren Fraktion der Vorschlag gekommen war, sei dies jedoch nicht zu befürchten. Die angestrebte Pumpe werde in Bad Wiessee bereits eingesetzt und produziere natürlich auch eine ordentliche Fontaine. „Allerdings verursacht sie 9.000 Euro weniger Stromkosten pro Jahr“, gab sie zu bedenken.

Beschlossen wurde, die Verwaltung mit einer Prüfung alternativer Pumpen zu beauftragen. Sie sollen Strom sparen, aber das Ortsbild nicht verändern. Dies wurde mit 22:1 Stimmen beschlossen.

8 + 9) Neubau Kinderspielplatz Bürgermeister-Seidl-Straße in 2016 und Erneuerung Kinderspielplatz Farchet Mehrzweckhalle in 2017 für jeweils 65.000 Euro. „Der geplante neue Kinderspielplatz sollte in diesem Jahr realisiert werden“, bat Annette Heinloth (Grüne). Für Kultur und Sport habe die Stadt relativ hohe Ausgaben, nicht jedoch für eine familienfreundliche Stadt. Deswegen sollte die Stadt hier investieren, denn in Wolftrathausen gäbe es bis auf zwei nur „marode“ Spielplätze. Weiter berichtete sie von den Änderungswünschen einiger Mütter für den Spielplatz an der Mehrzweckhalle in Farchet. Dieser sollte mehr für Kleinkinder bieten.

Beppo Praller (BVW) findet den Vorschlag richtig, glaubt jedoch nicht, dass eine Realisierung 2016 erfolgen wird. Dr. Manfred Fleischer (CSU) warnte davor, jetzt am Spielplatz in Farchet etwas zu machen, wenn noch nicht klar sei, wie viel rund um die Halle abgesperrt wird, wenn dort Flüchtlinge untergebracht werden müssen. Grundsätzlich sei der Spielplatz dort zwar klein, aber doch gut gepflegt. Außerdem müsse nicht alles teuer möbliert sein, schön wären auch lebendige Elemente, wie Tunnel aus Weidenzweigen.

Der Bau des Kinderspielplatzes an der Bürgermeister-Seidl-Straße für 65.000 Euro wurde mit 22:2 Stimmen beschlossen, die Neumöblierung des Spielplatzes an der Mehrzweckhalle wurde vorerst gestrichen.

10) Campingplatz: Der Bau von neuen Unterkünften für 50.400 Euro wurde mit 21:3 Stimmen gestrichen. „Wir bekennen uns zum Tourismus in Wolftrathausen, müssen aber erst diskutieren, was wir genau machen wollen“, stellte Günther Eibl (CSU) vor.

11) Mobiler Elektronischer Zeigefinger: Angeschafft werden sollen zwei neue mobile Elektronische Zeigefinger für insgesamt 10.000 Euro. „Wir möchten gerne in Farchet und in der Königsdorfer Straße Richtung Markt jeweils einen Zeigefinger aufstellen“, sagte Dr. Hans Schmidt (Grüne). Dafür wünscht er sich dann auch Auswertungen. Dr. Manfred Fleischer (CSU) stimmte dem zu: „Unsere Zeigefinger haben die ‚Sparta-Ausführung‘. Es wäre schön, wenn wir ein Modell aus dem 3. Jahrtausend anschaffen.“ Die Stadträte stimmten mit 23:1 Stimmen für die Anschaffung.

12) Gestaltung Ortseingang B11a (Flößerei); Änderung mit Kostenreduzierung von 70.000 auf 20.000 Euro. „Wir wollen nur eine Reduzierung des Kostenansatzes“, betonte Fritz Meixner (SPD). Er ist sich sicher, dass ein Flößerdenkmal mit Blumen und Fahnen auch für 20.000 Euro möglich sei. Heilinglechner antwortete ihm, dass die 70.000 Euro aus dem „luftleeren Raum“ gegriffen worden wären, der Verein Lebendige Altstadt Wolftrathausen wolle noch konkrete Vorschläge bringen. „Ob 20.000 Euro ausreichen werden, weiß ich allerdings nicht. Es sollte halt nicht nach Pappmaché aussehen“, betonte er. Grundsätzlich sei es an der Zeit, in der Stadt etwas zum Thema Flößerei zu machen, denn „nicht mal auf unser Briefkopf wird auf die Flößerei hingewiesen“. Helmut Forster (BVW) schlug vor, mit den Flößereibetrieben zu sprechen. „Wenn die Saison beendet ist, könnte man ja dann ein Floß übernehmen. Das kostet sicher nicht so viel“, meinte er. Schließlich schlug Fritz Schnaller (2. Bürgermeister, SPD) vor, die Kosten auf 35.000 Euro zu deckeln. Dem stimmten die Räte mit 20:4 Stimmen zu. „Wir wollen keine Spaßbremse sein, aber wie sollen wir sonst 12 Millionen Euro in vier Jahren generieren“, meinte er.

13) Anschaffung Feuerwehr-Fahrzeug: Walter Daffner (BVW) schlug vor, die Anschaffung des im Haushalt stehenden Feuerwehrfahrzeugs für dieses Jahr zu streichen. Damit würden weitere 390.000 Euro eingespart.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

„Die Feuerwehr ist so gut gerüstet“, stellte er fest. Dr. Hans Schmidt widersprach: „Kein Feuerwehrfahrzeug in Wolfratshausen ist mit einem anderen vergleichbar“, stellte er fest. Das im Haushalt stehende Fahrzeug sei als Ersatz für ein komplett veraltetes gedacht. Und Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) fügte hinzu, dass es sich um Einsatzfahrzeug für den Katastrophenschutz handle. Allerdings sei es eigentlich ein Bundes-Fahrzeug, das vormals von Bund und Landkreis angeschafft worden war. „Doch jetzt werden diese Fahrzeuge nur noch in der Nähe von Atomkraftwerken bezahlt. Wenn wir das jetzt kaufen, machen wir uns eigentlich eine Bundesaufgabe zu Eigen“, stellte er fest. Er könne nicht beurteilen, ob das Ersatzfahrzeug tatsächlich notwendig ist.

Gerlinde Berchtold (SPD) kämpfte für das Fahrzeug: „Nach 26 Jahren muss es jetzt einfach ausgetauscht werden. Es gibt ja auch bei uns mal Großbrände“, sagte sie. Es sei einfach nicht mehr tauglich für die Pflichtaufgaben der Stadt. Außerdem werde es ja mit 76.000 Euro vom Bund bezuschusst.

„Wir haben schon viel Zeug angeschafft, was rumsteht“, stellte Rudi Seibt (Grüne) fest. Und Annette Heinloth, Fraktionssprecherin der Grünen, schlug dann vor, die Anschaffung auf 2017 zu verschieben und bis dahin die Feuerwehr dazu zu hören. Dem stimmten die Räte mit 20:4 Stimmen zu.

14) Geplante Maßnahmen in der Auenstraße und am Gehweg in der Gebhardt-Straße: Helmut Forster (BVW) schlug vor, diese Maßnahmen zu verschieben. Damit könnten weitere 530.000 Euro eingespart werden. Dem Vorschlag folgten die Räte mit 23:1 Stimmen.

15) Surfelle: Roswitha Beyer (SPD) schlug vor, den Bau der Surfelle auf 2017 zu verschieben. Stadtkämmerer Roland Zürnstein erklärte ihr, dass dieser Ausgabe auch Einnahmen in gleicher Höhe entgegenstünden. „Außerdem wissen wir ja noch gar nicht, ob das Vorhaben überhaupt realisiert wird. Wir warten ja noch auf die Zusage des Kraftwerksbesitzers. Wenn wir die Mittel streichen, dann können wir kurzfristig nichts unternehmen“, sagte er. Auch Annette Heinloth (Grüne) würde sie im Haushalt lassen, wenn sie sich komplett refinanziert. Schließlich sprach Dr. Manfred Fleischer (CSU) die Befürchtung aus, dass die Surferwelle bei Niedrigwasser der Loisach wenig Sinn macht. Gisela Gleißl, Tourismusmanagerin der Stadt und Initiatorin des Projekts Surfelle, versuchte den Räten zu erklären, dass ein Zuschuss über EU-Fördergelder aus dem Leader-Topf nur beantragt werden können, wenn die Co-Finanzierung durch die Stadt gegeben ist. „Und wenn nix im Haushalt ist, dann kann ich schwer etwas bei Leader beantragen“, sagte sie nachdrücklich.

Doch die Stadträte nahmen mit 13:11 Stimmen auch die Surfelle aus dem Haushaltsplan.

„Jetzt haben wir zweieinhalb Stunden um Einsparungen gekämpft“, sagte Beppo Praller (BVW) doch damit sei es noch nicht genug. „In Summe werden wir 3,5 Millionen Euro mehr ausgeben als 2012.“ Deswegen sei Gegensteuern notwendig, vor allem, da die Stadt sich auf eine schwierige Situation einstellen muss. Es sei wichtig, so weiterzuarbeiten, um in ruhigere Gewässer zu gelangen.

Die Stadträte beschlossen einstimmig die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und den Anlagen sowie den in der Sitzung beschlossenen Änderungen.

● **TOP 10: Kommunalrecht – Ortsrecht; hier: 1. Satzung zur Änderung der Archivgebührensatzung**

Sachverhalt: Die Satzung musste den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Insbesondere entsprechen die Gebührentatbestände in Art und Höhe nicht mehr den Gegebenheiten.

Die Stadträte beschlossen die 1. Satzung zur Änderung der Archivgebührensatzung einstimmig.

● **TOP 11: Kommunalrecht – Ortsrecht; hier: 2. Satzung zur Änderung der Archivsatzung**

Sachverhalt: Die Satzung musste den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen wurden in den Satzungsentwurf eingearbeitet. Diese werden im auszufertigenden Original wieder entnommen.

Die Stadträte beschlossen einstimmig die 2. Satzung zur Änderung der Archivsatzung.

● **TOP 12: Personalwesen Musikschule; Stellenplan 2016; hier: zusätzliche Unterrichtsstunden (5 Stunden) für den Kinderchor (Assistenzstelle) in EG 9 TVÖD ab 1. April 2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

● **TOP 13: Antrag der Fraktion der CSU, der Fraktion der SPD und der Stadträte der Bürgervereinigung Benedikt Brustmann, Helmut Forster und Markus Höft sowie Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Aufhebung aller städtischen Beschlüsse (Ausschüsse und Stadtrat) zur Renovierung, bzw. Sanierung und der künftigen Nutzung der städtischen Immobilie Untermarkt 10**
Zwölf Unterpunkte behandelten die Aufhebung unterschiedlicher Beschlüsse. Diese zwölf verschiedenen Beschlüsse wurden einstimmig gemeinsam, aufgehoben (siehe Top 1).

● **TOP 14: Gemeinsamer Antrag des Wirtschaftsreferenten Helmut Forster, BVW-Stadtratsfraktion, des Kulturreferenten Alfred Fraas, CSU-Stadtrat, des Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion Wolfratshausen, Günther Eibl, und des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Wolfratshausen, Fritz Meixner, zur Instandsetzung und Nutzungsänderung der städtischen Immobilie Untermarkt 10**

Wortlaut des Antrags: Im Rahmen eines Bürgerentscheides am 6. Dezember 2015 haben nur annähernd 17 Prozent der stimmberechtigten Wolfratshäuser Bürgerinnen und Bürger für einen Bürgerladen im städtischen Gebäude Untermarkt 10 in der Altstadt von Wolfratshausen gestimmt. Das notwendige Quorum wurde dadurch nicht erreicht und die Eröffnung eines Bürgerladens in diesen Räumlichkeiten nicht gewünscht. Die Stadt Wolfratshausen ist die Eigentümerin dieser Immobilie und steht somit auch in der Verpflichtung, notwendige Instandhaltungsmaßnahmen vorzunehmen, um eine dauerhafte und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten. Denn auch für sie gilt der Grundsatz: „Eigentum verpflichtet“. Infolgedessen sind diese Sanie-

rungsmaßnahmen mit der Neuausrichtung und der damit verbundenen Nutzungsänderung dieser städtischen Immobilie zu koppeln und abzustimmen. Nach unserer Überzeugung empfiehlt sich die Nutzung des Untermarkt 10 durch die Stadt Wolfratshausen selbst und daraus resultiert nachfolgender Antrag.

Der Stadtrat wolle beschließen: Alle bisherigen Beschlüsse seit 1. Mai 2014 zur Nutzung des Untermarkt 10 werden mit Wirkung ab jetzt durch diesen Beschluss ersetzt.

Die Stadt Wolfratshausen nutzt das städtische Gebäude im Erdgeschoss wie folgt: Heimatmuseum mit Sonderausstellungen, Flößerausstellung, Tourismusbüro, Ausstellung des Wallnererbes, Kulturmanagement, Kartenverkauf für alle städtischen Veranstaltungen, Citymanagement/ Wirtschaftsförderung, Städtepartner-, Paten- und Freundschaften, Trauungszimmer. Die räumliche Nutzung des Erdgeschoss erfolgt analog der in der Planzeichnung von Stadtrat Alfred Fraas.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Stadtratsitzung am 10. Mai 2016 auf Grundlage der vorgenannten Punkte I bis III eine entsprechende Beschlussvorlage zur Umsetzung vorzulegen. Dabei hat sie sämtliche planungsrechtliche Gesetze, Verordnungen und Satzungen (diese Aufzählung ist ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zu prüfen und umzusetzen, sowie sämtliche finanzielle Förder- und Zuschussmöglichkeiten zu eruiieren und einzuarbeiten. Die Unterlagen sind den Stadtratsmitgliedern 3 Wochen vor der benannten Stadtratsitzung am 10. Mai 2016 in schriftlicher Form zur Durcharbeitung zu überstellen.

Des Weiteren ist auf Basis dieser Unterlagen im Einvernehmen mit den Stadträten ein Vororttermin zur Besprechung dieser Unterlagen im Vorfeld der vorgenannten Sitzung durchzuführen.

Begründung: Das Heimatmuseum unserer Stadt mit seinen sehr wertvollen Exponaten ist in seinen bisherigen Räumen außerordentlich beengt und dieses schon sehr knappe Raumangebot wird durch die Behebung von erst kürzlich bekannt gewordenen Brandschutzmängeln noch weiter eingeschränkt. Das Heimatmuseum im 1. OG von Untermarkt 10 – und im Eingangsbereich des Erdgeschosses – sowie als Magazin im Dachgeschoss des Gebäudes muss deshalb erweitert werden. Dafür bietet sich nach unserer Überzeugung das Erdgeschoss von Untermarkt 10, das in der Vergangenheit als Ladenfläche fremd vermietet wurde, idealerweise an.

Um hier auch Einnahmen zu generieren und das Heimatmuseum optimal unseren Besuchern zu präsentieren, soll nach unseren Vorstellungen auch eine Tourist Information sowie der Kartenverkauf aller städtischen Veranstaltungen und auch der Karten aus „München Ticket“ sowie der Verkauf von Geschenken und Andenken aus Wolfratshausen mit aufgenommen werden.

Durch eine entsprechende personelle Umsetzung aus dem Rathaus ergeben sich Synergieeffekte, die wir ausnutzen müssen. Neben dem Karten- und Geschenke- und Andenkenverkauf könnte das Kulturamt schneller und effektiver erreicht werden und die Öffnungszeiten unseres Heimatmuseums können deutlich erweitert werden. Es entsteht dadurch direkt in unserer Altstadt eine attraktive Erweiterung unserer städtischen Serviceleistungen, die auch mit Einnahmen für unsere Stadt verbunden ist.

Bevor dieses Projekt umgesetzt werden kann, sind noch weitere Punkte zu klären bzw. zu berücksichtigen: Gibt es für eine Erweiterung des Heimatmuseums, das ja ein Einzelndenkmal ist, öffentliche Fördermittel, in welcher Höhe und von welcher Stelle (z.B. Städtebauförderung, Museumsförderung, Mittel aus dem europäischen Leader Programm und vielleicht noch andere). Hier wären Gespräche unter anderem mit unserer Nachbarstadt Geretsried und der Regierung von Oberbayern zielführend.

Durch diese neue Nutzung des gesamten Gebäudes können sicher auch die Bockhorn Bilder aus dem Nachlass Wallner entsprechend der Auflagen aus der Erbschaft ausgestellt und dafür der vorhandene, bis jetzt gespernte Betrag ganz oder teilweise eingesetzt werden.

Zusammen mit den in den Haushalt 2016 für die Instandsetzung des Untermarkt 10 einzustellenden Mitteln und den möglicherweise noch zu erwartenden öffentlichen Zuschüssen, wird dies durchaus zu einer erfolgreichen Umsetzung des Vorhabens führen. Durch die geplante Erweiterung erhöht sich das Raumangebot des Heimatmuseums um bis zu knapp 300 Quadratmeter. Ist dies ausreichend, um dann den bisherigen Speicher nicht nutzen zu müssen – evtl. nur als Kaltspeicher – und dadurch vielleicht auch Kosten einsparen zu können?

Es ist zu prüfen, ob durch diese vorgenannte Nutzungsänderung, die bisher angemieteten Räume im 1. Obergeschoss des ehemaligen „alten Vermessungsamtes“ mittelfristig aufgelöst werden und somit Mietaufwendungen gespart werden. Es ist zu verifizieren, dass durch diese sinnvolle Nutzung des oben genannten Gebäudes, zusätzliche Einnahmen erwirtschaftet werden können, ohne dass wesentliche höhere Personalkosten entstehen.

Diese Nutzung des städtischen Gebäudes Untermarkt 10 wäre nach unserer Auffassung ein sicher interessantes und für unsere Stadt sinnvolles Projekt, das nicht nur eine Zunahme der Besucherfrequenz in unserer Altstadt bringen, sondern auch vieles aus der über 1.000 jährigen Geschichte unserer Stadt öffentlich zeigen würde. Unser Heimatmuseum könnte dadurch auch den Stellenwert erhalten, den es verdient, und damit auch unsere Stadt noch ein Stück attraktiver gestalten, vor allem auch für die wachsende Anzahl an Touristen und Gästen dieser Stadt wie auch der täglichen Einpendler.

Insbesondere bietet ein repräsentatives Trauungszimmer im östlichen Bereich des Erdgeschosses für künftige Hochzeiten einen würdigen Rahmen.

Abgesehen davon ist unsere Stadt seit 2010 „internationale Flößerstadt“, sie hat zwei langjährige Städtepartnerschaften mit Barbezieux in Frankreich und Iruma in Japan sowie Freundschaftsverträge mit Brody in der Ukraine sowie dem italienischen Manzano. Außerdem ist sie Pate des Flottendienstbootes „Oste“ mit ihrem Heimathafen in Eckernförde. Diese für unsere Stadt sicher sehr wertvollen Partner-, Paten- und Freundschaften könnten damit in repräsentativen Räumlichkeiten gewürdigt und wertgeschätzt werden.

Unser gemeinsames Ziel sollte sein, bis zum Christkindmarkt 2016, das Haus seiner neuen Bestimmung zu übergeben.

Finanzierung: Die notwendigen Finanzierungsmittel sind aus dem laufenden Haushalt im Budget 05 Bauen bereit zu stellen.

Wolfratshausen, 2. Februar 2016, Helmut Forster, Alfred Fraas, Günther Eibl, Fritz Meixner

„Diesen Antrag haben wir im Namen von insgesamt 16 Stadträten gestellt“, stellte Günther Eibl (CSU) klar. Er wurde als Gemeinschaftsantrag eingereicht.

Annette Heinloth (Grüne) sagte, sie hätte sich in dem Haus einen Bürgerladen gewünscht. Die Aufwertung des Gebäudes als Heimatmuseums gefalle ihr, auch die Kombination mit Kultur- und Tourismusbüro auf Bürgersteighöhe, einem Trauungszimmer und der Verwendung des Wallner-Erbes. Allerdings ist sie erstaunt, dass die Stadt hier nun komplett auf Mieteinnahmen verzichten soll, wo einigen Stadträten vorher noch eine Miete von 4,50 Euro pro Quadratmeter zu wenig gewesen war. Weiter empfindet sie es als ungewöhnlich, erst über eine Investition zu entscheiden, und dann die Kosten dafür zu erheben. „Das passt doch nicht.“ Die von den Antragsstellern vorgeschlagene Raumnutzung gefalle ihr ebenfalls nicht, ein Großraumbüro für Kultur-, Tourismus- und das neue Citymanagement sei ebenfalls nicht ratsam. Hier werden viele Besprechungen abgehalten, es werde telefoniert und verhandelt. Da brauche man einzelne Zimmer. „Der Entwurf würde einer Stadt mit fünfmal so vielen Touristen gerecht werden“, meinte sie. Doch so eine Stadt werde Wolfratshausen nie werden. Auch Dr. Ulrike Kruschke (BVW) findet den Antrag konstruktiv und charmant. Doch seien noch zu viele Fragen offen. So werden zum Beispiel nur 70 Quadratmeter mehr Ausstellungsfläche geschaffen, ein Umzug kostet viel Geld, die Raumfrage ist noch nicht geklärt und es muss eventuell zusätzliches Personal eingestellt werden.

„Es ist positiv, dass etwas passiert“, stellte Beppo Praller fest. Es gebe viele Fragen an die Verwaltung, die bis Mai von der Verwaltung abgearbeitet werden sollte. Bis dahin sollte sich die Stadt auch noch die Option der Weitervermietung aufrechterhalten. „Die Arbeit von 16 Stadträten ist lobenswert, aber vielleicht nicht gangbar. Aber das ist heute der erste Schritt“, betonte er.

Einen Gegenvorschlag brachte Dr. Hans Schmidt: Er bat um Aufnahme seiner Stellungnahme als Wortprotokoll. „In dem von den 16 Stadträten vorgelegten Antrag steht absolut nichts zur Finanzierung. Ich plädiere dafür, dieses Projekt wirklich „auf Null zu stellen“, wie es Kollege Eibl einmal ausgedrückt hat. Deshalb sollte auch nicht jetzt vorschnell beschlossen werden, dass die Stadt dieses Gebäude „selbst nutzt“, weil damit eben schon eine Vorfestlegung getroffen wird und andere Optionen rausfallen.“

Diese anderen Optionen sind aus jetziger Sicht: Sanierung durch Stadt/ Ausschreibung durch Bauamt und Eigennutzung oder Sanierung durch Stadt/ Ausschreibung durch Bauamt und teilweise Eigennutzung und Vermietung oder Vergabe in Erbpacht an StäWo und Rückmiete für Eigennutzung oder Vergabe in Erbpacht an StäWo und Rückmiete für teilweise Eigennutzung und Vermietung. Dazu kommt für jede Option noch die Möglichkeit, das Erdgeschoss ganz oder teilweise fremd zu vermieten – auch die Bürgerladen-Idee steht da noch im Raum. Leider wurde bisher weder der Sanierungsumfang klar definiert noch eine unabhängige Zweitmeinung über die Sanierungs- und Renovierungskosten eingeholt noch die langfristigen Kosten der verschiedenen Optionen verglichen. Zunächst sollten deshalb für alle Optionen die Kosten für die Stadt während der nächsten 25 Jahre ermittelt werden, inklusive verschiedener Fördermaßnahmen, Nutzung von Schenkungen und Einsparung von Mietkosten im alten Vermessungsamt. Erst anschließend ist eine objektive Beurteilung und Entscheidung im Stadtrat möglich. Deshalb kann ich heute keine Entscheidung befürworten, die die zukünftige Nutzung jetzt schon festlegt, ohne dass die finanziellen Konsequenzen für die Stadt bekannt sind. Finanziellen Blindflug können wir uns bei dieser Haushaltslage und der Perspektive für die nächsten Jahre nicht leisten. Ich beantrage hiermit eine Vertagung der Entscheidung, bis die langfristigen finanziellen Konsequenzen für die Stadt berechnet sind. Nachdem Schmidts Antrag kein Antrag zur Geschäftsordnung war, musste darüber nicht sofort abgestimmt werden.

Helmut Forster (BVW) erinnerte an verschiedene Komplikationen, die die Realisierung des Bürgerladens verhindert hatten. So hätte die Stadt nicht einen Laden subventionieren können, während andere Geschäfte schließen müssen. „Außerdem gibt es eh keine Investoren, deswegen muss die Stadt das jetzt selbst in die Hand nehmen. Wir haben so wundervolle Exponate, die müssen wir auch ausstellen“, erklärte er. Und außerdem boome der Tourismus in Bayern, dem solle sich Wolfratshausen anschließen. Im Stadtrat herrsche zudem „gebaltete Kompetenz“, was den Bereich Bau betreffe unter anderem mit einem Spengler, Schreiner und Elektriker. Die sollen im Vorfeld helfen, die Kosten für die Sanierung im Blick zu haben.“

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) stellte abschließend fest, er bedauere, dass das Quorum für den Bürgerladen nicht erreicht worden war. Doch das Gebäude habe eine Schlüsselstellung im Markt und brauche ein Alternativkonzept. Die Stadträte, die die Stimmung gegen den Entscheid gemacht hatten, waren beauftragt, ein neues Nutzungskonzept aufzustellen. „Und das haben sie auch gemacht.“ Die Kostenermittlung dafür könne die Stadt nicht selbst erstellen, damit müsse ein Planer beauftragt werden. Deswegen brauche er vom Stadtrat einen Planungsauftrag. Dann könne er auch beim Landratsamt Auskunft über die Vorgaben einholen. „Allerdings haben wir bisher schon 53.000 Euro an Planungskosten ausgegeben, es sollten nicht noch viel mehr werden“, warnte er. Um weiteren Konflikten aus dem Weg zu gehen, erwartet er drei Vorschläge für mögliche Planer, die beauftragt werden könnten.

Die Stadträte beschlossen schließlich mit 21:3 Stimmen den oben stehenden Beschlussvorschlag mit dem Zusatz, dass der Bürgermeister die Ermächtigung erhält, einen Planer mit dem Planungsauftrag zu beauftragen.

● TOP 15: Vollzug der Wasserrechte:

Sachverhalt: Am Loisach-Isar-Kanal zwischen Farchet und Waldram ist die Errichtung eines Wasserkraftwerks geplant. Die Wasserkraft Farchet GmbH, die sich aus den beiden Anteilseignern Bayernwerk Natur GmbH und der Wasserkraft Oberland GmbH zusammensetzt, hat einen entsprechenden Antrag auf wasserrechtliche Bewilligung beim Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen gestellt. Die Antragsunterlagen lagen öffentlich aus. Im Zuge des Wasserrechtsantrags wurde die Stadt Wolfratshausen zur Stellungnahme aufgefordert. Der Bauantrag wird laut Wasserkraft Farchet GmbH nach Rücksprache mit dem LRA erst nach Bewilligung des Wasserrechtsantrages gestellt.

Gemäß den Antragsunterlagen ist geplant, an dem vorhandenen Absturzbauwerk eine Kaplan turbine mit den zugehörigen technischen Einrichtungen zur Wasserkraftnutzung mit Fischabstieg zu errichten. Um eine ausreichende Fallhöhe (4,50 m)

zu erreichen, soll die Sohle des vorhandenen Unterwasserkanals vertieft werden. Mit dem Kraftwerk sollen knapp 6.500 MWh elektrische Energie pro Jahr erzeugt werden. Den Planunterlagen sind Gutachten zur fisch- und gewässerökologischen Verträglichkeit, zur Schalltechnik, zum Baugrund sowie ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP), naturschutzfachliche Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) und Unterlagen zur Verträglichkeitsprüfung für das NATURA 2000 Gebiet hinzugefügt. Die geplante Bauzeit beträgt zirka zehn Monate. Die Zufahrt zur Baustelle soll gemäß Antragsunterlagen über die Mehrzweckhalle Farchet und den anschließenden Rad- und Fußweg erfolgen.

Am 14. Januar 2016 hat ein Termin zur Ortsbesichtigung mit Herrn Huber von den Stadtwerken Bad Tölz stattgefunden, an dem neben Vertretern der Verwaltung auch der Umwelterferent Dr. Fleischer sowie der zuständige Förster Robert Nörr teilgenommen haben. Hierbei wurden insbesondere die Zufahrt zum geplanten Kraftwerksstandort und der dafür notwendige Eingriff in die Natur thematisiert.

Stellungnahme der Stadt: Die Zufahrt zum Kraftwerk ist gemäß Antragsunterlagen über die Mehrzweckhalle und den nördlich des Loisach-Isar-Kanal verlaufenden Fuß- und Radweg geplant. Hierfür werden unter anderem Grundstücke der Stadt Wolfratshausen zur Verbreiterung des bestehenden Weges benötigt. Die Stadt Wolfratshausen würde eine Zufahrt über den südlich des Kanals verlaufenden Rad- und Fußweg jedoch bevorzugen, da hier ein wesentlich geringerer Eingriff in die Natur nötig wird. Der Weg weist bereits jetzt fast überall eine ausreichende Breite auf, sodass nur vereinzelt Bäume gefällt werden müssten. Es wird vorgeschlagen, die Zufahrt von der B11 über die Sudetenstraße bis hin zur Brücke zur Stublgsteinstraße zu führen, deren südliche Auffahrt bis Baubeginn für die neue Stadtbahnlinie aufgeweitet würde und ab dort über den Fuß- und Radweg bis zur Baustelle. Um Gegenverkehr zwischen den Baufahrzeugen im Ortsteil Waldram während der Bauphase zu vermeiden, soll der Rückweg über die Weldenstraße, Bettingerstraße und Faulhaberstraße erfolgen. Ein weiterer Vorteil würde sich dadurch auch für die Fußgänger ergeben, da der nördliche Rad- und Fußweg, welcher wesentlich frequenter ist als der südliche, nicht vollständig gesperrt werden müsste. Aus diesen Gründen kann die Stadt Wolfratshausen der Nutzung ihres Grundstückes Fl.Nr. 912 nicht zustimmen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die geplante Wasserführung im Loisach-Isar-Kanal. Gemäß dem bestehenden Wasserrechtsbescheid dürfen fünf bis 40 m³/s bei Beuerberg in den Loisach-Isar-Kanal abgeleitet werden. Der mittlere Abfluss liegt derzeit bei 16,8 m³/s, der Ausbaubfluss ist hingegen mit 30 m³/s angegeben.

Der mittlere Abfluss im LK von MQ = 16,8 m³/s beruft sich auf den Pegel Bruggen. Dieses MQ stellt den aktuellen Zustand eines nicht nach Betriebsvorschrift betriebenen LK dar. Ein ordnungsgemäßer Betrieb des LK hat zur Folge, dass in Zukunft bis zu 40 m³/s ausgeleitet werden. Das Ausleiten der 40 m³/s erfolgt aller Voraussicht nach in Abhängigkeit zu den Werkwassereinleitungen des Walchenseekraftwerks in die Loisach. Die im Ortsteil Weidach beginnenden Loisach/ Isar-Flößfahrten könnten insofern zu bestimmten Zeiten betroffen sein, da sich bei ordnungsgemäßer/ bescheidgemäßem Betrieb des LK die auch durch das Walchenseekraftwerk beeinflusste Wassermenge in der Restwasserstrecke der Loisach gegenüber dem derzeitigen Betrieb verringern kann.

Die Flößerei hat in Wolfratshausen eine alte Tradition und ist von großer Bedeutung für die „Internationale Flößerstadt“. Daher muss ein uneingeschränkter Bestandschutz für die die an der Loisach ansässigen Flößereibetriebe gewährleistet werden. Eine für die Flößerei benötigte Mindestwassermenge in der Loisach muss in den Monaten des Flößbetriebes von Mai bis September im Bescheid festgehalten werden.

Die zu erwartende energetische Nutzung des Kanals empfindet Dr. Manfred Fleischer (Grüne) grundsätzlich „als positiv“. Doch habe die Entscheidung auch eine große Tragweite. Die Stadt müsse ihre Infrastruktur schützen und Lebensräume erhalten. Das bedeute zum einen, dass für die Kläranlage ausreichende Wassermengen zur Verfügung sein müssen – auch bei Niedrigwasser, was aufgrund der klimatischen Veränderungen zu erwarten ist. Das Kraftwerk dürfe die Kläranlage nicht beeinträchtigen. Weiter liege das Kraftwerk nahe der Isar und laut Drittem Bürgermeister Helmut Holzheu (CSU) sogar im Bereich der Flora-Fauna-Habitat-Flächen (FFH). Und so schlug Dr. Fleischer vor, ein Planfeststellungsverfahren einleiten zu lassen mit Überprüfung der ökologischen und strukturellen Belange. Damit wäre deutlich gemacht, dass die Stadt grundsätzlich einverstanden ist, jedoch vorher einige Fragen noch geklärt werden müssten.

Die Stadträte beschlossen einstimmig: Die Stadt Wolfratshausen erhebt im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens folgende Einwendungen zum geplanten Wasserkraftanlage am Loisach-Isar-Kanal: Einer Nutzung von Teiflächen des städtischen Grundstückes Fl.Nr. 912 als Baustellenzufahrt wird nicht zugestimmt. Die Baustellenzufahrt soll über den Weg auf der Südseite des Kanals erfolgen. Im Bescheid ist zu regeln, dass eine für die Flößerei benötigte Mindestwassermenge in der Loisach in den Monaten des Flößbetriebes (Mai bis September) gewährleistet sein muss. Die Mindestwassermenge der Loisach muss so groß sein, dass weder Flora noch Fauna der Loisach geschädigt werden. Sie ist durch ein Gutachten zu bestimmen und kontinuierlich messtechnisch zu protokollieren und im Internet öffentlich zugänglich zu machen. Die in den Loisach-Isar-Kanal eingeleitete Wassermenge muss kontinuierlich gemessen und im Internet öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Eingriff in das FFH-Gebiet muss detailliert beschrieben und dargestellt werden.

● TOP 16) Städtebauförderung – Jahresantrag „Badehaus“ 2016

Sachverhalt: Dem Verein Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald wurde zur Umgestaltung des Anwesens Kolpingplatz 1/ 3, Wolfratshausen, Ortsteil Waldram, in eine Dokumentations- und Begegnungsstätte durch die Stadt Wolfratshausen eine Unterstützung von 500.000 Euro nach Erfüllung eines zehnpunktigen Maßnahmenkatalogs zugesagt, daneben soll das Projekt mit Mitteln der Städtebauförderung unterstützt werden. Im letzten Jahr wurden durch die Städtebauförderung bereits 180.000 Euro Programmmittel zugeteilt, jedoch noch nicht bewilligt. Um 2016 im Städtebauförderprogramm erneut Fördermittel beantragen zu können, ist bei der Regierung von Oberbayern die Bedarfsmitteilung 2016 für das Einzelvorhaben einzureichen. Hierzu ist eine Beschlussfassung erforderlich.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, den Antrag auf erneute Aufnahme des Projekts „Umgestaltung des Anwesens Kolpingplatz 1/ 3, Wolfratshausen, Ortsteil Waldram, in eine Dokumentations- und Begegnungsstätte“ in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm 2016 zu stellen.

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Die für 2016 angemeldeten Kosten der beabsichtigten Sanierungsmaßnahmen liegen bei 950.000 Euro. Der erforderliche Eigenanteil ist im Haushalt 2015 veranschlagt und steht als Haushaltsrest zur Verfügung. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Antragsunterlagen zusammen zu stellen und bei der Regierung von Oberbayern einzureichen.

● Top 17) Bericht des Wirtschaftsreferenten

Bericht des Wirtschaftsreferenten Helmut Forster (BVW): „Wie Ihnen sicher bekannt ist, haben wir in unserer Stadt knapp 2.000 angemeldete Gewerbebetriebe. Wir haben die größte Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in unserem Landkreis. Deutlich mehr Arbeitnehmer pendeln in unsere Stadt ein, als aus. Wir sind führend in unserem Landkreis, was die Finanzkraft und die Steuerkraft betrifft - gemessen nach jedem Einwohner. Diese Fakten belegen, dass wir sowohl im gewerblichen, wie auch im privaten Bereich, in unserem Landkreis gut aufgestellt sind. Es ist für unsere Stadt wichtig, dass diese relativ gute Ausgangslage auch erhalten bleibt, weiter ausgebaut und von uns unterstützt wird.“

Meine Aufgabe als Wirtschaftsreferent unserer Stadt sehe ich deshalb zum einen als Ansprechpartner der Stadt Wolfratshausen (natürlich nach dem Bürgermeister) für unsere Gewerbetreibenden bei Problemen oder Ideen, auch für Vorschläge, aber auch zur intensiven Pflege der Kontakte zwischen Stadt und Gewerbe jeglicher Art. Ich bin natürlich auch gerne Ansprechpartner für Interessenten, die sich in unserer Stadt neu ansiedeln möchten, oder für beabsichtigte Firmenverlegungen oder Veränderungen.

Unsere Stadt ist durch ihre ausgezeichnete Verkehrsanbindung, ihre gute Infrastruktur, sowohl im Bereich von Bildung und Arbeit, aber auch Wohnen und Freizeit, ein gesuchter Standort. Durch unsere Größe von nur rund 9,14 km² ergibt sich zwangsläufig, dass es nicht sehr viel freies Platzangebot für Neuansiedlungen gibt. Wir haben zwei gut aufgestellte Gewerbegebiete mit einem breit gefächerten Branchenmix.

Die Pflege der ansässigen Betriebe ist deshalb sicher eine Hauptaufgabe der Wirtschaftsförderung, die ich gerne wahrnehme. Zusammen mit unserem 1. Bürgermeister besuche ich Firmen um unsere Kontakte zu vertiefen und den Firmen zu vermitteln, dass sie für unsere Stadt wichtig sind.

Auch eine intensive und enge Zusammenarbeit mit unserer Wirtschaftsförderin, Frau Gisela Gleißl, ist für meine Aufgabe als Wirtschaftsreferent außerordentlich wichtig und ich denke, dass Frau Gleißl und ich gut und vertrauensvoll zusammen arbeiten. Wir informieren uns gegenseitig über evtl. Anfragen oder auch über Wünsche unserer Gewerbetreibenden. Dabei ergeben sich immer wieder Situationen, in denen wir schnell und unbürokratisch helfen können (z.B. bei Raumangeboten, die durch unsere Unterstützung besser genutzt werden, oder Kontakte zu übergeordneten Stellen herstellen). Durch die guten Kontakte und das gute Verhältnis mit unseren Firmen konnte ich auch schon bei der Suche nach Arbeitsplätzen helfen.

Wie Ihnen bekannt ist, wurde die Druckerei der Zeitungsvertriebs-GmbH (ZVO) in Wolfratshausen zum 30. Juni 2015 geschlossen und in die neue Druckerei nach Penzberg übertragen. Deshalb stand und stehe ich auch in Gesprächen mit der Geschäftsführung der ZVO wegen künftiger eventueller veränderter Nutzung von gewerblichen Mietflächen.

Durch diese Gespräche konnten die Freiflächen neben der Druckerei an das Autohaus Bader/Mainz vermietet werden. Es gibt daneben auch noch Gespräche mit Grundstückseigentümern im Gewerbegebiet, für eine spätere Nutzung dieser Grundstücksflächen, über die aber heute in der Öffentlichkeit noch nicht gesprochen werden kann. Ich bin auf alle Fälle dran und werde zu gegebener Zeit auch darüber berichten. Wie Sie sicher verstehen, gibt es spezielle Themen über die in der Öffentlichkeit noch nicht gesprochen werden kann, da sie sehr vertraulich sind und bei Indiskretion u.U. scheitern könnten. Es gibt viel zu tun, und es kann und darf nicht alles in die Öffentlichkeit getragen werden.

Aber nicht nur das Wohl und Wehe unserer Gewerbetreibenden in unseren Gewerbegebieten sind Teil meiner Aufgabe, sondern ich besuche auch unsere kleineren Geschäfte, um mich zu informieren und Hilfe, wenn erforderlich, anzubieten. Bei kleineren Firmenjubiläen, überregionalen Auszeichnungen, oder auch zu anderen Anlässen, wie z.B. Umbau und Wiedereröffnung bin ich vor Ort, wenn ich es erfahre oder eingeladen werde, um den Geschäftsleuten die Wertschätzung unserer Stadt zu übermitteln (z.B. REWE -Auszeichnung als beste Wursttheke in Deutschland, Witt-Weiden -1 Jahr in Wolfratshausen, Bratwurst-Tscharlie -38 Jahre in Wolfratshausen, Jeans-Laden von Herrn Rotstein im Untermarkt, der seit nun 48 Jahren in Wolfratshausen sein Geschäft betreibt, nach Umbau und Wiedereröffnung am 11. September 2015 des Geschäftes von Constance Vollmer in der Bahnhofstraße, Besuch des neuen Geschäftes in der Sauerlacher Str. der beiden Schwestern Thanner und Rid mit Poledance und Bewegungstraining, im Familiencafé „Mauseloch“ bei Frau Anna Mowitz zu ihrem einjährigen Jubiläum, habe mit einer Eigentümervertreterin eines großen Wohn- und Geschäftshauses gesprochen wegen der Problematik der Asylbewerberunterkünfte, habe die Eigentümer eines noch freien in Wolfratshausen liegenden Grundstückes in ihrer Firma in München besucht, um mit Ihnen wegen unterschiedlicher Nutzungsmöglichkeiten dieses Grundstückes zu sprechen, war bei der Eröffnung nach Sanierung, Zusammenlegung und dem Umbau eines alteingesessenen Brillen Geschäftes in der Sauerlacher Str.(Brillen Gross), bei der Loischbäckerei (seit zwei Jahren mit sehr positiver Entwicklung), im Stadt-Cafe Streicher, habe mit der Eigentümerin unseres Kinos über bestimmte Gerüchte gesprochen, die sich dann als absolut unwahr herausstellten, war in dem Tortzenbehörigeschäft in der Sauerlacher Straße, bin mit den Eigentümern einer Wolfratshauser Firma auf der Suche nach einem neuen Domizil unterwegs gewesen, um nur einige zu nennen.

Unsere Stadt ist auch für Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben sehr interessant. Bei einigen Anfragen nach Gewerbeflächen für Neuansiedlungen, oder auch Erweiterungen von bestehenden Betrieben in unserer Stadt stellten wir Kontakte her, die bisher leider aber noch nicht zu einem erfolgreichen Abschluss geführt haben, da die Firmen für unsere Stadt sicher sehr interessant sein würden, aber die gesuchten Größenordnungen derzeit nicht vorhanden sind. Es geht in der Re-

gel um Größenordnungen von mindestens 500 m² Büro- oder Praxisflächen, um Grundstücksgrößen von mindestens 20.000 m², oder um Ladenflächen von mindestens 500 m² in 1a-Lage auf einer Ebene.

Die Firmenbesuche – zusammen mit unserem 1. Bürgermeister – sind natürlich ein überaus wichtiger Bereich meines Aufgabengebietes und zeigen uns – manchmal überraschend – welche interessante Firmen mit weltweiten Beziehungen wir in unserer Stadt haben. Wir haben in unserer Stadt bei Ladengeschäften einige Leerstände, die wieder belebt werden müssen. Es finden sich aber immer wieder – und dies spricht für die Attraktivität unserer Stadt – relativ schnell Nachmieter. Z.B. steht der ehemalige Tchibo-Laden kurz vor Unterzeichnung eines neuen Mietvertrags, der Emberger-Laden in der Altstadt ist schon seit einiger Zeit weitervermietet, ein anderes Geschäft überlegt derzeit die Option für eine Vergrößerung. Ein leidiges Thema ist für unsere Stadt der Leerstand bei den 3 Läden in der Bahnhofstraße auf dem Grundstück der ehemaligen Post. Hier stehe ich mit dem Vertreter der Eigentümer in Verbindung. Wir haben uns schon im Sommer in Wolf-ratshausen getroffen und ich habe die Hilfe der Stadt angeboten. Unser letztes Gespräch war Mitte Januar 2016 und ich konnte mit dem Eigentümer und potentiellen Mietinteressenten die Läden auch besichtigen. Dabei haben Eigentümer und Interessent auch vereinbart, in den nächsten Wochen miteinander alle Möglichkeiten von Raumgestaltung und Mietpreis und Mietdauer zu diskutieren. Wenn ein Ergebnis feststeht, werden wir dies sofort erfahren.

Auch das Thema „Isar-Kaufhaus“ ist für unsere Stadt sicher ein ebenso leidiges Thema wie für die Eigentümerin. Aber auch hier stehe ich mit einem Interessenten in Verbindung, der das Objekt schon vor einigen Jahren auf meine Bitte hin ins Auge fasste, es danach aber wieder vernachlässigte, und jetzt wieder an einem Konzept arbeitet. Auch hier werden wir hoffentlich bald positive Entwicklungen erfahren.

Ich würde mich freuen, wenn sich auch weiterhin Gewerbetreibende bei mir melden, wenn sie Hilfe oder Unterstützung benötigen, oder einfach Vorschläge haben, wie man das eine oder andere verbessern könnte.

Dies meine Damen und Herren war mein Rechenschaftsbericht als Wirtschaftsreferent der Stadt Wolfratshausen für das Jahr 2015.“

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) bedankte sich bei Forster für dessen Einsatz als Wirtschaftsreferent. „Respekt, wie Sie das so durchziehen“, sagte er. Es sei wichtig, dass nicht nur die großen Unternehmen besucht würden und der Fokus nicht nur auf der Innenstadt liege. „Für mich ist das eine sehr große Entlastung!“

● TOP 18: Anfragen/Bekanntgaben

Renate Tilke (CSU) informierte sich über den Gehweg am Neubau der Sparkasse Ecke Am Floßkanal und Sauerlacher Straße. Hier seien die Gehwege nicht so breit, wie in der eingereichten Zeichnung angegeben. Darüber hatte Tilke bereits das Bauamt informiert, die wiederum an den Bauherren herangetreten waren. Der Gehweg wird nun die einmal vorgesehenen 2,20 Meter nicht mehr erreichen. „Die Zeichnung damals war einfach falsch“, stellte Susanne Leonhard, Bauamt, fest. Aber bis zur Bürgersteigkante werden es wohl 1,90 Meter werden. Ein Begegnen von Kinderwägen sei damit durchaus möglich.

Einen Bericht über den Sachstand Unterbringung Asylbewerber gab Bauamtseiter Dieter Lejko: Seit der letzten Stadtratssitzung im Dezember konnte das angekündigte Gespräch mit den Verantwortlichen der Regierung von Oberbayern geführt werden. Außerdem wurden von der Regierung benannte Beispiele in der Umgebung besichtigt. Mit der Überplanung der fünf Grundstücke wurde das Architekturbüro Holzfurtner + Bahner, München beauftragt, da dieses bereits mehrere derartige Anlagen für die Stadt München geplant hat und seine Erfahrung auch schon in Wolfratshausen unter Beweis gestellt hat.

Bei allen Grundstücken wurden so weit als möglich und notwendig bereits Vorarbeiten zur Freimachung des Baufeldes in Auftrag gegeben bzw. durchgeführt und genaue Vermessungen vorgenommen. Die Arbeiten waren dringlich, da z.B. die Beseitigung von Bäumen und Sträuchern nur außerhalb der Brutzeit, d.h. vor dem 1. März erfolgen darf.

Der Bauantrag für die Anlage am Förgenweg wurde bereits an das Landratsamt weitergeleitet. Parallel werden derzeit die Nachbarn und die umliegenden Bewohner informiert. In der Anlage können 82 Personen unterkommen; neben den üblichen und notwendigen Nebenräumen sind auch Büroflächen für die haupt- und ehrenamtlichen Betreuer vorgesehen.

Der analog aufgebaute Antrag für die Anlage an der Zugspitzstraße (maximal 96 Personen) soll bis Ende des Monats vorliegen. Sobald durch das Landratsamt eine grundsätzliche Prüfung erfolgt ist, sollen beide Anlagen ausgeschrieben werden. Im günstigsten Fall wäre der Bezug dann Anfang bis Mitte November 2016 möglich. Mit den Eingabeplänen für die Grundstücke Bahnhofstr. 9, Auenstr. 11 und Sauerlacher Str. 15, auf denen Gebäude in Holzständerbauweise errichtet werden sollen, wird bis zirka April gerechnet.

Ehemaliges Vermessungsamt an der Heimgartenstraße: Der Umbau zu einer provisorischen, auf drei Jahre befristeten Gemeinschaftsunterkunft wurde noch 2015 abgeschlossen. Nach Auskunft des Landratsamts wird mit einer baldigen Belegung gerechnet.

Ehemaliges Pfarrheim, Am Loischbogen 8 und 10: Der Bauantrag für die Umnutzung des ehemaligen Pfarrheimes liegt dem Landratsamt vor.

Private Vorhaben: Der Bauantrag zur Errichtung eines Wohnheimes für bis zu 84 Personen auf dem Grundstück Hans-Urmiller-Ring 49 konnte noch nicht genehmigt werden, weil die Abteilung Gartenbau im Landratsamt noch Nachbesserungen gefordert hat. Am 11. Januar 2016 ist ein Bauantrag zur Umnutzung des Gebäudes Hans-Urmiller-Ring 8 zur Unterbringung von 70 – 100 Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen eingegangen. Er wurde mit der Zustimmung zur Erteilung von Ausnahmen und Befreiungen am 14. Januar 2016 an das Landratsamt weitergeleitet. Ein Antrag auf Nutzungsänderung von Wohnung und Büro in drei Wohnungen für Asylsuchende und Flüchtlinge im Anwesen Bürgermeister-Seidl-Str. 17 ist am 13. Januar 2016 eingegangen und wurde am 14. Januar 2016 an das Landratsamt weitergeleitet.

Landkreis/Freistaat Bayern: Ein Bauantrag für das Grundstück des ehemaligen Forstamts (Königsdorfer Str. 17) liegt bisher nicht vor.

Anfragen der Stadträte

Annette Heinloth (Grüne): Sie informierte sich über den Sachstand „Geretsrieder-Wolfratshäuser Tafel“, die nach eigener Auskunft die Ausgaben an die Bedürftigen einschränken mussten. Fritz Meixner (SPD) bestätigte das. Als Geschäftsführer des Kinder- und Jugendfördervereins weiß er darüber Bescheid, in den Räumen des Jugendhauses La Vida findet die Essensausgabe statt. „Die haben sich jetzt aber ganz gut neu organisiert“, berichtete er. Es waren einfach immer mehr bezugsberechtigte Menschen gekommen, die zu verteilenden Lebensmittel wurden jedoch nicht mehr. Nun wurden sie in zwei Gruppen aufgeteilt und können nur noch alle zwei Wochen zur Ausgabestelle kommen. „Das hat sich jetzt aber wieder ganz gut eingespielt“, sagte er.

Weiter wollte Heinloth wissen, ob die Berufsschule nach wie vor über Raumnot klagt. Auch hier wusste Meixner Antwort. So wird es in Wolfratshausen demnächst ein neues Integrationsprojekt geben, das im Hans-Urmiller-Ring angesiedelt und über die IHK gefördert wird. Es entstehen spezielle Schulungsräume, in denen es Sprachkurse, Eignungsprüfungen und Berufsvorbereitungskurse geben wird. „Im März geht es los“, verriet er.

Dr. Ulrike Kruschke (BWW) bat die Räte an ihrem beschlossenen Zuschuss von 50 Cent pro Einwohner für das Tierheim in Geltung zu bleiben, auch wenn andere Kommunen nur 25 Cent geben wollen. „Es ist schade, wenn man den Ehrenamtlichen dort so einen Druck auflädt und sie Geld akquirieren müssen für eine Aufgabe, die eigentlich die Kommunen zu erfüllen haben“, bedauerte sie.

Dr. Hans Schmid (Grüne): „Zum Stadtratsbeschluss zur Ausschreibung des Energienutzungsplans: Am 16. Juni 2015 hat der Stadtrat das Protokoll seiner Sitzung vom 21. April 2015 mit folgender Änderung zum TOP „Energienutzungsplan“ einstimmig genehmigt. Ich zitiere: „Bürgermeister Heilinglechner schlägt daraufhin eine Arbeitsgruppe des Bauausschusses zur Festlegung der Ausschreibung vor. Stadtrat Dr. Schmidt beantragt den Zusatz zur Beschlussvorlage, dass der Bauausschuss in die Abfassung der Ausschreibung einbezogen wird. Zum Beschluss: Die Stadt Wolfratshausen beabsichtigt, einen Energienutzungsplan erstellen zu lassen. In die Festlegung der Ausschreibung soll der Bauausschuss eingebunden werden.“

In der Oktober-Stadtratssitzung habe ich an diesen Beschluss erinnert und es wurde festgestellt, dass die Ausschreibung schon längst ohne Beteiligung des Bauausschusses erfolgt ist. Ich habe deshalb den Bürgermeister daran erinnert, dass er sich an die Bayerische Gemeindeordnung halten müsse und Beschlüsse des Stadtrats umzusetzen habe. Herr Lejko sicherte eine Prüfung zu. In der November-Stadtratssitzung hat mir daraufhin Herr Lejko auf Aufforderung durch Sie, Herr Bürgermeister, vorgeworfen, dass meine Aussage ein „schwerwiegender Vorwurf gegen den Bürgermeister“ wäre, und es sich nur um eine Wortmeldung meinerseits, nicht aber um einen Stadtratsbeschluss gehandelt hätte. Im Protokoll dieser Sitzung ist vermerkt: „Es wurde lediglich die Möglichkeit angesprochen, aber es gebe keinen Beschluss dazu. Es habe ihn überrascht, dass Stadtrat Dr. Schmidt einen Beschluss zitiert, den es gar nicht gibt.“ Halten Sie, Herr Bürgermeister, diese schwerwiegende Anschuldigung gegen mich aufrecht? Die Lehre, die ich aus der Tatsache ziehe, dass die Verwaltung Beschlüsse nicht vollzieht, wenn ihre Vorlagen durch das Gremium geändert werden, ist, dass wir in Zukunft vor einer Abstimmung solche Änderungen erst in die Vorlage schriftlich aufnehmen lassen.“

Bauamtsleiter Lejko antwortete ihm, dass der Beschluss eben nachträglich geändert worden war und der Bürgermeister fügte hinzu: „Sie können auch gerne wieder mit der Rechtsaufsicht gegen mich vorgehen.“



Dekoratives für die Osterzeit Ab 29. Februar

Am Dienstag 8. März werden alle Kunden von 15:00 bis 18:30 Uhr zu einer Tasse Kaffee eingeladen! Während dessen können die Kinder Ostereier bemalen.

Am Donnerstag 24. März bekommen alle Kinder eine kleine Osterüberraschung

*Öffnungszeiten:
BRK KleiderMarkt, Joh. - Seb. - Bach - Str. 13, Geretsried
Montag - Freitag 09:00-13:00 Uhr
Dienstag, Donnerstag, Freitag 15:00-18:30 Uhr*



Postulat hatte der Tabellenzweite SV Weißblau Allianz nicht mitbekommen und wenn anscheinend nicht umsetzen können. Sie traten Ersatzgeschwächt und noch mit einem Spieler zu wenig an. Nach dem 8:0 Erfolg hieß der nächste Gegner SV-Lohhof 3. Saschas Appell hatte zur Folge, dass auch Martin Leinauer sich bereit erklärte die 2. Mannschaft zum Aufstieg zu führen. Mit Udo gab er im ersten Doppel richtig harte Schläge ab und landete einen Zweisatzerfolg. Michl Leinauer und Simi Pal folgten ohne Satzverlust im 2. Doppel. Lea Heinle und Partnerin Sabrina Aschenbrenner hielten ebenfalls das Tempo zu hoch für die Gegnerinnen und gewannen das Damendoppel klar. Lea konnte allerdings die starke Einzelspielerin aus Lohhof nicht bezwingen. Michael Hopp konzentrierte sich ganz auf das Einzel und ließ ebenfalls einen satzverlustfreien Spiel folgen. Sascha Gnaljan mit Partnerin Sabrina Aschenbrenner zeigten ihr konstantes Angriffsspiel mit Bravour und erfolgreich. Nachdem Simi Pal das 3. Einzel glatt gewinnen konnte, kam es zum einzigen Dreisatzspiel der Begegnung. Martin Leinauer erwies sich konditionell zu stark für seinen Gegenspieler und gewann das erste Einzel. Unisono war die Meinung aller: „Wir sind Aufgestiegen, auch wenn es rechnerisch noch nicht stimmt, aber in vier Begegnungen fehlt uns noch ein Erfolgserlebnis.“

Das Ziel der 3. Mannschaft war es mit dem Abstieg nach diesem Doppelpunktspieltag nichts mehr zu tun zu haben. Gegen den Tabellenzweiten, TSV 1877 Ebersberg, stand es 3:3 als noch zwei Einzel liefen. Stefan Heinle hatte auf einem Spielfeld zu spielen mit schwierigen Sichtverhältnissen. Dies betraf ihn und seinen Gegner, dieser sollte allerdings Sichtvorteile bekommen, als ein Vorhang durch Wind sich von der Außentechnik gesteuert nicht mehr schießen ließ. Nachdem auch Johnny Leinauer nicht gut das Feld traf, stand es nun 3:5, nun nahm sich die Mannschaft um Kapitän Michi Be vor nicht mehr zu hadern und das wichtige Spiel gegen den ESV München 3 erfolgreich zu gestalten. Michi mit Partnerin Andrea Fischer behauptete sich im Mixed mit 21:19 im Dritten. Johnny Leinauer gewann auch das Doppel mit Michi sowie sein Einzel. Das erste Einzel konnte ebenso gewonnen werden, sowie das starke Damen -Doppel mit Claudia Sonst und Andrea Fischer. Mit diesem 5:3 ist der Klassenerhalt gesichert freuten sich die Mannschaftsspieler jetzt wieder bei bester Sicht für alle.

Die 4. Mannschaft nimmt in der Bezirksklasse A Süd langsam an Fahrt auf. Durch eine souveräne Mannschaftsleistung konnten, wie schon am vergangenen Spieltag, zwei klare Siege eingefahren werden. Der erste Gegner PSV Polizei München wurde klar mit 6:2 besiegt, sowie im zweiten Spiel der SV DJK Taufkirchen mit 8:0. Matthias Renz, Stephan Heinle, Walther Bader, Sven Kruck, Andrea Fischer und Katrin Aisenpreis waren einfach nicht zu stoppen. Der Kapitän der Mannschaft Katrin Aisenpreis sieht das ausgesprochene Saisonziel nicht mehr in Gefahr: „Mit den 4 Siegen aus den letzten 4 Spielen sollte der Klassenerhalt gesichert sein. Unser Team ist sehr gut drauf und hat nun Lust auf weitere Erfolge! Die 5. Mannschaft blieb auch an ihrem zweiten Rückrundenspieltag chancenlos. Gegen Tabellenführer OSC München, erzielte lediglich Claudia Frey einen Ehrenpunkt im Dameneinzel zum 1:7. Im zweiten Spiel gegen Fürstenfeldbruck reichte es trotz Heimvorteil nur zu einem 2:6.

Nachrichten *Stadt Geretsried*

...einfach anders!

Badmintonpunktspielberichte vom TuS Geretsried

Dieses Wochenende wurde mit Spannung erwartet. Für die 1. Mannschaft sollte endlich der Vorhang aufgehen und das neue Badmintonstück: Aufstiegsspiele zur Regionalliga-Süd einstudiert werden können. Dafür benötigten die Geretsrieder noch zwei Erfolge. Am Samstag waren sie zu Gast beim SV Lohhof. Es knisterte förmlich bei den ersten Doppelspielen. Die Lohhofer hatten 8:0 das Hinspiel verloren. Viel zu hoch, denn die drei Dreisatzspiele kippten alle im letzten Moment auf die Habenseite des TuS Geretsried. So eine Niederlagen-Serie lässt sich nur schwer aushalten. Es hatte sich also etwas Aufgestaut beim Gegner, wie mit einer gelösten Energie gingen sie zu Werke. Drei Doppel nacheinander verloren die Tabellenführer vom TuS. 29:30 im dritten Satz unterlagen Matthias Minz und Samuel Gnaljan. „Bisher musste ich in meiner Karriere noch nicht bis 30 spielen, erinnerte sich Matze Minz, zwei Punkte Abstand wurden immer vorher erreicht.“ Aber bei 30zig ist Schluss mit einem Punkt Abstand. Auch Noah Gnaljan an der Seite von Basti Keller blieben im ersten Doppel zweiter Sieger. Da Sabrina Aschenbrenner und Lea Heinle als Ersatz im Damendoppel mitgefahren waren, erwartete sie hier keiner als Gewinner. Sie selbst fühlten sich aber schon nach einem 21:23 verlorenen Satz als solche. Aber an einem Tag an dem alle knappen Spielverläufe darauf verzichteten die eigene Mannschaft zu begünstigen, hatte keiner der Spieler und Zuschauer an ein Déjà-vu für die Lohhofer gedacht. 23:21 und 24:22 hießen plötzlich die Ergebnisse im 1. Herreneinzel von Noah und Basti im 2. Einzel natürlich jeweils im dritten Satz. Für Lohhof war es vorbei, nachdem Sarka Meier sehr deutlich ihr Dameneinzel und mit Partner Matthias Minz noch das Gemischte Doppel in zwei Gewinnsätzen gewinnen konnte. Den Schlusssatz setzte Samuel Gnaljan im 3. Herreneinzel, ohne Probleme konnte er den fünften Spielpunkt erringen zum 5:3. Am Tag danach bestätigte Geretsried gegen Dillingen ihre gute Form und punktet noch einmal mit 5:3. Jetzt war auch wieder Michelle Deschle im Team. „Die Aufstiegsspiele sind erst im April bis dahin sollten wir die Spannung hoch halten und uns noch einmal verbessern“, mahnte Trainer Udo Lehmann. Udo war auch aktiv beteiligt bei der 2. Mannschaft. „Wollen wir Aufsteigen, sollten wir mit der der stärksten Aufstellung beim Tabellenzweiten antreten“, forderte Mannschaftsführer Sascha Gnaljan. Dieses

Informationen
der Stadt



Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 15. März 2016

● Top 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner eröffnete die Sitzung. Entschuldigt fehlten Stadtrat Peter Plößl, CSU, und Fritz Meixner, SPD. Der Bürgermeister gratulierte nachträglich BVW-Rat Beppo Praller zum Geburtstag.

● Top 2: Neue Stadtbuslinie – Genehmigung der Kostenberechnung für die Zuwegung zur Loisach-Isar-Brücke und dem Wendekreis Badstraße

Sachverhalt: Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 21. April 2015 folgende Bedingungen für die Ausschreibung der zukünftigen Stadtbuslinie beschlossen: Fahrzeiten: Die Fahrzeiten des Stadtbusse werden von Montag bis Samstag bis auf zirka 20.30 Uhr ausgeweitet; Busrouten: Der „Rundkurs“ wird übernommen (23 bzw. 20 Haltestellen, außer Bahnhof alles Bedarfshalte); Taktfrequenzen: Es werden zwei Busse im 20 Minuten-Takt im Berufsverkehr zwischen 6 und 9 Uhr sowie 16 und 19 Uhr eingesetzt, während der restlichen Zeit nur ein Bus im 40 Minuten Takt; die Ausschreibung erfolgt gemeinsam mit der Stadt Geretsried; Investitions- und Betriebskosten werden in den Haushalten 2016 und folgende festgesetzt. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Ausschreibung der Planung einer Fuß- und Radwegbrücke zu veranlassen.

In der Folgezeit wurden nochmals Alternativlösungen zum Bau einer zusätzlichen Fuß- und Radwegbrücke über den Loisach-Isar-Kanal auf Höhe der Grubigsteinstraße geprüft. Der Stadtrat hat sich hierzu in seiner Sitzung vom 13. Oktober 2015 für die Alternativlösung 3, also gegen den Bau einer zusätzlichen Rad- und Fußwegbrücke, für die Lenkung der Verkehrsteilnehmer und des Stadtbusse mittels funkgesteuerter Schranke und Lichtsignalanlage entschieden.

Für die gesamten Maßnahmen, die für die Einrichtung der neuen Stadtbuslinie gefordert wurden, hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 13. Oktober 2015 Finanzmittel in Höhe von 262.000 Euro im Haushalt 2016 bereitgestellt. Die auf einer Kostenschätzung basierende Alternativlösung 3 hinsichtlich der Zuwegung zur Überquerung der Brücke am Loisach-Isar-Kanal ist hierin mit 100.000 Euro und der Wendekreis an der Badstraße mit 30.000 Euro enthalten.

Mit der Planung und Kostenberechnung zur Umsetzung der beschlossenen Alternative wurde Landschaftsarchitekt Richard Pregler beauftragt.

Zuwegung Brücke am Loisach-Isar-Kanal in Verlängerung der Grubigsteinstraße: Der Vorentwurf sieht an der nördlichen Brückenzufahrt in einer Länge von zirka 41 Metern eine Absenkung der beiden bestehenden Gehwege (1,50 Meter) sowie eine Angrenzung der Gehwegbereiche zur Berücksichtigung der Barrierefreiheit mit hellen Rillenplatten vor. Aufgrund des zu geringen Aufbaus, hier ist lediglich eine zirka 10 Zentimeter starke Tragdeckschicht vorhanden, muss der bestehende Asphalt komplett ausgebaut und mit einem tragfähigen Ausbau, von 12 Zentimetern Tragdeckschicht und 4 Zentimetern Feinschicht versehen werden. Dies war in der ursprünglichen Kostenschätzung so nicht vorgesehen.

Im südlichen Bereich (zirka 57,5 Meter) sollen zwei Haltestellen mit einem zusätzlichen Buswartehäuschen entstehen. Dabei muss der Einfahrtbereich von der Sudetenstraße in die südliche Brückenzufahrt aufgrund der erforderlichen Schleppkurve für den Stadtbus erweitert werden. Ein Teil der städtischen Grünfläche muss hierzu eingekürzt und Bäume entfernt werden.

Um das Begegnen der Busse während des 20 Minutentakts (hier sind zwei Busse im Einsatz) zu ermöglichen, muss die Fahrbahn auf der Südseite des Loisach-Isar-Kanals auf insgesamt 6 Meter verbreitert werden. Hier bleibt der Gehweg (Hochbord) auf der südwestlichen Seite unverändert erhalten und soll auf Höhe der nordöstlichen Haltestelle auf 2,50 Meter Breite erweitert werden. Auf der nordöstlichen Seite soll der Gehweg von der Brücke bis zum Hochbord der Haltestelle nach dem Shared Space Prinzip auf Fahrbahnniveau abgesenkt und ebenfalls mit hellen Rillenplatten versehen werden. Aufgrund des zu geringen Aufbaus, hier ist ebenfalls lediglich eine zirka 10 Zentimeter starke Tragdeckschicht vorhanden, muss der bestehende Asphalt komplett ausgebaut und mit einem tragfähigen Ausbau, von 12 Zentimeter Tragdeckschicht und 4 Zentimeter Feinschicht versehen werden. Dies war in der ursprünglichen Kostenschätzung ebenfalls so nicht vorgesehen.

Des Weiteren sind an beiden Einmündungen zur Brücke breitere Aufstellflächen für die bei Querung des Stadtbusse an der Lichtsignalanlage wartenden Fußgänger und Radfahrer vorgesehen.

Die Brücke mit den beiden Gehwegen in einer Breite von 1,50 Metern bleibt unverändert. Der Verkehr, sprich das Begegnen des Stadtbusse mit den Fußgängern und Radfahrern auf der Brücke wird durch zwei funkgesteuerte Schranken und Lichtsignalanlagen an beiden Brückenenden geregelt werden. Durch die Schranken wird auch der allgemeine Verkehr an der Überquerung der Brücke gehindert. Alternativ könnten an beiden Brückenenden auch sogenannte funkgesteuerte Poller (jeweils zwei an beiden Seiten) zur Abgrenzung des allgemeinen Verkehrs eingebaut werden. Stadtrat Brustmann (BVW) hat den Räten hierzu ein Angebot für vier Poller in Höhe von 13.206,99 Euro (brutto) ohne Lichtsignalanlage zugesendet. Als Alternative dazu liegt der Verwaltung ein Angebot für die beiden Schranken mit Lichtsignalanlagen in Höhe von 11.754,82 Euro (brutto) vor. Die Kostenberechnung von Architekt Pregler für die Zuwegung an der Loisach-Isar-Brücke beläuft sich auf 180.645,57 Euro (brutto).

Die Kostenmehrung gegenüber dem Ansatz von 100.000 Euro in Höhe von 80.645,57 Euro ist im Wesentlichen auf die nicht ausreichenden Asphaltschichten für die Befahrung mit einem Bus und des damit verbundenen kompletten Aus- und Einbau der beiden Zuwegungen zurückzuführen. Eine Untersuchung des Baugrunds durch den Bodengutachter steht noch aus.

Wendekreis Badstraße: Die zweite größere Maßnahme für die neue Linie ist die Vergrößerung des Wendekreises für den Stadtbus an der Einmündung der Bad-

straße. Damit der Stadtbus die Haltestelle „Badstraße“ an der Äußeren Beuerberger Straße im Takt der S-Bahn mit anfahren kann, muss der Stadtbus an der Einmündung der Badstraße in einem Zug wenden. Der Bus darf nach Rücksprache mit den Fachbehörden aus Verkehrssicherheitsgründen nicht rückwärtsfahren.

Um den Wendekreis des neuen Stadtbusse zu ermitteln, fand eine Testfahrt an der Badstraße statt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass Teilflächen der nördlichen Grünanlage an der Einmündung zur Badstraße als Fahrbahfläche eingerichtet werden müssen. Architekt Pregler hat in seinem Planentwurf einen Wendekreis von 11 Metern für die Länge des eingesetzten Stadtbusse vorgesehen. Dabei müssen auf der Nordseite der Grünfläche zirka 180 Quadratmeter abgeräumt und entsprechend dem bestehenden Straßenaufbau asphaltiert werden. Die in diesem Wendekreis stehende Linde sowie ein weiterer Baum müssen leider gefällt werden. Eine Ersatzpflanzung, die in der ursprünglichen Kostenschätzung nicht vorgesehen war, ist mit einberechnet worden. Des Weiteren schlägt der Architekt aus gestalterischen Gründen, aufgrund der durch den Wendekreis nicht unerheblich vergrößerten Einmündung, die Errichtung einer begrünten Insel vor. Die nicht vorgesehenen Mehrkosten belaufen sich auf zirka 2.000 Euro (brutto).

Die Kostenberechnung von Architekt Pregler für den Wendekreis an der Badstraße beläuft sich auf 41.171,03 Euro (brutto) zuzüglich Nebenkosten.

Die Kostenmehrung gegenüber dem Ansatz der Kostenschätzung von 30.000 Euro (brutto) in Höhe von 11.171,03 Euro zuzüglich Nebenkosten ist im Wesentlichen auf die aufgrund der etwas größeren zu asphaltierenden Grünfläche für den Wendekreis sowie der vorgesehenen Grüninsel zurückzuführen. Eine Untersuchung des Baugrunds durch den Bodengutachter muss auch hier noch erfolgen. Zu den oben genannten Kosten ist noch das Honorar von Architekt Pregler in Höhe von 29.100 Euro, Nebenkosten in Höhe von 45.339 Euro, Kosten für das Bodengutachten in Höhe von 4.000 Euro sowie für die Vermessung in Höhe von 5.000 Euro für beide oben genannten Maßnahmen, also insgesamt 74.448 Euro anzusetzen.

Auf der Sitzung stellte sich Architekt Richard Pregler zunächst kurz vor: Er sei seit 20 Jahren im Städtebau und in Marktteilanierungen tätig, zum Beispiel in Markt Tann. Zu Wolfratshausen erklärte er, dass er für die Sanierung der Brücke Waldram/Farchet über den Loisach-Isar-Kanal zusätzlich Rat einholen würde, „denn ich bin kein Brückenbauer.“

CSU-Fraktionssprecher Günther Eibl gab als erster für seine Fraktion eine Erklärung ab. „Wir müssen heute dem Beschlussvorschlag zustimmen [180.645,57 Euro (brutto) für den Ausbau der Zuwegung der Brücke am Loisach-Isar-Kanal mit funkgesteuerten Lichtsignalanlagen und Schranken in Verlängerung der Grubigsteinstraße sowie für den Ausbau des Wendekreises an der Badstraße in Höhe von 41.171,03 Euro (brutto) und den Honorarkosten, Nebenkosten und Kosten für die Vermessung und Bodengutachten für beide Maßnahmen in Höhe von insgesamt 74.448 Euro, die Red.], sonst kommen wir in Verzug“, mahnte er. „Die Stadtbuslinie ist bereits ausgeschrieben. Wir können nicht zurück!“

SPD-Rat Manfred Menke, wollte einer Kostensteigerung um das Zweieinhalbfache nicht zustimmen: „Wie können wir von den Kosten runterkommen“, fragte er in die Runde und wollte vom Architekten die Kostenzusammenstellung wissen. Auch hinterfragte er die Notwendigkeit für einen Kreisell bei der Badstraße. Ferner fragte er nach der genauen Aufteilung der (im „Sachstand“ aufgeführten, die Red.) „Nebenkosten“ in Höhe von 45.339 Euro. Architekt Pregler antwortete, dass sich der Straßenbau an einem Regelwerk orientiere, auf deren Basis sich die Kosten für die Asphaltierung in Waldram errechneten.

Doch er habe eine gute Nachricht, nämlich, dass der Kreisell/ Äußere Beuerberger Straße/ Einfahrt Badstraße nicht neu asphaltiert werden müsse, es sei dort ein großer Teil des nötigen 20 Zentimeter Asphalts vorhanden. „Eine schlechte Nachricht habe ich aber bei der Grubigsteinstraße (Brücke), entgegen vorheriger Annahmen ist der Asphalt von 10 Zentimetern nicht ausreichend, weil sich dann später Brechungen ergeben könnten.“ Und zu Menkes Frage nach der Zusammensetzung der Nebenkosten informierte er, dass sie unter anderem Voruntersuchungen und das Bodengutachten beinhalten. Er betonte, dass die Belastung einer Straße durch einen Bus mit einem PKW nicht vergleichbar sei. „Ein Bus hat andere Traglasten und belastet die Straße auch durch seine Anfahrt.“ Sei die Straßendecke dafür nicht stark genug, ergäben sich Senkungen in der Fahrbahn.

Zweiter Bürgermeister Fitz Schnaller bezweifelte die Sorgen des Architekten: „Der Bus fährt nur täglich nur 40 Mal über die Brücke. Da könnte man die Strecke 15/16 Zentimeter bis zur Höhe des Gehwegs auffüllen, diesen zur Abgrenzung farblich markieren. Zusammen mit den vorhandenen 10 Zentimetern wären dies 25 Zentimeter. Das müsste doch reichen.“ Die Senkungen würde er „in Kauf nehmen. Wir brauchen keine Lösung für 100, sondern nur für 20 Jahre. Die Haushaltslage zwingt uns dazu.“ Auch Gerlinde Berchtold, SPD, hielt die Kosten „für völlig überzogen. Die Strecke wird ja jetzt nur für den Stadtbus genutzt.“ Grünen Rat Dr. Hans Schmid ergänzte: „Da geht man mit den Senkungen in der Bahnhofstraße oder am Floßkanal ein Risiko in einer ganz anderen Größenordnung ein.“ 180.000 Euro mehr auszugeben, sehe er nicht ein. Er sei auch dafür, „einfach aufzufüllen und zu schauen, was sich in 20 Jahren tut“. Außerdem sei er „verstimmt, weil wir von der ‚Arbeitskreis Stadtbus‘ (AK) in diese Planungen nicht vorab eingebunden worden sind. Dann hätten wir vorher alles klären können“. Der Bürgermeister entgegnete Schmidt, dass die Vorhaltung an den Planungen der AK auch nicht beteiligt gewesen sei. Und außerdem erklärte er: „Wollen Sie dem Fachplaner vorschreiben, was er machen soll?“ Schmidt erläuterte: „Wir hätten vorher gerne die technischen Fragen, wie die zusätzliche Asphaltsschicht, besprochen.“

Der Bürgermeister betonte ferner, dass erst ein Unternehmen gefunden werden müsse, das für diese Lösung auch die Gewährleistung übernehme. Der Architekt ergänzte, dass die Tragfähigkeit bei der Brücke über die gesamte Länge von 120 Metern nachweislich gegeben sein müsse.“ Schmidt: „Aber in der Bahnhofstraße zum Beispiel gibt es 10 bis 15 Zentimeter Senkungen. Diese Gefährdung nehmen wir wissentlich in Kauf.“ Bei der Brücke handle es sich nur um eine Senkung von 1 oder 2 Zentimetern.

BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller erklärte, wegen der Gewährleistung akzeptiere er die Konstruktion, auch die BVW-Fraktion werde deshalb dem Beschlussvorschlag zustimmen. Doch er schließe sich dahingehend den Vorrednern an, dass Kosten eingespart werden sollten. Deshalb fragte er, ob die Anzahl der Bohrungen für die Bodenuntersuchungen nötig seien. Ferner bezweifle er, dass es ein Kreisel in der Badstraße geben werde. „In Wolfratshausen sind sie nie verwirklicht worden.“ Er erkundigte sich noch, wie groß der Bus sei und wie viele Personen Platz hätten. Architekt Pregler antwortete, eine punktmäßige Prüfung sei für das Gutachten notwendig; zum Kreisel: „Der Ausfahrtradius muss mit dem Straßenbauamt Weilheim geklärt werden.“ Und zum Bus: Der Bus wird kleiner, hat eine Länge von 12 Metern, darin haben 50 Personen Platz.

Roswitha Beyer schlug ein gefahrloseres Einfädeln bei der Äußeren Beuerberger/Badstraße vor, ähnlich wie die Ausfahrt beim Geschäft Geiger Am Wasen. Das würde dem Architekten auch besser gefallen, wie er betonte, „aber das Straßenbauamt befürchtet eine Gefahr für die PKWs.“ Beyer forderten deshalb: „Dann muss sich eben die Verwaltung auf die Hinterfüße stellen für die bessere Lösung einer Ausfahrt.“ Der Architekt beantwortete ferner die Frage von Ulrike Krischke, BVW, auf die Notwendigkeit einer Detailuntersuchung: „Sie ist nötig. Zwar wäre die Kosteneinsparung erheblich, aber die Punktuntersuchung muss sein. Der Bürgermeister warf hier ein, dass der AK doch bei der verkehrlichen Begehung dabei gewesen sei. „Das hätte sie mit der Polizei gleich alles vor Ort besprechen können.“

Einen Einsparungsvorschlag anderer Art hatte Richard Kugler (parteilos für CSU): „Wir wissen nicht, ob der Untergrund in der Grubigsteinstraße standfest genug ist. Deshalb sollten wir die Straße einfach so lassen, wie sie ist. Wenn sich der Teer (Asphalt, die Red.) in einem halben Jahr verändert, dann entscheiden wir, was zu tun ist. Wir brauchen auch kein Gutachten, um das vorher festzustellen, sondern sehen dann, was nötig ist.“ Der Architekt entgegnete: „Die Untersuchungen vorher sind die Basis für die Kostenermittlung. Wenn sie schlecht aussehen, muss eben Kies aufgesetzt werden.“

„Wir sind entsetzt über die Kostensteigerungen“, so Dr. Manfred Fleischer, CSU, „aber wir werden zustimmen, wenn es keine andere Möglichkeit gibt.“ Schnaller erklärte dagegen: „Wir sollten mutig sein und auf die Gewährleistung verzichten. Der Belag an der Brücke z.B. hat 30 Jahre gehalten. Wir werden diese Kosten niemals erwirtschaften.“ Für die Badstraße machte er dann den Vorschlag eines Minikreisels in der Mitte der Straße. Vorteil: „Das kostet nicht mehr, bringt uns aber mehr: Der Kreisel nimmt die Geschwindigkeit an der Badstraße heraus und regelt die Einfahrt zum Parkplatz des AWO-Seniorenheims. Außerdem ist der jetzt geplante Schwenk in die andere Fahrbahn viel gefährlicher“. Der Architekt gab ihm prinzipiell recht: „Alternativen könnte man überlegen. Aber die Äußere Beuerberger Straße sei eine Bundesstraße, da müsse man den Freistaat mit ins Boot nehmen.“

Schmidt schlug dann vor, die AG solle sich mit der Verwaltung zusammensetzen, um die verschiedenen Vorschläge der Räte zu prüfen und dann in der nächsten Bauausschusssitzung darüber zu berichten. Fleischer fand seinen Vorschlag gut, allerdings müsse jetzt der Beschluss gefasst werden, „dazu aber mit der Maßgabe, dass die Verwaltung mit den Planern versuchen sollte, eine günstigere Lösung zu finden.“

Die Räte beschlossen mit 20:2 Stimmen (Roswitha Beyer und Gerlinde Berchtold, beide SPD): Der Kostenberechnung des Architekten Richard Pregler vom 8. März 2016 in Höhe von 180.645,57 Euro (brutto) für den Ausbau der Zuwegung der Brücke am Loisach-Isar-Kanal mit funkgesteuerten Lichtsignalanlagen und Schranken in Verlängerung der Grubigsteinstraße sowie für den Ausbau des Wendekreises an der Badstraße in Höhe von 41.171,03 Euro (brutto) und den Honorarkosten, Nebenkosten und Kosten für die Vermessung und Bodengutachten für beide Maßnahmen in Höhe von insgesamt 74.448 Euro wird zugestimmt.

Der „Arbeitskreis Stadtbuss“ prüft zusätzlich zusammen mit der Verwaltung und dem Straßenbauamt Weilheim alle Möglichkeiten der Kosteneinsparung und informiert zeitnah den Bauausschuss.

Soweit die Mehrkosten als überplanmäßige Ausgaben im Rahmen der Mittelbeschaffung nicht gedeckt werden können, werden die Mittel im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2016 bereitgestellt. Die Restfinanzierung erfolgt über Rücklagenentnahme.

● Top 3: Kommunalrecht – Ortsrecht, hier 2. Satz zur Änderung der Musikschulgebührensatzung

Sachverhalt: In der Kulturausschusssitzung am 4. Februar 2016 wurde im Rahmen von TOP 6 unter anderem dieses Thema behandelt. Hierbei wurde folgender Sachverhalt vorgetragen: „Die letzte Gebührenerhöhung erfolgte im Jahre 2008. Damit konnte das jährliche Defizit in Bezug auf die Lehrpersonalkosten auf 163.518 Euro reduziert werden. Seitdem erfolgten keine Anpassungen mehr. Lediglich leichte Erhöhungen in der Jahreswochenstundenzahl als auch eine zunehmende Tendenz in Richtung Gruppenunterricht führten zu geringfügigen Steigerungen bei den Unterrichtsgebühren. Der tariflichen Entwicklung der Lehrpersonalkosten konnte somit in keinsten Weise entgegengewirkt werden. Lediglich die doch sehr günstige Entwicklung beim Staatszuschuss konnte zur Entwicklung des Defizits kostenmindernd beitragen. Unter diesen Voraussetzungen erhöhte sich im Zeitraum 2008 bis 2015 das jährliche Defizit um 48,19 Prozent oder absolut betrachtet um 78.802 Euro. Es sei noch darauf hingewiesen, dass es sich gemäß Anlage (Kostenübersicht) lediglich um eine Teilkostenrechnung (Lehrpersonalkosten) handelt. Die sonstigen Kosten wurden auch in der Vergangenheit, als sogenannte „Eh-da-Kosten“ nicht berücksichtigt. Eine umfassende betriebswirtschaftliche Vollkostenrechnung wäre ohnehin obsolet, da eine Kostendeckung durch Gebühren rein gesellschaftspolitisch vermutlich nicht umsetzbar wäre. Basierend auf dieser Teilkostenrechnung wurden daher für eine mögliche Gebührenerhöhung Modellberechnungen mit 5 Prozent, 10 Prozent und 15 Prozent gemäß Anlage vorgenommen.“ Der Ausschuss fasste letztlich folgenden Beschluss: „Die Stadt Wolfratshausen erhöht ab dem Schuljahr 2016/2017 die Unterrichtsgebühren der Musikschule um 5 Prozent. Die Gebührensatzung ist zu ändern und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.“ Eine entsprechende Änderungssatzung mit neuer Gebührentabelle im Entwurf wurde von der Verwaltung ausgearbeitet und ist beigefügt.

Die Räte beschlossen einstimmig, die 2. Satzung zur Änderung der Musikschulgebührensatzung mit Wirkung zum 1. September 2016.

● Top 4: Personalwesen – Stellenplan; hier: Erhöhung des Unterrichtsangebots der Musikschule ab dem Schuljahr 2016/2017 um 25 Jahreswochenstunden

Sachverhalt: Der Kulturausschuss hat sich in seiner Sitzung am 4. Februar mit nachfolgendem Sachverhalt befasst:

„Erhöhung des Unterrichtsangebotes ab dem Schuljahr 2016/2017 um 40 Jahreswochenstunden

1. **Assistentenstelle Kinderchor:** zirka 5 Unterrichtsstunden

2. **Übernahme von Wartelisten-Schülern:** zirka 25 Unterrichtsstunden. Eine Warteliste gibt es seit vielen Jahren. Neu ist, dass es sich stark auf die relativ frisch besetzten Fächer Trompete, Schlagzeug und Keyboard konzentriert, obwohl diese zwischenzeitlich bereits aufgestockt wurden. Zudem gibt es Fächer, in denen seit Jahren der Bedarf höher ist (Klavier, Geige, Stimmbildung, Querflöte).

3. **Erweiterung um den Fachbereich Musiktherapie:** zirka 5 Unterrichtsstunden. Aktuell hat sich die Möglichkeit ergeben, das Angebot der Musikschule um das Fach Musiktherapie zu erweitern. Es handelt sich um eine Kooperation mit den evangelischen Kindergärten. Die externe Fachkraft hat nach 12 Jahren gekündigt und es wäre sinnvoll, diese Stunden -soweit möglich- durch eine Fachkraft der Musikschule zu besetzen. Frau Schäfermeyer hat die entsprechende Ausbildung und könnte mit einer Aufstockung zur Vollzeitkraft einige Stunden leisten.

4. **Neue, flexible Angebote für junge Flüchtlinge:** zirka 5 Unterrichtsstunden. Die Musikschule sollte sich der neuen Situation stellen und Angebote für junge und jugendliche Flüchtlinge entwickeln. Musik ist auf jeden Fall eine sehr gute Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen die Integration zu erleichtern und diese zu beschleunigen. Wegen verschiedener Unwägbarkeiten, z.B. die Dauer der Teilnahmemöglichkeit oder unterschiedliche Altersgruppen etc., muss allerdings über neue Modelle nachgedacht werden. Eine Aufnahme in bestehende Gruppen ist nicht immer sinnvoll und kann nur im sehr kleinen Rahmen erfolgen. Ziel ist hauptsächlich, neue Angebote zu schaffen, in denen Flüchtlinge und Einheimische zusammentreffen, Angebote die nicht unbedingt ein ganzes Schuljahr dauern sondern zum Beispiel in Form von zeitlich begrenzten Projekten stattfinden. Die nötigen Unterrichtsstunden könnten abwechselnd und zeitlich begrenzt auf verschiedene Lehrkräfte verteilt werden.

Der Stundenbedarf ist nicht wirklich neu. Bis auf die ganz aktuelle Situation der Flüchtlinge basiert der Bedarf auf einer Entwicklung, die sich seit längerem, zum Teil schon seit einigen Jahren abzeichnet: Die Musikschule hat ihren festen Platz und der Wert der musikalischen Bildung wird von immer mehr Eltern geschätzt. Hinzu kommt immer stärker die Tendenz der Erwachsenenbildung. Speziell im Bereich der Senioren gibt es noch ein weites Betätigungsfeld, in dem die Musikschule noch am Anfang steht. Das Ende der Weiterentwicklung ist also noch keinesfalls erreicht.“

Des Weiteren wurden eine Gebührenerhöhung und eine Verpflichtung der Umlandgemeinden zur Kostendeckung des Unterrichts für Auswärtige erörtert und positiv beschlossen.

Insgesamt wurden somit nachfolgende Beschlüsse gefasst: Die Stadt Wolfratshausen erhöht ab dem Schuljahr 2016/2017 die Unterrichtsgebühren der Musikschule um 5 Prozent. Die Gebührensatzung ist zu ändern und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Das Unterrichtsangebot der Musikschule wird ab dem Schuljahr 2016/2017 um 25 Jahreswochenstunden (zu Nr. 2; Nr. 1 bereits im Stellenplan 16 berücksichtigt, Nr. 3 und Nr. 4 abgelehnt) erhöht. Die Änderungen sind in den Stellenplan 2017 einzuarbeiten. Für das Haushaltsjahr 2016 hat der Stadtrat über den Personalmehrbedarf zu entscheiden. Mit den Gemeinden sind Verhandlungen zu führen, inwieweit eine umfassendere Kostenbeteiligung am Defizit der Musikschule erzielt werden kann. Eine Vereinbarung darüber, in Form eines öffentlich – rechtlichen Vertrages, soll von der Verwaltung erarbeitet werden.“

Die Räte beschlossen einstimmig: Das Unterrichtsangebot der Musikschule wird ab dem Schuljahr 2016/2017 um 25 Jahreswochenstunden erhöht. Der zusätzliche Stellenbedarf von 0,76 Stellen in EG 9 TVöD im Einzelbudget 114 – Musikschule wird hiermit für das Haushaltsjahr 2016 genehmigt.

● Top 5: Antrag der Fraktion der Bürgervereinigung Wolfratshausen auf Erhöhung des vorgesehenen jährlichen Zuschusses an das Josefa-Burger Tierheim in Gelting

Antrag: Die Fraktion der Bürgervereinigung Wolfratshausen beantragt, zusätzlich zu dem mit den Nachbargemeinden vereinbarten Zuschuss von 0,25 Euro je Einwohner für das Josefa-Burger Tierheim in Gelting, eine jährliche freiwillige Spende von 0,25 Euro je Einwohner zu zahlen. (Derzeit laut Einwohnermeldeamt zum 31. Dezember 2015 gemeldete Erstwohnsitze: 18.642 Einwohner, das ergäbe im Moment 2 x 4.660,50 Euro jährlich) Zugleich muss sichergestellt werden, dass das Josefa-Burger Tierheim in Gelting der Stadt einen jährlichen Jahresbericht zukommen lässt.

Zur Begründung wird angeführt: Wie der Presse zu entnehmen ist, befindet sich das Josefa-Burger Tierheim in Gelting an seinen finanziellen Grenzen und kommt mit den bisher gewährten Zuschüssen – bisher 1.500 Euro/ Jahr durch die Stadt Wolfratshausen – nicht mehr aus. Andererseits wird die Stadt Wolfratshausen durch das Josefa-Burger Tierheim in ihren Aufgaben deutlich entlastet, denn obwohl die Stadt für Fundtiere aus dem Gemeindebereich zuständig ist, übernimmt das Tierheim in Gelting dankenswerter Weise diese Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Stadt. Sollte das Tierheim in Gelting ausfallen, müssen neue Lösungen gefunden werden, deren finanzielle Auswirkungen derzeit nicht vorhergesagt werden können, die sich aber sicherlich deutlich über dem bisher gewährten Zuschuss von 1.500 Euro/ Jahr befinden werden.

Die Räte beschlossen einstimmig, zusätzlich zu dem mit den Nachbargemeinden vereinbarten Zuschuss von 0,25 Euro je Einwohner für das Josefa-Burger Tierheim in Gelting eine jährliche freiwillige Spende von 0,25 Euro je Einwohner zu zahlen.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

● Top 6: Bekanntgaben und Anfragen

Anfrage Kreisfinanzverwaltung wegen haushaltsrelevanter Asylkosten

Mit Schreiben vom 15. Februar 2016 teilt das Landratsamt mit, dass im Kreishaushalt derzeit ein Nettoansatz für Personal-, Sach-, Investitions- und Zweckeinzelkosten in Höhe von 2.744.500 Euro für den Bereich Asyl gebildet wurde.

Das Landratsamt merkte an, dass weitere Personal- und Sachkosten entstehen werden, die im Haushaltsplanentwurf nicht gesondert für den Asylbereich ausgewiesen wurden, da sie in den übrigen Unterabschnitten des Haushalts zusammengefasst sind. Dies betrifft unter anderem das im Amt für Jugend und Familie, das Sachgebiet Ausländerwesen sowie die Betreuungsstelle. Auch bei den Zweckeinzelkosten, hier u.a. die Kosten der Unterbringung, ist zu berücksichtigen, dass allein 2 Millionen Euro für den Sicherheitsdienst eingeplant worden sind. Hier schließen sich weitere Kosten an, da wegen der Belegung der Landkreisturnhallen entsprechender Sportflächenersatz geschaffen werden muss.

Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur zukünftigen Darstellung der Entwicklung der Personalausgaben im Haushaltsplan

Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen beantragt aus Gründen der Transparenz bei der Abweichung von Personalausgaben im Haushaltsplan von der tariflichen Steigerung eine zumindest quantitative Darstellung der Änderungen. Die Formulierung der Erläuterungen zum Haushaltsplan ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung und unterliegt damit nicht der Beschlussfassung durch den Stadtrat. Grundsätzlich werden Abweichungen der Sach- und Personalausgaben in den Budgets durch die Budgetverantwortlichen und im Vorbericht durch den Stadtkämmerer im gebotenen Umfang erläutert. Veränderungen bei der Personalentwicklung werden in der Vorberatung zum Stellenplan nichtöffentlich nach Person, Stellenanteil und Eingruppierung bzw. Besoldung detailliert dargestellt. Künftig ist vorgesehen, die Auflistung der Personalausgaben in kameraler Darstellung bei der Vorlage des Stellenplans in nichtöffentlicher Sitzung zur Beratung mit an die Hand zu geben.

Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur zukünftigen Vorgehensweise bei der Erstellung des Haushaltsplans

Es besteht der Wunsch, künftig die Haushaltsplanung transparenter zu gestalten und das Stadtratsgremium früher einzubinden. In der gemeinsamen Besprechung der Fraktionsvorsitzenden, deren Stellvertreter, der weiteren Bürgermeister, des Bürgermeisters, der Amtsleiter und des Stadtkämmerers am 29. Februar 2016 wurde zur Einbindung des Stadtrates einvernehmlich folgende Vorgehensweise festgelegt: Mittelanforderung, Vorbereitung des Haushaltsplans durch die Verwaltung, Information des Stadtrates zum Rohentwurf des Haushaltsplanes für das kommende Jahr in einer Sondersitzung im Oktober. Öffentliche Beratung zum Haushaltsplanentwurf, Behandlung der Anträge der Fraktionen und der Stadtratsmitglieder in einer Sondersitzung im November. Vorlage des Haushaltsplanentwurfs unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse in der Dezembersitzung; öffentliche Beratung und Verabschiedung des Haushaltsplanes mit seinen Anlagen. Soweit mit dieser vereinbarten Vorgehensweise Einverständnis besteht, bitte ich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Stellungnahme über die weitere Behandlung des Antrags.

„Rama Dama“ Aktion 2016

Die Stadt Wolfratshausen lädt am Samstag, 9. April 2015 von 9.30 Uhr bis zirka 12 Uhr ihre Bürgerinnen und Bürger zum „Frühjahrsputz“ ein. Nach der Aktion sind alle Helferinnen und Helfer zu einer gemeinsamen Brotzeit eingeladen. Treffpunkte sind: hinter dem Rathaus am Loischufer und in Waldram an der Ecke Fuß- und Radweg am Gleis/ alte Zufahrt zur Tennisanlage. Sollte die Witterung ungeeignet sein, entfällt die Aktion ersatzlos. Zur besseren Planbarkeit können sich Gruppen ab fünf Personen vorab melden unter Telefon 08171/214-390 oder vorderobermeier@wolfratshausen.de.

Stadtradeln 2016

Wie bereits im vergangenen Jahr angekündigt, wird die Stadt Wolfratshausen heuer bei der Aktion „Stadtradeln“ mitmachen, ebenso wie die Stadt Geretsried. In Abstimmung mit unserer Nachbarkommune findet die Aktion von Montag, 4. Juli bis Sonntag, 24. Juli statt, um möglichst auch noch Schüler oder Schulklassen einbeziehen zu können. Am Sonntag, 3. Juli ist eine gemeinsame Auftaktveranstaltung in Geretsried geplant; die Abschlussveranstaltung mit der Bekanntgabe der Bestleistungen soll am 27. Juli in Wolfratshausen stattfinden. Sobald der Online-Radkalender für Wolfratshausen freigeschaltet ist, können sich Teams bilden und anmelden. Auf der Homepage der Stadt (www.wolfratshausen.de) ist ein gesonderter Bereich eingerichtet, in dem regelmäßig mit allen Neuigkeiten rund um diese Aktion aufgeführt sind. Dort werden auch geplante Aktivitäten, Tourenvorschläge und ähnliches vorgestellt.

Untermarkt 10 – Planungsauftrag; hier: Nennung von Architekten

Nach Absprache mit allen Stadtratsfraktionen gibt Stadtrat Dr. Hans Schmidt (Grüne) folgende drei Planungsbüros für die Sanierung/ Renovierung des Gebäudes Untermarkt 10 bekannt: Wolfgang Aldinger, Anton Leitner; HP-Ingenieure. Der Bürgermeister wird das Planungsbüro Anton Leitner mit der Sanierung/ Renovierung des Gebäudes Untermarkt 10 beauftragen.

Unterbringung von Asylbewerbern

Vorhaben der Stadt: Die Bauanträge für die Anlagen am Förgenweg und an der Zugspitzstraße wurden bereits am 16. Februar bzw. am 1. März an das Landratsamt weitergeleitet. In den Anlagen können 94 und 82 Personen unterkommen; neben den üblichen und notwendigen Nebenräumen sind auch Büroflächen für die haupt- und ehrenamtlichen Betreuer vorgesehen.

Der Bauantrag für die Anlage an der Auenstraße wurde einen Tag vor der Sitzung an das Landratsamt weitergeleitet. Die Anlage soll einer Nachnutzung als günstiger Mietwohnungsbau dienen können. In den Reihenhäuser ähnlichen Gebäuden können zunächst zirka 70 Flüchtlinge und später zehn Familien unterkommen. Für das Grundstück ist ein Erbaurechtsvertrag mit dem Erzbischöflichen Ordinariat in Vorbereitung. Mit den Eingabeplänen für das Grundstück Bahnhofstr. 9 wird bis Ende dieses Monats gerechnet. Für die Sauerlacher Str. 15 wird auch die StäWo beteiligt; hier rechnet die Stadt mit Eingabeplänen bis Ende April. Für das ehemalige Vermessungsamt

an der Heimgartenstraße wurde nach Auskunft des Landratsamts zwischenzeitlich ein Betreiber gefunden; mit einer baldigen Belegung wird gerechnet.

Ehemaliges Pfarrheim, Am Loischbogen 8 und 10: Nach Auskunft des Landratsamts laufen die Umbauarbeiten; mit einer Betriebsaufnahme kann ab Mitte April gerechnet werden.

Ehemaliges Forstamt, Königsdorfer Str. 17: Der Landkreis hat ein Genehmigungsverfahren für den Neubau von 17 Wohneinheiten mit Tiefgarage eingereicht in denen zunächst bis zu 76 Flüchtlinge untergebracht werden können. Mit dem Baubeginn kann jederzeit gerechnet werden.

Derzeit sind in Wolfratshausen 193 Flüchtlinge dezentral untergebracht. Es ist vorgesehen, auf der Homepage eine regelmäßig aktualisierte Bekanntgabe einzurichten. Nachdem der bisherige Auftrag an den Bürgermeister, nämlich Planungen für die schnellstmögliche Errichtung von Behelfsunterkünften auf den Grundstücken Auenstr. 11, Bahnhofstr. 9, Sauerlacher Str. 15, Förgenweg und Zugspitzstraße einzuleiten, wird für die Stadtratssitzung im April eine umfangreiche Vorlage vorbereitet, die sich unter anderem mit dem weiteren Procedere, der Übernahme der Bauherrschafft und der Finanzierung der einzelnen Anlagen befassen wird.

Solkataster

Die Stadt Wolfratshausen hat ein Solarkataster für sämtliche Dächer im Stadtgebiet Wolfratshausen erstellen lassen. Die Berechnungen wurden bereits abgeschlossen, sodass das Solarkataster in den kommenden Tagen über die Homepage der Stadt zur Verfügung gestellt werden kann. Das Solarkataster zeigt sowohl für Photovoltaik als auch für Solarthermie geeignete Dachflächen. Zusätzlich kann die solare Einstrahlung unter Berücksichtigung von Verschattungen betrachtet werden. Es bietet somit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich über das Solarpotential ihres Hauses zu informieren. Zusätzlich erhalten sie Hinweise zu Planung und Bau einer eigenen Solaranlage und wertvolle Links auf weiterführende Seiten. Hauseigentümer können zusätzlich über einen Ertragsrechner die Wirtschaftlichkeit einer Photovoltaik- oder Solarthermieanlage – mit oder ohne Batteriespeicher – für ihr Gebäude abschätzen. Aus Datenschutzgründen ist der Wirtschaftlichkeitsrechner passwortgeschützt.

Anfragen der Stadträte

CSU-Fraktionssprecher Günther Eibl fragte nach, wann das Protokoll der Februar-Stadtratssitzung den Räten vorgelegt werde. Der Bürgermeister antwortete, Grund für die Verzögerung sei der „Trojaner“, der sich in die Rechner im Rathaus eingeschlichen hatte. Wegen Urlaubs sei es jetzt noch nicht geschrieben, werde aber in der nächsten Sitzung nachgereicht.

Dr. Hans Schmidt, Grüne wollte wissen, wo die Anträge der Bürger zur Bürgerversammlung veröffentlicht werden. Laut der neuen Satzung müssten sie ja vier Wochen vor der Veranstaltung an das Rathaus übermittelt werden. Geschäftsführer Franz Gehring informierte, sie werden im Schaukasten vor dem Bürgerbüro ausgehängt.

Renate Tilke, CSU, berichtete, dass bei Regen der Fußweg an der Bushaltestelle von der Sauerlacher Straße hinunter zur Schule am Hammerschmiedweg regelmäßig verschlamm („Schlammwüste“) sei, da das Regenwasser nicht ablaufen könne. Der Bürgermeister versprach, die Stadt werde sich darum kümmern, dies gehöre zu den Unterhaltsmaßnahmen der Stadt.

Manfred Menke, SPD, erkundigte sich, warum an der Kooperationssitzung mit dem Geretsrieder Stadtrat am 21. März anstatt aller Räte nur die Fraktionssprecher, eingeladen sind. Der Bürgermeister antwortete, die Sitzungen seien nicht öffentlich, es könnten aber alle Stadträte teilnehmen, doch nur die Fraktionssprecher hätten ein Rederecht. Es gehe diesmal um das Interkommunale Hallenbad, Landrat Josef Niedermaier und Geretsrieds Bürgermeister Michael Müller hätten zur weiteren Information eingeladen. (Geretsried droht ein jährliches Betriebskostendefizit von etwa einer Million Euro, die Red.). Der Landrat habe deshalb sein Kommen zur Wolfratshausener Sitzung im Mai zugesagt, dann könne mit allen Räten darüber diskutiert werden. Dr. Manfred Fleischer sah keinen Grund für neue Verhandlungen: „Die Würfel sind gefallen: Wir haben bereits einen gültigen Beschluss gefasst, dass wir uns an den Baukosten beteiligen, das Bad nutzen, uns aber nicht an den Betreiberkosten beteiligen.“ Geretsried solle sich keine falschen Hoffnungen machen, dass sich Wolfratshausen doch daran beteilige. Dafür gebe es keine Basis, „denn unsere Haushaltslage ist angespannt“.

Sozial- und Familienreferentin Gerlinde Berchtold, SPD, gab bekannt, dass der Neubürgerempfang in Wolfratshausen am 17. September in der Aula der Schule Waldram stattfindet.

Bekanntmachung

„Rama Dama“-Aktion 2016

Die Stadt Wolfratshausen lädt am **Samstag, den 09.04.2015** von 9:30 Uhr bis ca. 12:00 Uhr ihre Bürgerinnen und Bürger zum „Frühjahrsputz“ ein. Nach der Aktion sind alle Helferinnen und Helfer zu einer gemeinsamen Brotzeit eingeladen.

Treffpunkte sind

- hinter dem Rathaus am Loischufer und
- in Waldram an der Ecke Fuß- und Radweg am Gleis/alte Zufahrt zur Tennisanlage.

Sollte die Witterung ungeeignet sein, entfällt die Aktion ersatzlos. Wir würden uns freuen, wenn sich Gruppen ab 5 Personen zur besseren Planbarkeit vorab bei uns melden würden unter 08171/214-390 oder vorderobermeier@wolfratshausen.de. *Klaus Heilinglechner, 1. Bürgermeister*

Bekanntmachung

2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die städtische Musikschule

Die Stadt Wolfratshausen hat eine 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die städtische Musikschule beschlossen. Sie tritt am 01.09.2016 in Kraft und liegt in der Verwaltung der Stadt Wolfratshausen (Bürgerbüro) zur Einsichtnahme während der allgemeinen Geschäftsstunden auf. *Klaus Heilinglechner, 1. Bürgermeister*

Bekanntmachung

Einschreibung für den städt. Schulkindergarten Wolfratshausen

Die Anmeldung für den Schulkindergarten der Stadt Wolfratshausen am Hammerschmiedweg 8 findet am **Mittwoch, den 06.04.2016**, in der Zeit von 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr im o.g. Schulkindergarten statt.

Informationen
der Stadt



Stadttratssitzung in Wolfratshausen am 12. April 2016

Die Bürgerfrageviertelstunde findet jeweils vor dem offiziellen Beginn der Stadttratssitzung statt. Heinz Wensauer hatte Fragen zu dem im letzten Bauausschuss behandelten Thema „Hangsanierung am Bergwald“. So wird zum Beispiel an einem Abschnitt nahe der Bergwaldbühne, oberhalb des alten Wasserreservoirs, ein steiles Hangstück seit einigen Jahren vom Regenwasser immer mehr ausgewaschen. Hier rutscht der Hang nun gefährlich ab, die Wurzeln der Bäume können keinen Halt mehr bieten. 500.000 Euro standen im Haushalt für Sicherungsmaßnahmen wie zum Beispiel Erdnägel aus Beton zur Verfügung, doch diese werden jetzt noch nicht abgerufen. Der Bauausschuss hat beschlossen, erst einmal das Niederschlagswasser des darüber liegenden Golfplatzes am Bergkramerhof aufzufangen und über den Rauschergraben abzuleiten. Es sei dann weiter zu beobachten, wie sich die Erosion in ein paar Monaten am Hang weiter entwickle. Wensauer fragte leicht ironisch, ob die Stadt diese Muren vielleicht als neue Attraktion in den Bergwaldlehrpfad aufnehmen möchte. Mit entsprechenden Modellen könnte das durchaus eine interessante Ergänzung sein. Weiter wollte er wissen, wer verantwortlich sei, wenn dort am Hang jetzt tatsächlich etwas passiere. Darauf erklärte ihm der Bürgermeister, dass er als Bürgermeister die Verantwortung übernehmen müsse.

● Top 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner begrüßte die Stadträte zur Sitzung, sie waren vollzählig erschienen. Geburtstag gefeiert hatte am 11. April Rudi Seibt (Grüne).

● Top 2: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadttratssitzung vom 16./17. Februar 2016

Die Niederschrift wurde genehmigt.

● Top 3: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadttratssitzung vom 15. März 2016

Dr. Hans Schmid (Grüne) hatte eine Anmerkung zum TOP Bekanntgaben, Antrag der Grünen zur zukünftigen Darstellung der Entwicklung der Personalausgaben im Haushaltsplan, Seite 12/17: „Die Fraktion B 90 / Die Grünen beantragt aus Gründen der Transparenz bei der Abweichung von Personalausgaben im Haushaltsplan von der tariflichen Steigerung eine zumindest quantitative Darstellung der Änderung.“ Dies solle ersetzt werden durch den exakten Wortlaut des Grünen-Antrags, da die Formulierung der Verwaltung missverständlich bzw. falsch sei: Die Fraktion B 90 / Die Grünen beantragte am 6. Februar 2016: „Für die Darstellung im von der Verwaltung jeweils erarbeiteten Haushaltsplan gilt: Falls die Änderung der Personalausgaben nicht den Tarifsteigerungen entspricht, sind sie in den Unterbudgets qualitativ darzustellen.“ Weiter bat Schmid, dass Anträge grundsätzlich im Wortlaut verlesen werden sollten, damit sie der Öffentlichkeit bekannt und solche Unstimmigkeiten im Vortrag der Verwaltung vermieden werden. Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) nahm diesen Hinweis zu Kenntnis. Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

● Top 4: Feuerwehrbedarfsplan für Wolfratshausen; Grundsatzbeschluss

Sachverhalt: Die Aufstellung einer Feuerwehr ist eine Pflichtaufgabe im Rahmen der Leistungsfähigkeit einer Gemeinde. (Art. 1 BayFwG). Die Gemeinden haben gemäß der Vollzugsbekanntmachung des Staatsministeriums des Innern (Vollz-BekBayFwG) die gemeindlichen Feuerwehren so aufzustellen und auszurüsten, dass diese möglichst schnell Menschen retten, Schadfeuer begrenzen und wirksam bekämpfen, sowie technische Hilfe leisten können. Es stellt sich aber oft die Frage, wie viel Feuerwehr braucht eine Gemeinde? Ziel der Feuerwehrbedarfsplanung ist die mittel- und langfristige Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehr bei knapper werdenden Ressourcen.

Im Februar 2015 hatte das Staatsministerium des Innern ein Merkblatt zur Feuerwehrbedarfsplanung herausgegeben. Ziel eines jeden Feuerwehrbedarfsplans ist eine genaue Gefährdungsanalyse, die das Gefahrenpotential der Gemeinde entsprechend den örtlichen Verhältnissen beschreibt. Hier werden die Größe, Lage, Topographie, Flächennutzung (Siedlungen, Wald, Gewässer, Industrie, Gewerbe usw.), Einrichtungen mit besonderen Risiken, (wie Störfallbetriebe, Sonderbauten, Industrie usw.) und schützenswerte Objekte, (Schulen, Krankenhäuser, Versammlungsstätten, Alten- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen usw.) aber auch die Versorgung mit Löschwasser berücksichtigt. Auch auf die Art der Gefährdung wird eingegangen (Brandgefahren, Technische Gefahren und Naturereignisse, Wassergefahren, Gefahren durch Gefahrstoffe). Anschließend wird in einer Risikoanalyse die Eintrittswahrscheinlichkeit des Schadens und dessen Ausmaß auf die Menschen, Sachen und die Umwelt beurteilt.

Anhand der Gefährdungsanalyse und der Risikoanalyse werden Schutzziele bestimmt, da das zu erreichende Schutzniveau im Spannungsfeld zwischen Aufgabenerfüllung und Leistungsfähigkeit steht. So wird in diesem Kompromiss klar festgelegt, welchen Schutzgrad man erreichen will, und welche personellen und materiellen Ressourcen erforderlich sind. (beispielsweise beim kritischen Wohnungsbrand Brand im 2. Obergeschoss, Erster Rettungsweg bereits verraucht, Feuerwehr rechtzeitig alarmiert, werden binnen zehn Minuten (Hilfeleistungsfrist) für den Erstangriff mindestens ein LF, die Führungskräfte, vier Atemschutzträger mit vier Pressluftatmern, 500 Liter Löschwasser, vierteilige Steckleiter und die feuerwehrtechnische Beladung zur Vornahme zweier C-Rohre im Innenangriff benötigt. Weitere Mannschaft ist zur Personenrettung, zur Absicherung und für den Löscheinsatz dringend erforderlich, kann aber außerhalb der zehn Minutenfrist eintreffen. In Wolfratshausen als Stützpunktfeuerwehr würde mindestens ein

nen Löschzug, bestehend aus insgesamt 19 Mann und folgenden Fahrzeugen, ELW 1 (Einsatzleitwagen), DL (Drehleiter), LF (Löschfahrzeug) 16, TLF (Tanklöschfahrzeug) 24/50 ausrücken, sodass zur Menschenbergung und Brandbekämpfung beim kritischen Wohnungsbrand genügend Einsatzkräfte und das erforderliche Einsatzmaterial zeitgerecht am Einsatzort vorhanden ist.

Schließlich bestimmen die Schutzziele, die Festlegung der Ausstattung der Feuerwehr. Im Rahmen einer mittelfristigen Bedarfsplanung von z.B. zehn Jahren wird dann der Ist-Bestand mit dem Sollstand abgeglichen und der Bedarf für die kommenden Jahre errechnet.

Wichtig ist, dass bei der Erstellung von Anfang an die Führungskräfte der örtlichen Feuerwehr, aber auch die Kreisführung mit eingebunden wird. Die Erfahrungen auch aus den bisherigen Einsätzen der örtlichen Wehren sind bei der Erstellung der Gefährdungsanalyse und der Risikoanalyse aber auch bei der Festlegung der Schutzziele unabdingbar. Auf den Feuerwehrbedarfsplan der Stadt Wolfratshausen, den schon Bürgermeister Willy Thieme (Wolfratshausener Bürgermeister 1966-1972) in den 70ziger Jahren erstellen ließ und der bis heute die Grundlage der Bedarfsberechnung für die Stadt Wolfratshausen ist, kann zurückgegriffen werden. Jedoch ist die sehr umfassende Aufgabe der Neuerstellung eines Bedarfsplans von freiwillig tätigen ehrenamtlichen Feuerwehrmitgliedern allein nicht zu stemmen. So wird, wenn ein solcher Feuerwehrbedarfsplan erstellt werden soll, von der Regierung von Oberbayern die Hinzuziehung eines unabhängigen externen Gutachters empfohlen, der sein Fachwissen, aber auch die Erfahrungen aus anderen Kommunen einbringen kann. Für die Erstellung eines Gutachtens muss mit Kosten von zirka 10.000 Euro gerechnet werden.

Auf der Sitzung bat CSU-Stadtrat Günter Eibl um Erläuterung der Formulierung „für den Planungszeitraum von zehn Jahren“. Der Bürgermeister erläuterte, dass eben nur der Versuch für eine Prognose der Stadtentwicklung der zehn Jahren angestellt werde. Danach müsse der Feuerwehrbedarfsplan fortgeschrieben werden. Weiter wollte Eibl wissen, ob die Stadt nach Erstellung des Bedarfsplans zur Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen verpflichtet sei. Dies konnte ihm der Bürgermeister nicht genau beantworten, allerdings gehe er davon aus, dass die Stadt nur das realisieren müsse, was sie im Haushalt auch darstellen könne.

Dr. Hans Schmid (Grüne) fragte nach, wie kritisch die Situation aktuell bei einem Brand in Waldram sei. Hier war kürzlich festgestellt worden, dass die Feuerwehr zu Hauptverkehrszeiten eventuell nicht in den vorgeschriebenen zehn Minuten bis in den hintersten Winkel Waldrams gelangen könnte. Weiter wies er auf unterschiedliche Meinungen hin, wie so ein Feuerwehrbedarfsplan zu erstellen sei: von einem externen Gutachter oder durch die Feuerwehr vor Ort. Laut dem Bürgermeister müsse man sich in Waldram aktuell keine Sorgen machen, bei einem Brand würde nicht nur die Wolfratshausener Feuerwehr alarmiert. „Wenn klar ist, dass es die Wolfratshausener nicht schaffen, werden von der Leitstelle die Geltinger oder Geretsrieder Feuerwehrleute losgeschickt“, so Heilinglechner. Wer besser den Feuerwehrbedarfsplan erstelle, sei bereits von den beiden Feuerwehrkommandanten Wolfratshausen und Weidach klar gemacht worden. Beide hätten versichert, dass sie neben ihrer Arbeit und dem Ehrenamt als Feuerwehrmann kaum Zeit für die Erstellung eines solch aufwendigen Bedarfsplans hätten. Selbstverständlich seien sie in die Arbeit des externen Gutachters stark eingebunden, da sich „niemand so gut vor Ort auskennt, wie die beiden“. Und schließlich fügte er noch hinzu: „Einem externen Gutachter wird wahrscheinlich auch mehr Gewicht eingeräumt.“

Eibl wollte dann noch wissen, was passiert, wenn die Stadt eine Maßnahme aus dem Bedarfsplan dann tatsächlich nicht umsetzen würde – wie zum Beispiel der Bau eines Feuerwehrhauses in Waldram – und dann jemand deswegen zu Schaden komme. Darauf der Bürgermeister: „Grundsätzlich bin dann auch ich als Bürgermeister wieder verantwortlich.“

An den Feuerwehrbedarfsplan aus den 70er Jahren erinnerte zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller. Er wollte wissen, ob dieser damals extern oder intern erstellt worden war. Franz Gehring, Amtsleiter im Rathaus, sagte, dass selbst er damals noch nicht für die Stadt gearbeitet habe. Er wisse es also nicht. Bürgermeister Heilinglechner hatte dazu Nachforschungen angestellt, es wird vermutet, dass der Bedarfsplan vom Wolfratshausener Feuerwehrkommandanten erstellt worden ist. Sicher sei man allerdings nicht.

Auf Vorschlag von Gerlinde Berchtold (SPD) wurde der Wolfratshausener Feuerwehrkommandant Andreas Spohn von der Galerie als Gast zur Sitzung herunter gerufen. „Er kann uns genau erklären, wie das mit dem Bedarfsplan ist“, erklärte Berchtold. Spohn berichtete den Räten, dass für den Bedarfsplan ganz Wolfratshausen betrachtet werde mit seinen Besonderheiten wie S-Bahn, die beiden Flüsse und der Bergwald, die Ausstattung der Feuerwehrhäuser und das Personal. „Dabei wird versucht, eine Prognose zu erstellen, was in den nächsten zehn Jahren gebraucht werden könnte.“ Generell bezeichnete er die Feuerwehr in Wolfratshausen als sehr gut ausgestattet, es könne aber dennoch sein, dass der Gutachter Defizite feststelle, wie zum Beispiel ein Gerätehaus in Waldram. Auch wenn der Ortsteil aktuell kein eigenes Feuerwehrhaus habe, seien die Bewohner dort nicht gefährdet. „Wenn etwas in Waldram passiert, wird Gelting automatisch mit alarmiert“, erklärte er. Die Leitstelle entscheide, welche Mannschaft geschickt werde. Die Ergebnisse des Feuerwehrbedarfsplans seien nicht zwangsläufig bindend. „Das hängt ganz davon ab, was festgestellt wird“, so Spohn. Am Beispiel der Nachbarstadt Geretsried versuchte er das zu erläutern. Geretsried sei eine langgezogene Stadt mit zwei Gerätehäusern. Bei der Erstellung des Gutachtens gab es dort nur eine Drehleiter, jedoch Hochhäuser an beiden Enden der Stadt. „Eine zweite Drehleiter musste zeitnah angeschafft werden“, betonte er. In Wolfratshausen werde eine zweite Drehleiter jedoch sicherlich nicht notwendig sein. Kritische Punkte seien hier im Ort eher der Markt mit seinen historischen Häusern und dadurch nicht vorhandenen Brandschutzwänden sowie die Loisach und damit die Hochwassergefahr. Er rechnet damit, dass die Erstellung des Bedarfsplans in spätestens sechs Monaten abgeschlossen sein sollte.

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Die Stadträte stimmten schließlich einstimmig für den Beschlussvorschlag der Verwaltung: Für die Stadt Wolfratshausen wird für den Planungszeitraum von zehn Jahren ein Feuerwehrbedarfsplan für beide Feuerwehren erstellt. Die Verwaltung wurde beauftragt, zusammen mit den Kommandanten der beiden Feuerwehren einen entsprechenden Gutachter auszusuchen und dem Ausschuss Bericht zu erstatten.

● Top 5: Bericht der Jugendreferentin

Kathrin Gschwendtner, BVW, hielt ihren Vortrag in Ihrer Funktion als Jugendreferentin: „Zusammen mit dem Beginn meiner Amtszeit wurde das Amt eines „Jugendreferenten“ eingeführt. Damit hat das Gremium gezeigt, dass Jugendarbeit, und hierbei besonders Jugendpolitik ein wichtiges Anliegen ist, und dass dies durch ein separates Amt festgeschrieben und festgelegt werden sollte. Trotzdem war es für mich anfangs sehr schwierig, meinen Aufgabenbereich zu definieren, denn Wolfratshausen ist in Sachen Arbeit für und mit Jugendlichen bereits hervorragend aufgestellt. Der Kinder- und Jugendförderverein leistet erstklassige Arbeit und deckt eigentlich den größten Teil bereits ab. Dennoch war scheinbar der Wunsch in der Stadt da, noch mehr Jugendliche zu erreichen und einzubinden. Ich selbst komme nicht aus der Jugendarbeit und (...) habe keinerlei fachlichen Hintergrund, bis auf mein anderes Ehrenamt als Jugendwart in der Feuerwehr. Deshalb bestand meine Arbeit in der ersten Zeit hauptsächlich aus Recherche, Vernetzung und Abgrenzung meines Arbeitsgebiets zu schon bestehenden Strukturen. Ich sehe mich hierbei als Vermittler, Berater und Unterstützer.“

Kathrin Gschwendtner weiter: „Die Kontaktaufnahme zu den ansässigen Jugendarbeitern war mir sehr wichtig, genauso wie landkreisweite Vernetzungen. Dazu besuche und besuche ich regelmäßig die Treffen der Jugendbeauftragten der Kommunen im Landkreis Bad-Tölz Wolfratshausen. Diese Treffen finden meistens im Landratsamt in Bad Tölz statt und es gibt meistens ein vorgegebenes Thema zu dem referiert wird, aber auch allgemeine Probleme einzelner Kommunen werden angesprochen und in diesem Rahmen diskutiert und analysiert. Ausgerichtet werden diese Treffen von der Verena Peck, der Kreisjugendpflegerin und der Kerstin Barth vom Kreisjugendring. Beim kommenden Treffen im Mai wird es beispielsweise um Prävention in der Jugendarbeit gehen.“

Ich besuche außerdem regelmäßig die Runden Tische des „Sozialraum Nord“. Der richtet sich an alle, die etwas mit Sozialarbeit im weitesten Sinne zu tun haben und eben im Sozialraum Nord tätig sind. Dabei habe ich Kontakte geknüpft zum Beispiel zu den Jugendbeauftragten aus Münsing oder aus Geretsried. (...) Bei einem dieser Treffen ist die Idee entstanden, im „Sozialraum Nord“ oder dem Mittelzentrum Wolfratshausen-Geretsried gemeinsam etwas für Jugendliche auf die Beine zu stellen. Weiterführende Ideen gibt es bisher leider noch nicht, es steht aber auf meinem gedanklichen Notizzettel und wird mit Sicherheit nicht vergessen. Abgesehen davon ist geplant, dass ich als stiller Zuhörer an einer Sitzung des Jugendrates in Geretsried teilnehme.

Zusätzlich habe ich 2015 und 2016 die Landestagung für kommunale Jugendpolitik besucht, eine Veranstaltung des Bayerischen Jugendrings. Heuer ging es um jugendliche Flüchtlinge und deren Integration. Die größte Erkenntnis aus dieser Tagung für mich persönlich war, dass das hier in Wolfratshausen hervorragend klappt, denn die Szenarien die da behandelt wurden, waren meist sehr prekär und kompliziert.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Teilnahme am Workshop ‚Viele Jugendliche beteiligen‘ im November 2015 in Bad Tölz, ausgerichtet von der Agentur S&N Kommunalberatung. Die Beschreibung des Workshops: ‚Die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen ist eine Kernaufgabe der politischen Bildung. Denn die meisten Jugendlichen sind mit der Demokratie noch ungeübt. In Elternhaus und Schule erfahren sie oft nicht, was es heißt, sich in einem demokratischen Gemeinwesen zu beteiligen und Gehör zu verschaffen. Damit alle Jugendlichen eine Chance haben, sich in das Gemeinwesen einzubringen und zu lernen, wie man mündiger und aktiver Teil der Bürgerschaft wird, müssen Gelegenheiten der Jugendbeteiligung geschaffen werden.‘

In diesem wirklich sehr interessanten und lehrreichen Workshop, wurden uns auf sehr erfrischende Weise Strategien gezeigt, wie man viele Jugendliche erreicht und sie aktiv am Bürgerleben beteiligt. Etwas, das mir von diesem Tag besonders in Erinnerung geblieben ist, ist die Aussage: ‚Jugendliche sind ungeübt darin, sich in einer demokratischen Form zu beteiligen.‘ Die Jugendlichen brauchen also von uns, der kommunalen Politik, ein erstes positives Signal, dass wir sie dabei helfen wollen. Dass wir bereit sind, ihnen zuzuhören und sie ernst zu nehmen. Sie müssen das Vertrauen in uns erst aufbauen und erfahren und damit meine ich wirklich erfahren, sehen und erleben dass auch wir zu unserem Wort stehen können.

Karin Halamek von der mobilen Jugendarbeit und ich haben uns bereits daran versucht und waren leider nicht so erfolgreich wie erhofft. Ich spreche das Thema „Soccer-Five“ hier nur kurz an, Sie haben es ja alles mitbekommen. Die Resonanz von Seiten der Jugendlichen war eher gering, wobei ich sagen muss, dass die die mitgearbeitet haben, sehr motiviert und konzentriert dabei waren. Da das Projekt ja sowieso auf 2017 verschoben wurde, wollen Karin Halamek und ich diese Pause nutzen, um das Ganze etwas zu entzerren und besser vorzuarbeiten. Konkret erarbeiten wir gerade einen Fragebogen, welcher demnächst an die Schulen gegeben werden soll. Dem Ergebnis entsprechend sollen dann, in Zusammenarbeit mit dem Sportreferenten und der Verwaltung sowie hoffentlich zahlreichen Jugendlichen, die weiteren Schritten geplant werden.

Ein weiterer Punkt, welcher gerade auf der Agenda steht ist es, die Jugendleiter aller Vereine in Wolfratshausen an einen Tisch zu bringen um Probleme und Ideen gemeinsam zu diskutieren, sich zu vernetzen und vielleicht auch gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen. Fritz Meixner hat mich Ende letzten Jahres auf das Thema angesprochen, da es solche Jugendleitergespräche schon einmal gab und diese eben nur eingeschlafen sind. Wir wollen für 2016 wieder so ein Treffen

organisieren und stecken jetzt sozusagen gerade in den Planungsstartlöchern. Erst zum Ende letzten Jahres hin habe ich die Ziele definieren können, die ich gerne in der Kommune bei uns umsetzen/ verankern möchte. Das sind Ziele, die etwas weiträumiger gedacht sind und denen dann verschiedene Projekte zugeordnet werden können. Es handelt sich dabei um drei Punkte: Verankerung von echter Partizipation, also Mit- und Selbstbestimmung für alle Jugendliche in unserer Gemeinde. Dass bei allen Entscheidungen, die junge Menschen betreffen, ihre Belange angehört und berücksichtigt werden, und dass geprüft wird, welche Auswirkungen sie auf junge Menschen heute und kommende Generationen haben; gegebenenfalls sollen Vertreter/ innen zu uns in die Gremien eingeladen und gehört werden. Jugendpolitik soll einen hohen Stellenwert in der Kommune bekommen. Und es sollte hierzu einen klar formulierten politischen Auftrag und einen Etat für Jugendpolitik geben.

Das klingt jetzt etwas abstrakt, ganz konkret gehe ich dabei folgendermaßen vor: Ich arbeite zum einen gerade an der Umsetzung einer sogenannten echten Partizipation, dabei arbeite ich sehr eng mit der Karin Halamek zusammen. Genaueres möchte ich allerdings noch nicht verraten, weil wir uns wirklich erst am Anfang befinden und so etwas lange und gut geplant sein will. Sobald es da aber konkreter wird, werde ich Sie natürlich mit ins Boot holen.

Und konkret zu dem Punkt Auswirkungen: Ich arbeite auch im Arbeitskreis Schulentwicklung mit. Hier ist mir beispielsweise sehr wichtig, dass die Schüler, die die Schule sowohl im übertragenen Sinne aber auch als Gebäude nutzen, in einem gewissen Maße an deren Ausgestaltung beteiligt werden, beispielsweise wenn es um die Gestaltung der Mensa oder eines Lichthofes geht. Weil Schüler einen Großteil ihres Schülerebens in diesen Räumen verbringen, sollten sie auch das Recht haben hier mitzubestimmen. Für Fragen oder Anregungen stehe ich gerne jederzeit zu Verfügung. Ich freue mich auch über Ideen oder konstruktive Vorschläge.“ Bürgermeister Klaus Heilinglchner (BVW) dankte der Jugendreferentin für ihre ehrenamtliche Arbeit. Es seien ja doch „viele Aufgaben“, denen sie sich in ihrer Freizeit stellen müsse.

Peter A. Plöbl (CSU) fragte zum Thema „Soccer-Five“-Platz – einem Kleinfeld-Fußballplatz – nach. Diesen habe ursprünglich er angeregt. „Die Resonanz unter den Jugendlichen dazu war doch anfänglich groß. Da wundert es mich, dass hier in Wolfratshausen die Beteiligung eher gering war. Wie kommt das“, fragte er. Karin Gschwendtner erklärte ihm, dass sie aktiver an die Jugendlichen hätten herantreten müssen. „Ich bin davon ausgegangen, dass die schon zu uns kommen, wenn wir so etwas organisieren möchten“, erzählte sie. Doch heute hätten die Jugendlichen einfach rundherum mehr zu tun. Die Lage des Platzes beim Skaterplatz oder beim Fußballplatz des DJK in Waldram sei für fehlendes Interesse sicherlich nicht der Grund gewesen. „Da wären die Jugendlichen mehr unter sich.“ Sie versprach, am Ball zu bleiben.

Manfred Menke (SPD) erkundigte sich, wie oft Gschwendtner und Halamek die Umfrage unter den Jugendlichen nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen für Wolfratshausen durchführen wollen. Außerdem erkundigte er sich nach ihren Bestrebungen zur Einführung eines Jugendparlaments. Die Jugendreferentin erklärte ihm, der aktuell geplante Umfragebogen sei nur zum „Soccer-Five“-Platz. Einen umfassenden Fragebogen planen sie erst einmal nicht, das sei sehr viel Arbeit gewesen. Zum Thema Jugendparlament habe sie sich bereits informiert und auch eine Meinung gebildet. So gebe es inzwischen andere Möglichkeiten, Jugendliche einzubinden. Bei einem Jugendparlament sei es heute oft schon schwer, nach einem erfolgreichen Einstieg die zweite Generation zu motivieren und Nachfolger zu finden.

Lob bekam Karin Gschwendtner von SPD-Rat Fritz Meixner. Als Jugendreferentin sei sie auch dritte Vorsitzende des Kinder- und Jugendfördervereins. Hier erlebe er sie als sehr „erfrischend und bereichernd“. Zum Thema „Soccer-Five“ berichtete er von seinen Erfahrungen beim Bau der Skater-Anlage in Waldram. Der Platz werde sehr gut angenommen, doch an den Vorarbeiten hatten sich auch nur maximal zehn Jugendliche beteiligt.

● Top 6: Bericht der Seniorenreferentin

Seniorenreferentin Roswitha Beyer (SPD) hielt ihren jährlichen Bericht: „Es herrscht Einigkeit, dass es in Wolfratshausen für die Senioren viele Strukturen gibt, die gut funktionieren. Nichts desto trotz gibt es auch einiges zu verbessern. Herausragende Arbeit wird im ehrenamtlichen Bereich geleistet. Hier kann man den Verein „Bürger für Bürger“ mit der Seniorenhilfe und dem Seniorentreff nennen, aber auch den Sozialkreis Waldram e.V. mit der Nachbarschaftshilfe sowie die kirchlichen Gemeinden, die hier viel Gutes leisten.“

Thema Pflege: Hier kommen wir zum zweiten sehr erfreulichen Punkt: Das AWO-Seniorenheim als Demenzzentrum, das im bundesweiten Ranking unter den ersten fünf Plätzen liegt und das große Anerkennung und Auszeichnung bekommt. Hier muss man den Leiter des AWO-Heims Dieter Käufer und sein Team nennen, deren Motto „Lebensqualität und Selbstbestimmung“ in diesem Heim umgesetzt wird. Es gibt hier 68 Plätze, eingestreut drei Kurzzeitpflegeplätze und fünf Tagespflegeplätze.

Dann gibt es als zweites Seniorenheim der Stadt den Seniorenwohnpark Isar-Loisach mit 157 Pflegeplätzen, 25 Apartments mit Betreutem Wohnen, 16 Kurzzeitplätzen und 10 Plätzen für Tagespflege.

Hier ist das große Problem, dass nicht genügend Pflegepersonal gefunden wird, vor allen Dingen kaum deutschsprechendes Personal. So kommt es mit den – oft nur bayerisch sprechenden – Senioren immer wieder zu Verständigungsproblemen mit dem spärlich deutsch sprechenden Personal. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass wir dringend gut ausgebildetes und gut bezahltes Pflege-Personal benötigen. Dies sollte von den Bürgern verstärkt an die Parteien und zuständigen Stellen herangebracht und von diesen auch gehört werden.

Zum Thema Pflege gehören auch die freien Träger der Ambulanten Pflegedienste wie Häusliche Versorgung, Betreuung und Pflege, Nicola Rabe; den Pflegedienst Hand in Hand und den Pflegedienst Wolfratshausen, Ralf Simon.

Zum Schluss des Bereichs Pflege möchte ich die Einrichtung Betreutes Wohnen im „Stadtgarten im Isartal“, Moosbauerweg 6, nennen, in dem die Ambulanten Pflegedienste tätig sind und auch Gymnastik, Spieletreffen und sonstige Veranstaltungen wie vom Verein Bürger für Bürger (BfB) stattfinden.

Für die unternehmungslustigen und mobilen Senioren gibt es folgende Möglichkeiten: den AWO-Altennachmittag im AWO-Heim, den Seniorentreff der Kolpingsfamilie, die Freizeitbörse vom Verein BfB, geleitet von Frau Moutschka, Mittagstisch im ev. Gemeindehaus, Bahnhofstraße, „Gemeinsam schmeckt's besser“. Nicht zu vergessen sind die Wanderungen der Naturfreunde, Seniorenprogramme bei den Sportvereinen, die Volkshochschule und die Büchereien, die zur sinnvollen Freizeitgestaltung beitragen können.

Wenn man gesund und mobil ist und das nötige Geld besitzt, kann man in Wolfratshausen sehr gut leben. Wenn man aber Personen betrachtet, besonders ältere Frauen, die nur eine sehr schmale Rente beziehen, sieht die Lage schon etwas anders aus. Da ist es schon schwerer am geselligen Leben teilzunehmen. Bezeichnend ist auch, dass die Armen selten zum Amt gehen und ihre Armut darlegen. Viele sind zu stolz, zum Amt gehen zu müssen.

Viele haben Angst, wenn sie einen Zuschuss zu ihrer Rente beantragen, müssen dann ihre Kinder dafür aufkommen. Da muss noch Aufklärung geleistet werden. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass die Altersarmut für Männer und Frauen ansteigen wird, aufgrund der geringen Entlohnung und der häufigeren Arbeitslosigkeit in den letzten 20 Jahren. Umso wichtiger ist es, bezahlbaren Wohnraum nicht nur, aber auch für Senioren zu schaffen.

Nun komme ich zu den Verbesserungen und möchte noch ein paar Wünsche vorbringen: Die Stadt hat zusammen mit der Katholischen Kirche das Klein-Anwesen geerbt. Könnten wir hier nicht eine Anlage für Senioren schaffen? Ein Haus mit einem großen Raum als Treffpunkt im Erdgeschoss und in den oberen Stockwerken oder im oberen Stockwerk behindertengerecht erreichbar, Räume für Seniorenwohngruppen schaffen? Dies würde total dem Wunsch der Erblasserin entsprechen! Wenn man entsprechend gut plant, kann man vorher das Haus als Asylbewerber-Unterkunft nutzen. Das Klein-Haus wäre ideal als Standort für den Verein Bürger für Bürger.

Viele Senioren geben auch im hohen Alter ihren Führerschein nicht ab, verzichten auch hochbetagt nicht auf ihr Auto, weil sie mobil sein wollen. Könnte man nicht mit den Taxi-Unternehmen verhandeln, dass es vergünstigte Taxikupons für Senioren geben könnte, sogenannte Dauerkunden-Rabatte aushandeln. Natürlich habe ich die hohen Kosten der neuen Stadtbushlinie im Auge, aber es gibt in Wolfratshausen auch Ziele, die außerhalb der Buslinie liegen.

Zuletzt möchte ich erwähnen, dass die langjährige Mitarbeiterin für Seniorenangelegenheiten der Stadt, Martina Hohnheiser, auf eigenem Wunsch jetzt im Bauamt arbeitet. Ihre Nachfolgerin, Sybille Gruber, wird ihren Platz gut ausfüllen. Ich möchte mich im Namen des Stadtrats für die ausgezeichnete Arbeit der Martina Hohnheiser bedanken. Als besondere Leistung von Martina Hohnheiser und Rathaus-Geschäftsführer Franz Gehring, möchte ich die Planung, Organisation und Durchführung der zwei Seniorenmesse herausstellen. Sie beide haben eine große Leistung vollbracht!

Im Herbst werde ich zum Runden Tisch „Älter werden in Wolfratshausen“ alle in der Seniorenarbeit aktiven Bürger einladen. Bei diesem Treffen werden wir uns über die Chancen und Probleme im Rahmen des demografischen Wandels besprechen und Lösungen für die Stadt Wolfratshausen suchen. Mehr Wünsche habe ich in der kurzen Zeit nicht zusammenstellen können. Vielleicht liefere ich in nächster Zeit welche nach!

Zum Schluss einen herzlichen Dank an alle in der Seniorenarbeit Ehrenamtlichen, aber auch beruflich Tätigen. Ohne Sie stünde es nicht so gut für die Senioren in Wolfratshausen.“

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) dankte der Seniorenreferentin für ihre Arbeit und ihren Bericht: „Sie haben ja einige Wünsche formuliert. Da haben wir etwas zu tun.“

BVW-Stadtrat Beppo Praller dankte Gschwendtner und Beyer für ihr Engagement. „Es hat sich gelohnt, dass wir die beiden Gebiete getrennt haben.“ Und Beyer fügte noch hinzu, dass das Problem vieler Pflegeheime das fehlende Personal wäre. „Eigentlich sind wir mit Betreuungspätzen gut versorgt, doch für gute Pflege braucht man eben auch gutes Personal.“ Sie überlege, ob man nicht einige der Geflüchteten überzeugen könne, auf einen Pflegeberuf umzuschulen, denn „deutsche Frauen wollen immer seltener pflegen“.

Darauf erwiderte der Bürgermeister, dass deutsche Frauen das sicherlich schon machen würden – bei entsprechender Vergütung.

CSU-Rat Peter A. PlöbI schlug vor, in Wolfratshausen einen „Tag der Pflegenden“ zu organisieren, um den Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, zu ehren. Dieser Vorschlag nahm Beyer dankend entgegen.

● Top 7: Bekanntgaben und Anfragen Bekanntgaben des Bürgermeisters

Stadtradeln 2016

Der Online-Radkalender für die Teilnahme am Stadtradeln 2016 wurde inzwischen freigeschaltet. Ab sofort können sich alle Interessierten zu Teams zusammenschließen und anmelden, oder dem „Offenen Team – Wolfratshausen“ beitreten. Die drei bestplatzierten Kommunen werden bundesweit ausgezeichnet. Es gibt folgende Gewinnkategorien:

1) Fahrradaktivstes Kommunalparlament: Hier zählen die Gesamt-Kilometer aller Stadträte ebenso wie die Beteiligungsquote im Stadtrat. Jeder Teilnehmer zählt! Wichtig: Kreuzen Sie bei der Registrierung das Feld „Parlamentarier“ an, damit Ihre Kilometer für die Kategorie „Fahradaktivstes Kommunalparlament“ gewertet werden.

2) Fahrradaktivste Kommune mit den meisten Radkilometern (absolut)
3) Fahrradaktivste Kommune mit den meisten Radkilometern pro Einwohner/in (Durchschnittswert)

Für eines der fahradaktivsten Kommunalparlamente gibt es als Sonderpreis ein Dienstpedelec zu gewinnen. Zusätzlich werden auch lokale Gewinner durch die Stadt Wolfratshausen bei der Abschlussveranstaltung am 27. Juli 2016 ausgezeichnet.

Verkehrsschau: Lichtsignalanlage Am Wasen

Das Staatliche Bauamt teilt mit, dass aufgrund der unbefriedigenden Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage Am Wasen, insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten, eine Fachfirma mit der Überprüfung und Überplanung der Ampel, entsprechend der aktuellen Verkehrsverhältnisse, beauftragt worden ist. Folgende Änderungen sind vorgesehen: Die Steuerung erfolgt zukünftig vollverkehrsabhängig, der Verkehr wird hierzu mittels Videokamera erfasst. Dadurch können bei Bedarf Grünphasen verlängert werden, um auftretende Rückstaus schneller abbauen zu können. Die Steuerung soll mittels kürzerer Umlaufzeiten die Wartezeiten reduzieren und auf unterschiedliche Verkehrssituationen flexibel und schneller reagieren. Die Planung und einschlägigen Richtlinien empfehlen aus Verkehrssicherheitsgründen einen 24 Stunden Betrieb (jetzt von 6 bis 20 Uhr).

Fußgängersignalgruppen werden für Sehbehinderte signalisiert. Hierfür werden akustische Signale zum Auffinden der neuen Fußgängeranforderungsgeräte und als Orientierungshilfe zum Überqueren eingerichtet. Die Umrüstung der Lichtsignalanlage Am Wasen soll gemeinsam mit der Ampel an der B11/B11 a im Sommer 2016 umgesetzt werden.

Peter A. PlöbI (CSU) bat, das Thema deswegen trotzdem nicht einfach abzuhaaken. Seiner Meinung nach wäre ein Kreisverkehr hier eine echte Verbesserung. Der Bürgermeister versprach am Ball zu bleiben.

Verkehrsschau: Zusätzliche Fußgängersignalanlage (Höhe Bahnübergang) in der

Königsdorfer Straße

Das Staatliche Bauamt teilt mit, dass, um die verkehrlichen Auswirkungen einer weiteren Lichtsignalanlage auf der Königsdorfer Straße näher untersuchen zu können und weitere Erkenntnisse bezüglich Querungszahlen und Querungsverhalten von Fußgängern und Radfahrern zu gewinnen, das staatliche Bauamt Weilheim im Einvernehmen mit der Polizei und dem Landratsamt eine provisorische Fußgängersignalanlage für die Dauer eines halben Jahres nahe dem Bahnübergang einrichten wird. Der Stromanschluss (220 V) wird von der Stadt gestellt. Die Ampel soll in Kürze aufgestellt werden.

Verkehrsschau: Lichtsignalanlage Königsdorfer Straße/Pfaffenrieder Straße/Schießstättstraße

Das Staatliche Bauamt teilt mit, dass auf der Grundlage aktueller Verkehrszählungen und der vorhandenen Verkehrstechnik eine Fachfirma mit der Analyse und Erarbeitung von eventuellen Verbesserungsmaßnahmen der Lichtsignalanlage beauftragt wurde. Die Fachfirma ist bei ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, dass die vorhandene Verkehrstechnik bei den baulichen und verkehrlichen Gegebenheiten bereits sehr gut ausgearbeitet ist. Defizite im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit ergeben sich vor allem für die Nebenströme, unter anderem für die Linksabbieger von der B11 in die Pfaffenrieder Straße. Verbesserungen für die Leistungsfähigkeit dieser Fahrbeziehungen gehen jedoch mit einer Verschlechterung für die Hauptverkehrsströme einher. Die derzeitige Steuerungstechnik ist auch bis 2025 noch ausreichend leistungsfähig. Deutliche Verbesserungen in der Leistungsfähigkeit sind an der Lichtsignalanlage nicht zu erreichen. Das Staatliche Bauamt Weilheim sieht daher keinen weiteren Handlungsbedarf.

Dr. Hans Schmid (Grüne) hatte noch eine Anmerkung zur Fußgängerampel an der Schießstättstraße Ecke Margeritenstraße (Roma-Kreuzung). Das Kreuzen sei dort sehr schwierig, da die Ampelphase sehr kurz sei. Der Bürgermeister erklärte ihm, dass dies so geschaltet worden war, um den Verkehr fließender zu machen – allerdings eben zum Nachteil der Fußgänger. Eine optimale Ampelschaltung zu finden, sei eine Gradwanderung. Er wolle allerdings das Bauamt bitten, hierzu nochmal nachzuzufügen.

Verkehrsschau: B11/B11a Umbau der Einmündung südlich Wolfratshausen

Das Staatliche Bauamt Weilheim teilt mit, dass die Maßnahme der Aufweitung auf zwei Spuren am Knotenpunkt B11/B11a bereits 2015 geplant und vorgestellt wurde. Die Maßnahme ist nun für Sommer 2016 im Bauprogramm des Staatlichen Bauamtes enthalten. Es ist vorgesehen, die Maßnahme tagsüber unter Verkehr abzuwickeln. Lediglich für einzelne Bauphasen, wie der Einbau der neuen Deckschicht oder einzelner Leistungsquerungen, werden provisorische Verkehrsführungen und die Sperrungen einzelner Fahrbeziehungen notwendig. Diese werden jedoch nur nachts und außerhalb der verkehrstarken Zeiten eingerichtet. Die Umleitung wird dann zum Teil über die Pfaffenrieder Straße erfolgen müssen. Das Staatliche Bauamt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch tagsüber auf Grund von Einengungen und baubedingten Geschwindigkeitsbeschränkungen vermehrt mit Verkehrsbehinderungen gerechnet werden muss. Der Umbau der Verkehrstechnik der Lichtsignalanlage wie der Straßenbau müssen dabei zeitgleich und koordiniert ausgeführt werden.

Fußgängerdruckkempel Schießstättstraße, Höhe Alpenstraße

Immer wieder gab es Beschwerden von Fußgängern, dass die Lichtsignalanlage an der Schießstättstraße, Höhe Alpenstraße, von den Kraftfahrzeugführern übersehen wird und es hier zu gefährlichen Situationen gekommen sei. Zur Verbesserung der Wahrnehmung der Lichtsignalanlage und damit zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit der Fußgänger wurde das Rotsignal der Fußgängerdruckkempel deutlich vergrößert. Zusätzlich wurde das veraltete Steuerungsgerät durch moderne LED Signalgeber ersetzt. Die Lichtsignalanlage wird noch auf Anforderung umgestellt. Die verbleibende Zeit wird die Lichtsignalanlage schwarz geschaltet.

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Unterbringung von Asylbewerbern

Vorhaben der Stadt: Der Bauantrag für die Anlage an der Bahnhofstraße (Gartenstraße) wurde heute an das Landratsamt weitergeleitet; parallel werden derzeit die Nachbarn beteiligt. In der Anlage können 72 Personen unterkommen; neben den üblichen und notwendigen Nebenräumen sind auch Büroflächen für die haupt- und ehrenamtlichen Betreuer vorgesehen.

Private Vorhaben: Der Bauantrag zur Errichtung eines Wohnheims für bis zu 84 Personen auf dem Grundstück Hans-Urmler-Ring 49 wurde vom Landratsamt mit Bescheid vom 6. April 2016 befristet bis zum 30. September 2031 genehmigt. Mit der Erteilung der Genehmigung gilt das fehlende Einvernehmen der Stadt, das sich zuletzt nur noch auf die Dauer der Genehmigung bezog, als ersetzt.

Anfragen der Stadträte

Roswitha Beyer, SPD: Beyer ist auch Vorsitzende des Freundschaftsvereins Wolfratshausen – Manzano (Italien). Sie informierte das Gremium, dass eine Delegation aus Italien plane, die ILOGA zu besuchen (siehe auch eigenen Bericht im Isarkurier), es gibt auch einen Empfang beim Bürgermeister.

Dr. Ulrike Krischke, BVW: Auf dem Stand der Stadt bei der ILOGA wolle sie zum Thema „Fair trade“ Rede und Antwort stehen. Ihr Ziel ist es, den fairen Handel auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Präsentiert werden am Stand Produkte aus fairem Handel. Dazu gibt es einen Fachvortrag von Susanne Jordan am Sonntag, 15.30 Uhr, über fair hergestellte Elektrogeräte. „Außer dem Fairphone und einer fair produzierten Computer-Maus gibt es nämlich noch gar nichts auf dem Markt“, berichtete sie. Pro ILOGA-Tag möchte sie an Standbesucher drei Computer-Mäuse verlosen.

Josef Praller, BVW: Er sprach sich gegen eine 24-Stunden-Ampelschaltung für die Kreuzung Am Wasen auf, wie sie vom Straßenverkehrsamt vorgeschlagen worden war (siehe Bericht des Bürgermeisters oben, die Red.). Maximal bis 22 Uhr im Sommer sei dies sinnvoll. Er schlug einen Probetrieb vor. Der Bürgermeister versprach, diesen Hinweis noch aufzunehmen.

Anette Heinloth, Grüne: Nachdem die Umsetzung des Parkplatzes noch nicht in greifbare Nähe gerückt sei, schlug sie eine Fußgängerführung am Hatzplatz vor. „Für Kinder sei es sehr schwierig, den Hatzplatz auf dem Schulweg zu kreuzen. Das Beste ist aktuell, sich durch das Begleitgrün durchzukämpfen“, stellte sie fest. Dem Bürgermeister ist die schwierige Situation dort bekannt. Sie sei unter anderem auch bedingt durch die Feuerwehrezufahrt. Noch gebe es keine Lösung, doch die Polizei habe zugesagt, hier gerade zu den Schulwegzeiten verstärkt vor Ort zu sein.

Manfred Menke, SPD: Zum Thema „Stadtbus“ bat er den anstehenden Vor-Ort-Termin auf Höhe des AWO-Pflegeheims nicht weiter hinauszuschieben.

Dr. Hans Schmid, Grüne: Er erinnerte an seine Anfrage von Anfang Februar bezüglich der Haltung der Verwaltung zum Recht auf Akteneinsicht einzelner Stadtratsmitglieder. Aus der Verwaltung sei ihm schriftlich mitgeteilt worden, diese Akteneinsicht für einzelne sei „illegal“ bzw. „rechtswidrig“. Auf seine Nachfrage dazu habe er nachgehakt: „Unter Verweis auf eben diesen §3 Absatz 6 unserer GeschO bitte ich um Auskunft, wie die Aussage der Verwaltung begründet wird, dass unsere Geschäftsordnung bezüglich der Akteneinsicht einzelner Stadträtinnen illegal sei.“ In einem Krisengespräch zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat sei verabredet worden, dass alle schriftlichen Anfragen von Stadtratsmitgliedern innerhalb einer Arbeitswoche zumindest formal beantwortet werden. „Bis wann kann ich mit einer schriftlichen Begründung der Aussage der Verwaltung rechnen und wie stehen Sie zu dieser Haltung Ihrer Verwaltung?“ Amtsleiter Franz Gehring antwortete, die Erklärung zur Akteneinsicht beziehe er aus der Gemeindeordnung. Einzelne Stadträte seien eben nicht zur Akteneinsicht berechtigt. „Das habe ich Ihnen doch schon x-Mal erklärt.“ Der Bürgermeister versprach, diese Information Schmid noch einmal schriftlich zukommen zu lassen. Darum bat auch Alfred Fraas (CSU). Schmid meinte dann noch, dass in der Stadt offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen werde. Denn wie Praller selbst erklärt habe, bekomme er immer Auskunft, wenn er sie wünsche. Dazu Heilinglechner: „Das kommt ja bei Praller auch nur drei- bis viermal im Jahr vor. Sie sind wie oft hier, einmal pro Woche?“

Schmid schlug weiter vor, aus der Sitzung mit Landrat Josef Niedermeier eine Sondersitzung zu machen. Es gebe mehr als nur das interkommunale Hallenbad zu diskutieren, wie zum Beispiel das Ärztehaus im Krankenhauspark, die Umsetzung und Finanzierung der Flüchtlingsunterkünfte, die Verschleppung der Aufklärung und Abhilfemaßnahmen im Wasserschutzgebiet, die Verschleppung der Entscheidung über die Entwässerung des Golfplatzes die Blockadehaltung des Landratsamts bezüglich Radschutzstreifen, Kreisel und Ampelschaltungen. Auch wäre es gut, wenn der Öffentlichkeit die Möglichkeit für Fragen und zur Diskussion gegeben werde. „Halten Sie es nicht für sinnvoll, den Landrat mit seinen beteiligten Sachgebietsleitern zu einer Sondersitzung des Stadtrats zu bitten, um diese und andere für Wolfratshausen dringliche Fragen mit ihm als Verantwortlichen direkt zu diskutieren“, fragte er. Dazu meinte Dr. Manfred Fleischer, dass er als Stadtrat schon auch gefragt werden wolle, ob er eine zusätzliche Sondersitzung wolle. Und Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) sagte, er werde es dem Landrat gerne vorschlagen, aber „zwingen kann ich ihn nicht“. Er wolle aber versuchen, in die öffentliche Sitzung einiges „reinzupacken“.

Renate Tielke, CSU: Sie bemängelte fehlende Fahrrad-Abstellplätze an der neuen BayWa. Dies bestätigte auch Anette Heinloth (Grüne). Der Bürgermeister sagte, er werde es überprüfen lassen. Allerdings sei die BayWa ja aber auch noch gar nicht ganz fertig.

Weiter schlug Tielke vor, eine Untersuchung über die Feinstaubbelastung im Stadtgebiet in Auftrag zu geben. Der Bürgermeister versprach, überprüfen zu lassen, ob Wolfratshausen dazu verpflichtet sei.

Neues aus



„Geschichten aus Alt-Wolfratshausen“ mit dem Historischen Verein heute, am 21. April 2016

„Ein Heimatabend der besonderen, etwas anderen Art“, verspricht Dr. Sybille Krafft, Vorsitzende des Wolfratshausen Historischen Vereins, wird die Veranstaltung mit den Akteuren Hansi Greiner, Hans Reiser und Wiggerl Gollwitzer sowie Musik von Heini Zapf und den Auftaktmusikanten am heutigen Donnerstag, 21. April, 19.30 Uhr, im Katholischen Pfarrheim, Marienplatz 4. Die Teilnahme kostet zehn Euro.

Hans Reiser wird aus seinem 2015 erschienenen Buch „Glück und Unglück san nah beinand – 150 Jahre Höhen und Tiefen einer bayerischen Familie“, in dem er die Anekdoten aus der Geschichte seiner Familie erzählt, vorlesen. Wiggerl Gollwitzer wird aus den Briefen Hans Reisers Vater, Johann Nepomuk Reiser, rezitieren. Hansi Greiner und Wiggerl Gollwitzer werden Gollwitzers historische Postkarten-Sammlung mittels Power-Point-Präsentation vorstellen. Gollwitzer, seit vier Jahren leidenschaftlicher Sammler historischer Postkarten, wird eine Auswahl von 55 seiner rund 250 gesammelten Karten vorstellen und Geschichten dazu erzählen. Hansi Greiner, die noch die Sütterlin-Schrift beherrscht, wird die damaligen postalischen Nachrichten weiblicher Personen darauf vorlesen. „Um die Jahrhundertwende wurden viele Postkarten von Wolfratshausen aus geschrieben“, weiß Gollwitzer, „wir waren damals ein wichtiger Touristenort.“



Sie stellten ihre Veranstaltung „Geschichten aus Alt-Wolfratshausen“ vor (v.l.): Wiggerl Gollwitzer, Hans Reiser, Bernhard Reiser, Hansi Greiner und Vereinsvorsitzende Dr. Sybille Krafft – alle Mitglieder des Historischen Vereins.



DJK Waldram e.V.

Internationales Turnier „Copa Catalunya“



Auf große Fahrt begeben sich in den Pfingstferien vom 15.5.-22.5. die A Jugend der SG DJK Waldram/SV Münsing und die C Jugend der DJK Waldram. In dieser Zeit nehmen beide Mannschaften an „Copa Catalunya“ teil, ein internationales Turnier in Spanien. Die Reise beinhaltet auch eine Stadtrundfahrt durch Barcelona, sowie einen Besuch im „Camp Nou“, dem Stadion des FC Barcelona. Die insgesamt 50 Teilnehmer, um die beiden Trainer und Organisatoren Christian Schubert (C-Jugend) und Waldemar Kubis (A-Jugend), freuen sich wenn es endlich losgeht.

Naturfreunde Wolfratshausen

Freitag, 22.04.2016, 17:00 Uhr: Mondscheinwanderung zum Herzogstand, 1.731 m

Treffpunkt: Parkplatz am Altenheim, Beuerberger Straße, Wolfratshausen. Vom Kesselbergsattel, 858 m, wandern wir den Forstweg bergwärts erst zum Herzogstandhaus, 1.570 m, dann weiter zum Gipfel und Pavillon, 1.731 m. Nach einer Rast geht es von dort ebenso zurück.

Diese Nachtwanderung bei Vollmond setzt ein klares Wetter (Mondschein) voraus. Notwendig sind eine Stirnlampe ggf. auch „Grödeln“.

Bei schlechtem Wetter wird die Tour auf den nächsten Vollmond am Samstag 21. Mai 2016 um 17.00 Uhr verschoben. Gehzeit: ca. 5 Std. bei 720 hm

Tourenleitung: Hugo, Tel: 08171/78872, E-Mail: hugo.g@naturfreunde-wolfratshausen.de, www.naturfreunde-wolfratshausen.de.

Informationen
der Stadt



Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 10. Mai 2016

● Bürgerfrageviertelstunde

Ida Thomalla wollte von Bürgermeister Klaus Heilinglechner wissen, wann eine Informationsveranstaltung für das geplante Bauvorhaben im Klinikpark angesetzt wird. Heilinglechner reichte diese Frage an den zur Sitzung geladenen Landrat Josef Niedermaier weiter. „Das Vorhaben ist von einem privaten Investor“, erklärte dieser. Die bisher stattgefundene öffentliche Diskussion (für den Bau des geplanten Ärztehauses müsste der große Haselnussbaum in der Mitte des Parks gefällt werden. Anm. d. Red.) habe dem Projekt geschadet. Zur Fortentwicklung des Krankenhauses sei ein Bauwerk einfach notwendig. Und dieses werde möglichst von einem Investor errichtet. „Sobald es da Neuigkeiten gibt, gibt es auch Informationen für die Öffentlichkeit“, sagte er. Doch aktuell sei eben noch nichts konkret, denn es werden noch Interessenten aus Wolfratshausen gesucht.

Heinz Wensauer informierte sich über die Meinung des Bürgermeisters über das vom Verein Lebendige Altstadt Wolfratshausen (LAW) kürzlich der Stadt übergebene „Weißbuch“. Seiner Meinung nach würde die Stadt Wolfratshausen nach Erfüllung der darin erhaltenen Vorschläge im „Schwarzbuch der Steuerzahler“ landen. Bürgermeister Klaus Heilinglechner verwies ihn an den LAW. „Das ist ein ehrenamtlich tätiger Verein mit eigenen Vorstellungen. Wir müssen natürlich nicht alles umsetzen, was sie vorschlagen“, stellte er fest.

Weiter fragte Wensauer, wann die Stadt das Moos und eine „halbe Baumschule“ vom Dach des Sebastiani Stegs entfernen wird. Heilinglechner stellte ernüchternd fest, dass dann der Steg ein ganz neues Dach brauche.

Und schließlich erinnerte Wensauer an die „Invasionspflanze Japanknöterich“, die entlang des Loisachufers wieder angefangen habe zu wuchern. Den Bedarf an Rückschnitt habe laut Heilinglechner auch schon die Stadt erkannt, aktuell warte er auf eine Kosteneinschätzung des Bauhofs. „Das wird aber teuer und muss wahrscheinlich über den Stadtrat entschieden werden“, vermutete er. Er merkte noch an, dass eigentlich die Stadt auf dem Hoheitsgebiet des Wasserwirtschaftsamts arbeite.

Erneut störte sich Wensauer an den Bannern, die an den beiden Loisachbrücken als Veranstaltungshinweise regelmäßig aufgehängt werden. Heilinglechner stellte fest, dass diese seiner Meinung nach durchaus mit „Maß und Ziel“ aufgehängt werden. „Den einen stören sie allerdings eben mehr und andere weniger.“

● TOP 1: Sitzungseröffnung

Nach der Bürgerfrageviertelstunde eröffnete Heilinglechner offiziell die Sitzung. Entschuldigt fehlten Gerlinde Berchtold (SPD), Roswitha Beyer (SPD), Walter Daffner (BVW), Rudi Seibt (Grüne) und 3. Bürgermeister Helmut Holzheu (BVW). Geburtstag feierte seit der vergangenen Sitzung Peter A. Plöb (23.4./CSU). „Und unser Bürgermeister feierte am 27. April Geburtstag. Wir wünschen ihm alles Gute und viel Geduld und Gelassenheit, um mit uns als Stadtrat die besten Lösungen für Wolfratshausen zu erlangen“, gratulierte ihm nachträglich Vizebürgermeister Fritz Schnaller.

Als Gäste begrüßte Heilinglechner Landrat Josef Niedermaier (FW) und den Bürgermeister der Nachbarstadt Geretsried, Michael Müller (CSU).

● TOP 2: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 12. April 2016

Nach einem Einwand von Dr. Hans Schmid (Grüne) wurde das Protokoll einstimmig genehmigt.

● TOP 3: Interkommunales Hallenbad in Geretsried – Information durch Landrat Josef Niedermaier

Landrat Josef Niedermaier und Geretsrieds Bürgermeister Michael Müller sind aktuell in einer „Road Show“ von Sitzungssaal zu Sitzungssaal unterwegs; erste Station war die Stadt Wolfratshausen. Es geht dabei um das interkommunale Hallenbad in Geretsried, an dem sich die Kommunen im Nordlandkreis sowohl mit einem Investitionskostenzuschuss als auch mit Buchungsstunden für ihre Schulklassen beteiligen werden. Der Landkreis hat sich auf die kommenden zehn Jahre zu einer verbindlichen Belegung des Bades für Gymnasium und Realschule zu einem kostendeckenden Satz verpflichtet. Der Beschluss dazu wurde in allen Gremien bereits gefällt. Als Müller nun vor zwei Jahren das Bürgermeisteramt in Geretsried übernahm, ließ er die Kostenkalkulation des Bades noch einmal überprüfen. Vor allem hatte er die Betriebskosten im Blick, die nun tatsächlich fast doppelt so hoch ausfallen sollen, wie ursprünglich angenommen. Für das bestehende, in die Jahre gekommene Hallenbad zahlt Geretsried jährlich rund 500.000 Euro Betriebskosten. Die Hoffnung der Geretsrieder Stadträte war, im neuen Bad die Betriebskosten eigentlich sogar senken zu können. Nun sollen die Betriebskosten aber deutlich höher werden, dies sahen Müller und Niedermaier als Anlass, die beteiligten Kommunen um einen unbefristeten Betriebskostenzuschuss zu bitten.

„Das neue Hallenbad in Geretsried wird kein Prestigeprojekt“, betonte Niedermaier. Man wolle damit nur eine den Bürgern „lieb gewordene Infrastruktur“ weiter im Nordlandkreis anbieten. Ob Schwimmkurse, Reha-Schwimmen, Schwangerengymnastik oder sportliches Schwimmtraining und Rettungsschwimmen – das Geretsrieder Bad wird von Schulen, Vereinen und der Öffentlichkeit gut genutzt. „Und auch das Ascholdingener Schwimmbad ist immer gut belegt“, berichtete er weiter. Bekanntermaßen kämpfte aber eben auch die Gemeinde Dietramszell mit dem Erhalt ihres in die Jahre gekommenen Hallenbads und würde es bei einem Neubau in Geretsried endgültig schließen. In die Größengestaltung des Geretsrieder Hallenbads wurde das bereits eingerechnet. Sollte es nun für Geretsried nicht möglich sein, die jährlichen Betriebskosten für das interkommunale Hallenbad zu stemmen, müsste neu und wesentlich kleiner geplant werden. Damit

würden viele Belegungszeiten für Vereine und Schulen und öffentliches Schwimmen wegfallen.

Geretsrieds Bürgermeister Müller umriss für die Wolfratshausener Stadträte noch einmal das bestehende Hallenbadkonzept. Das alte Hallenbad wurde 1973 eingeweiht, eine Sanierung würde 6,6 Millionen Euro kosten. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung brachte das Ergebnis, dass ein Neubau empfehlenswert ist. „Beide Bäder im Nordlandkreis müssen eigentlich geschlossen werden und auch das Wolfratshausener Lehrschwimmbecken in Weidach ist sanierungsbedürftig und noch dazu sehr klein. Doch die Nachfrage an Schwimmangeboten bleibt – ja sie steigt mit wachsender Bevölkerung sogar noch“, betonte Müller. Außerdem gab er zu bedenken, dass Schwimmunterricht im Lehrplan jeder Jahrgangsstufe enthalten ist. Die Lösung sei eben nur „ein großes Hallenbad für uns alle“. Der Standort Geretsried sei ideal, da er inmitten der beteiligten Kommunen Icking, Egling, Dietramszell, Königsdorf, Eurasburg Münsing und Wolfratshausen liegt.

Im geplanten interkommunalen Hallenbad sind drei Becken vorgesehen, in denen vier Gruppen gleichzeitig schwimmen können. Es gebe eine kleine Badehalle mit einem 12,5 Meter langen Lehrschwimmbecken, das von der großen Badehalle abgetrennt werden könne. Der zweite Trainingsbereich wäre das 3,80 Meter tiefe Springerbecken mit dem Ein-Meter- und Drei-Meter-Sprungturm. Das 25-Meter große Wettkampfbecken bekäme fünf Bahnen und einen Teilhubboden und wäre für zwei Gruppen gleichzeitig geeignet. „Dazu kommt noch ein Kleinkinderbecken mit 24 Quadratmetern. Die Betriebskosten dafür – wie auch für die geplante Sauna – übernimmt die Stadt Geretsried komplett“, informierte Müller. Die Fachplaner des interkommunalen Hallenbades rechnen mit rund 110.000 Besuchern im Jahr, 30 Prozent davon sind Schulen und 25 Prozent Vereine. 48 Prozent der Schulnutzungsstunden werden vom Landkreis bezahlt, sind also die Kinder der Realschulen, Gymnasien und Förderschule. 17 Prozent belegt die Stadt Geretsried, 15 Prozent Wolfratshausen und der Rest verteilt sich auf die übrigen Gemeinden.

„Der Investitionskostenzuschuss ist bereits von Ihnen beschlossen worden“, so Müller. Die Investition – ohne Sauna und Kinderbecken – sieht aus wie folgt: Die Baukosten belaufen sich auf – Stand Dezember 2013 – 11,9 Millionen Euro. Die Förderung des Freistaats beläuft sich auf 4,2 Millionen Euro, die Stadt Geretsried übernimmt den Hauptanteil mit 6,9 Millionen Euro. Der Kostenanteil der Gemeinden liegt bei insgesamt 800.000 Euro – für Wolfratshausen ergibt sich daraus ein Anteil von 130.815 Euro.

Kritisch sind nun die Betriebskosten, die sich über die geschätzten Eintrittsgelder von fünf Euro für Erwachsene und drei Euro für Kinder (150.000 Euro), die Schwimmkurse und die Einnahmen durch die Schulklassen nicht decken. In Summe ergibt sich ein negatives Betriebsergebnis von 750.000 Euro. Darin enthalten sind Energiekosten (370.000 Euro), Personalkosten (280.000 Euro), Wartung etc. (220.000 Euro) und auch Abschreibungen (290.000 Euro). „Die Hauptlast der Betriebskosten würde mit 500.000 Euro wieder Geretsried tragen“, versicherte Müller. Von den am interkommunalen Hallenbad beteiligten Gemeinden hätte er gerne die zusätzlichen 250.000 Euro über unbefristete, gedeckelte aber jährlich an die Inflation angepasste Zahlungen abgedeckt. Über den Königsteiner Schlüssel verteilt, kämen damit auf Wolfratshausen jährlich 105.000 Euro zu. „Ohne einen Betriebskostenzuschuss durch die Gemeinden müssten die Eintrittspreise deutlich angehoben werden auf bis zu 17 Euro für Erwachsene und 10 Euro für Kinder. Das wäre nicht mehr vertretbar. Schwimmen soll ja für jeden bezahlbar sein“, stellte er fest.

Der Haushaltsplan der Stadt Geretsried stehe allerdings unter dringendem Konsolidierungsauftrag durch das Landratsamt, weswegen die Mehrkosten eben einfach nicht abgedeckt werden können. „Damit ist klar: Wenn es keine Beteiligung durch die Gemeinden gibt, wird nur ein kleineres Bad gebaut. Damit kann nur ein deutlich kleinerer Belegungsumfang für Schulklassen, Vereine und Öffentlichkeit gedeckt werden“, sagte er.

Weiter rechnete Müller den Wolfratshausener Stadträten vor, welche Alternativen es für ein großes Schwimmbad in Geretsried geben könnte. So könnte zum Beispiel Geretsried ein kleineres Bad für 8,5 Millionen Euro bauen, dazu baut der Landkreis ein zweites kleines Bad für etwa sieben Millionen Euro. Damit läge die Gesamtinvestition bei 15,5 Millionen Euro, die Betriebskosten für zwei Bäder wären wesentlich höher. Natürlich könnte im Landkreis ein zweites Bad auch nur ein kleines Lehrschwimmbecken für etwa 3,5 Millionen Euro bauen. Damit würde die Gesamtinvestition gleich bleiben, doch auch hier wären die Betriebskosten höher. „Volkswirtschaftlich ist jede Insellösung teurer als ein interkommunales Hallenbad“, betonte er. Sofern der Bau eines Lehrschwimmbeckens durch den Landkreis sogar nötig wäre, dann erfolge eine Beteiligung sämtlicher Gemeinden – über die Kreisumlage.

„Eine große interkommunale Lösung ist für uns alle zweckdienlicher“, machte er deutlich. Die Vorteile laut Müller: tatsächliche Bedarfsabdeckung, Lage im Mittelzentrum, wirtschaftlichste Lösung, Förderung von Lebensqualität und Gesundheit und ein deutliches Zeichen, dass die Städte die Belange der Bürger und Vereine wahrnehmen.

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) stellte fest, dass im Rahmen der Sitzung keine Entscheidung getroffen wird, doch werde der Beschluss auf einer der nächsten Tagesordnungen stehen. „Bitte stellen Sie Ihre Fragen heute“, drängte er deswegen seine Ratskollegen.

Die Fraktion der Bürgervereinigung ist laut Beppo Praller, Fraktionssprecher der BVW, skeptisch. Er sei überrascht, dass nun doch ein Zuschuss für die Betriebskosten von den beteiligten Kommunen eingefordert werde. „Bei der Projektvorstellung war dies von Landrat Niedermaier und der damaligen Bürgermeisterin Cornelia Irmmer immer verneint worden“, sagte er. Nur deswegen hätten die Wolfratshausener beschlossen, sich mit einem Investitionskostenzuschuss zu beteiligen. Nun – drei Jahre später – sehe alles ganz anders aus. Er wolle nun wissen, wie lange die Laufzeit des Vertrags über die „Defizit-Verteilung“ sein soll.

Landrat Niedermaier antwortete ihm, dass es sich hier um einen „weiterlaufenden Prozess“ handle. Und da nun deutlich geworden ist, dass die Betriebskosten nicht gedeckt sind, müsse das Thema eben neu diskutiert werden. „Es gibt halt keine günstigere Alternative“, sagte er.

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 14

Selbstverständlich gebe es die Möglichkeit für Wolfratshausen, zu sagen, dass sie sich nicht beteiligen möchte. Dies müsse aber auch deutlich gesagt werden. Diese Entscheidung müsse man dann aber auch durchhalten und damit leben, dass es in Geretsried ein kleineres Bad gibt, von dem nicht alle etwas haben können.

Bürgermeister Müller fügte hinzu, dass der Vertrag zunächst auf zehn Jahre geschlossen werden soll, allerdings mit der Präambel, dass man auch danach weiterhin gemeinschaftlich tätig sei. Selbstverständlich müsse auch ein Zeitpunkt zur Überprüfung der Betriebskosten festgelegt werden. Aber grundsätzlich müssten die Gemeinden für die Laufzeit des Bades mit einer Beteiligung an den Betriebskosten rechnen.

Im Raum stand zudem die Frage, warum sich nicht der Landkreis an den Betriebskosten beteilige. Der Landrat erläuterte, dass ein Bad entweder auf kommunaler oder auf Landkreisebene realisiert werden könne. Eine Mischform sei mit großen Schwierigkeiten behaftet. „Und wenn der Landkreis die Bäder baut, dann zahlen die Kosten eh alle gemeinsam. Aber über einen anderen Schlüssel“, stellte er fest.

Manfred Menke (SPD) erkundigte sich nach der Möglichkeit, einen Beirat einzurichten, um Wolfratshausen und den anderen Gemeinden eine Chance der Mitbestimmung einzuräumen. Müller erklärte, dass so ein Gremium natürlich legitim sei. Und der Landrat fügte hinzu, dass es auch für das Tölzer Hallenbad ein Gremium gebe mit den Schulleitern und dem Betreiber Stadtwerke. Gemeinsam würden sie die optimale Belegung des Bades erarbeiten. Weiter fragte Menke, ob denn in Geretsried auch wirklich ausreichend Wasserfläche zur Verfügung stünde, um auch das Ascholdingrad Bad abzudecken. Laut dem Landrat seien beide Bäder in der Wasserfläche des interkommunalen Hallenbades abgebildet. „Anderenfalls wäre es ja ein Schildbürgerstreich von uns!“

Bürgermeister Müller gab noch zu bedenken, dass die Baugenehmigung für das Geretsrieder Hallenbad bereits erteilt sei und die hohe Fördersumme des Freistaats darauf beruhe. „Sicherlich entspricht das Bad nicht jedermanns Vorstellungen“, räumte er ein. Doch er warnte davor, an den bestehenden Planungen jetzt noch gravierende Änderungen vorzunehmen.

Zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller (SPD) wollte wissen, was denn mit der in die Betriebskosten einkalkulierten Abschreibung passiert. „Ist das eine echte Rücklage für Instandhaltungen“, fragte er. Bürgermeister Müller antwortete ihm, dass das Geld tatsächlich nicht in den Haushalt einfließt, mit der Abschreibung soll eine Reinvestition gesichert sein. „In einem doppischen Haushalt, wie in Geretsried führt, ist klar, dass die Mittel auch da sein müssen“, fügte der Landrat hinzu.

Günther Eibl (CSU) sagte: „Respekt, bevor ein Projekt auf den Weg gebracht wird, wird über die Betriebskosten gesprochen. Das ist nicht immer so.“ Allerdings betrachte die Fraktion den Zuschuss kritisch. Er hinterfragte die Kalkulation zur Ermittlung der Betriebskosten. So sieht er die gestiegenen geschätzten Nutzungszahlen als „sehr wagemutig“. Auch sieht er die Belegungszahlen durch die Schulen als nicht sicher. Gerade in Wolfratshausen nähmen viele Lehrer den Schwimmunterricht nicht auf sich. Die Stadt müsse sehr sorgsam mit ihrem Haushalt umgehen, öfter komme etwas Unerwartetes. Und für die S-Bahn-Verlängerung werde man auch viel Geld brauchen. Eine vertragliche Bindung für zehn Jahre ist für ihn nicht angebracht, keiner könne ja sagen, wie die Stadt dann dastehe.

Für Niedermaier ist gerade die Schulbelegung kein großes Risiko, schließlich habe sich der Landkreis zur Übernahme von 48 Prozent der Schulbelegungsstunden verpflichtet, auf Wolfratshausen würden nur 15 Prozent entfallen. „Hier steckt tatsächlich ein kleines Risiko, doch ein betriebswirtschaftlich sehr geringes“, betonte er. Weiter stellte er fest, dass die Lehrer – auch die Wolfratshäuser – verpflichtet seien, Schwimmunterricht durchzuführen. Doch Eibl ließ sich nicht überzeugen, bei der Betriebskostenberechnung fehle ihm die kaufmännische Vorsicht. „Wir lassen uns keine Schlinge umlegen – auch wenn Sie mit Engelsingungen auf uns einreden“, machte er klar. „Dann müssen Sie das auch den Bürgern so sagen und erklären, dass die Wasserfläche verkleinert werden muss. Sie dürfen das ja, das ist politisch korrekt“, meinte Niedermaier und Eibl antwortete: „Hier in Wolfratshausen reden wir alles ehrlich.“

Kritisch äußerte sich auch BVW-Rat und Wirtschaftsreferent Helmut Forster: „2011 haben wir eine Beteiligung an dem interkommunalen Hallenbad wegen des Defizitausgleichs abgelehnt.“ Er wollte wissen, warum die Stadt Wolfratshausen außer der Belegung durch die Schulklassen nun auch noch einen Zuschuss für die Betriebskosten geben solle. Der Landrat antwortete ihm, dass dies eben für die öffentliche Nutzung sei. Und grundsätzlich sei jede Kommune verpflichtet, dafür zu sorgen, dass geschwommen werden kann. Und schließlich würden ja auch Wolfratshäuser das Bad besuchen. Doch Forster zeigte sich nicht überzeugt. Vor allem, weil auch das Lehrschwimmbecken der Stadt in Weidach mit 250 Stunden im Jahr gut belegt sei und in den nächsten Jahren dort eine Renovierung für rund 500.000 Euro anstehe. BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller fügte hinzu, dass interkommunale Zusammenarbeit „keine Einbahnstraße“ sein dürfe. Deswegen könnte man doch einen Zweckverband gründen, bei dem sich auch Wolfratshausen ein Mitspracherecht für seine 100.000 Euro Betriebskostenbeteiligung pro Jahr beteilige. Landrat Niedermaier sagte, dass ein Zweckverband das gesamte Konstrukt noch teurer mache. Natürlich müsse die Stadt Geretsried dann das Grundstück in den Zweckverband einbringen, weiter brauche es dann ein eigenes Gremium mit einem Haushalt, Prüfung des Haushalts, Sitzungsgeldern und so weiter. „Und besprochen wird dann, welchen Namen der Bademeister tragen soll“, fragte er. Für die am Bad beteiligten Kommunen gebe es auch ohne Zweckverband keine Gefahr, dass Geretsried als Eigentümer des Hallenbades das Gebäude einfach verkaufe. Allein durch den Zuschuss des Freistaats sei klar, dass Geretsried dazu verpflichtet ist, das Bad zu betreiben auf die Dauer von 25 Jahren. „Und außerdem geht es hier doch auch um Steuergelder. Das Hallenbad gehört den Bürgern und nicht Geretsried oder Wolfratshausen.“ Achselzuckend fügte Müller hinzu: „Und bei einem Investitionskostenanteil der Stadt Wolfratshausen von nicht einmal zehn Prozent wäre der Anteil in einem Beirat auch gar nicht besonders hoch.“

Wie seine Stadtratskollegen mit dem Thema umgingen, überraschte Fritz Meixner (SPD): „Wir kennen Veränderungen der Ausgangslage doch hier in Wolfratshausen auch!“ Ob die Betriebskosten wirklich komplett optimiert seien – auch in Bezug auf Energie und Personal – fragte er Bürgermeister Müller. Dieser antwortete ihm, dass die Betriebskosten „auf Kante genäht“ seien. Eine weitere Reduzierung sei nicht realistisch. Über die Personalkosten wolle er in der öffentlichen Sitzung nicht sprechen. Weiter fragte Meixner nach dem Belegungsplan des Hallenbades. „Schließlich plant Geretsried ja zu wachsen, das könnte Konsequenzen haben“, meinte er. Geretsried solle für eine langfristige Nutzung bauen. Müller antwortete ihm, dass Geretsried nicht plane, zu wachsen, sondern sich auf einen Wachstumsdruck einstelle. Die Belegung des Bades werde über das Belegungsmanagement geregelt. Derzeit seien alle regionalen Vereine einkalkuliert.

Dr. Hans Schmid (Grüne) bat seine Ratskollegen, die Diskussion „rational“ zu führen: „Es scheint klar zu sein, dass nur das Interkommunale Hallenbad nennenswerte Fördermittel erhält; dies ist natürlich ein wichtiges Argument.“ Zusätzlich seien die Betriebs- und vor allem Personalkosten bei der großen Lösung von Haus aus günstiger als bei zwei kleineren Bädern. Auch aus „kaufmännischer Vorsicht“, wie Eibl es vorhin formuliert hatte, bekomme Wolfratshausen somit günstig keine andere Möglichkeit, Schwimmunterricht für die Schulkinder zu schaffen – „das Weidacher Bad ist dafür nicht geeignet“. Bei einer Ablehnung des Betriebskostenzuschusses müsse dies gegenüber der Öffentlichkeit begründet werden, mit einem Bürgerbegehren sei sicherlich zu rechnen. Allerdings seien ihm die Angaben zur Berechnung der Betriebskosten zu grob gewesen. Bürgermeister Müller versprach ihm, die detaillierte Berechnung der Fachplaner Grundlagen zukommen zu lassen.

Fritz Schnaller bat seine Ratskollegen, die „rückwärtsgerichtete Diskussion“ zu beenden. Auch er halte sich für einen sparsamen Stadtrat. Doch im Stadtrat habe man schon ganz andere Entscheidungen treffen müssen. In diesem Fall bekomme die Stadt jedoch für wenig Geld so viel, das sei „außergewöhnlich“.

Bürgermeister Klaus Heilinglechner beendete schließlich die Diskussion. Die Städte im Nordlandkreis werden immer größer, das Mittelzentrum befindet sich in einer wachsenden Region. Da müsse es wohlüberlegt sein, wie man sich verhalte. Selbstverständlich werde jedes Ergebnis der Wolfratshausen Stadträte vom Landrat und dem Bürgermeister akzeptiert. Aber für Wolfratshausen müsse man sich Gedanken machen. Dem stimmte Bürgermeister Müller zu, als Kommune trage man die Verantwortung für ein gemeinsames Mittelzentrum. „Ich danke der sachlichen Diskussion.“

● TOP 4: Jahresrechnung 2014 a) Feststellungsbeschluss (Art. 102 Abs. 3 GO) b) Entlastungsbeschluss (Art. 102 Abs. 3 GO)

Sachverhalt: Dem Stadtrat wurde die Jahresrechnung 2014 einschließlich des Rechenschaftsberichts und weiterer Anlagen bereits in der Sitzung am 28. Juli 2015 zur Kenntnisnahme vorgelegt und ausführlich erläutert. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat anschließend in fünf Sitzungen und einer Abschlussbesprechung in der Zeit vom 17. September 2015 bis 26. November 2015 die Jahresrechnung 2014 nach Maßgabe des Art. 103 GO örtlich geprüft. Von der Verwaltung wurde eine Auflistung der Prüfungsfeststellungen erstellt und die Stellungnahmen der Ämter zu den noch offenen Nachfragen eingearbeitet und mit der Ladung zur Stadtratssitzung verschickt. Soweit Prüfungsanfragen bereits während der Prüfung erledigt werden konnten, wurden diese Punkte nicht mehr im Prüfungsbericht erwähnt. Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) empfiehlt dem Stadtrat die Jahresrechnung 2014 mit folgendem Ergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO beschlussmäßig festzustellen. Gleichzeitig ist die Entlastung zur ordnungsgemäßen Haushaltsführung zu erteilen.

Rechnungsergebnis 2014: Einnahmen und Ausgaben Verwaltungshaushalt: 34.430.478,31 Euro und Einnahmen und Ausgaben Vermögenshaushalt: 7.090.587,26 Euro. Stand des Vermögens und der Schulden: Der Bestand der allgemeinen Rücklage betrug zum 31. Dezember 2014 somit 8.685.421,24 Euro (Vorjahr 8.041.413,50 Euro). Der Schuldenstand lag bei 15.184.123,48 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 860,10 Euro. Dies entspricht 123,75 Prozent des Landesdurchschnittes vergleichbarer Städte (2013: 695 Euro).

Markus Höft (BVW) verlas den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung. Demnach habe der Rechnungsprüfungsausschuss keine Beanstandungen feststellen können.

Den Bericht genau gelesen hatte Dr. Hans Schmid (Grüne): „Ich bin in der Zusammenfassung des Ergebnisses der Prüfung der Jahresrechnung 2014 über den Punkt i) gestolpert: „Dem Wunsch nach Vorlage des IT-Sicherheitskonzeptes, das bereits auch in der Rechnungsprüfung 2007 geprüft werden sollte, wurde nicht entsprochen. Auch der BKPV weist in der Prüfung 2008-2013 auf diese Problematik hin.“ Dazu zitierte er die Stellungnahme von Amtsleiter Franz Gehring und Herrn Wicht (Systembetreuer, die Red.): „Grundsätzlich verwundert die Anfrage des Prüfers, da die Prüfung der Funktionalität des EDV-Systems auf den ersten Blick wohl nicht Angelegenheit einer Rechnungsprüfung für das Rechnungsjahr 2014 ist. Hinzu kommt, dass hierzu dem gesamten Gremium gegenüber kürzlich erklärt wurde, zeitnah (Frühjahr 2016) einen umfassenden Sachstandsbericht über den Zustand des Systems vorzulegen.“ Schmid empfinde diese „wertende Form“ der Antwort als „Versuch, die Rechnungsprüfung einzuschüchtern und die wichtigste Aufgabe des Stadtrats, nämlich die Kontrolle der Verwaltung, zu behindern.“ Er habe zu diesem Vorgang folgende zwei Fragen, eine an die Mitglieder des RPA: „Haben auch andere Mitglieder der Verwaltung auf Prüfungsanfragen so wertend geantwortet?“ Und an die Fraktionssprecher: „Wie sehen die anderen Fraktionen diese Stellungnahme von Herrn Gehring und Herrn Wicht?“

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zeigten sich überrascht. „Alle anderen Beanstandungen und Fragen wurden neutral und umfangreich beantwortet“, stellte Höft fest. Auch Beppo Praller (BVW) fühlte sich „in keiner Weise behindert oder beeinflusst“. Das mit dem IT-Bericht sei ihm allerdings neu. „Und wenn das wirklich so abgelaufen ist, dann bedauere ich das.“ *Fortsetzung auf Seite 18*

Fortsetzung von Seite 16

Auf Nachfrage von CSU-Fraktionssprecher Günter Eibl erklärte Stadtkämmerer Roland Zürnstein, dass der Rechnungsprüfungsausschuss tatsächlich die EDV auf Funktionalität überprüfen dürfe. Und Franz Gehring räumte ein, dass die Form der Stellungnahme so nicht in Ordnung gewesen sei. Doch sei sie nicht dazu gedacht gewesen, den Rechnungsprüfungsausschuss einzuschüchtern. Schließlich sei er ja zur Sitzung des Ausschusses gekommen und habe dabei das System ausführlich vorgestellt.

Informationen zum IT-System angefordert hatte Alfred Fraas, für die CSU Mitglied des Prüfungsausschusses. Allerdings hatte er krankheitsbedingt die Präsentation verpasst. Wie Gehring berichtete, hatte er dabei dem Gremium auch das Notfallhandbuch gezeigt hatte. „Ich hatte aber ein Sicherheitshandbuch angefordert, das ist etwas ganz anderes“, meinte Fraas darauf. Es habe ihn überrascht, einen entsprechenden Posten jetzt im Haushalt gefunden zu haben. Roland Zürnstein klärte ihn auf: Das von Fraas geforderte Sicherheitshandbuch gemäß dem Standard des Bundesamts für Sicherheit und Informationstechnik sei in Wolfratshausen „eine Sache der Unmöglichkeit“. Doch werde jetzt eben ein Sicherheitshandbuch nach einem im Herbst vorgestellten Standard angefertigt.

Schließlich wurde einstimmig beschlossen: a) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung (Art. 103 GO) wird die Jahresrechnung 2014 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt. b) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung (Art. 103 GO) wird für die Jahresrechnung 2014 die Entlastung erteilt

● TOP 5: Vorlage der geprüften Jahresabschlüsse 2014**a) Städt. Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH****b) Stadtwerke Wolfratshausen**

Nach Mitteilung der StÄWo vom 20. April 2016 ergeben sich aus dem Abschlussbericht folgende Feststellungen: Der Jahresabschluss 2014 wurde von Julia Heinzlmeier, Steuerberaterin und Wirtschaftsprüferin, 86551 Aichach, gesetzlich geprüft. Im Bericht vom 8. September 2015 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Der Genehmigungsbeschluss (Aufsichtsratsitzung vom 17. Dezember 2015, Gesellschafterversammlung vom 17. Dezember 2015) lautet: Der Aufsichtsrat nimmt den vorgelegten Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsbericht 2014 sowie die Erläuterungen des Geschäftsführers zur Kenntnis. Der Aufsichtsrat hat den Vorschlag der Geschäftsführung über die Gewinnverwendung überprüft. Er schließt sich dem Vorschlag an, den gesamten Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 247.398,97 Euro in die Gewinnrücklagen einzustellen. Der Bericht des Aufsichtsrats wird wie vorgelegt beschlossen. Er wird dem Originalprotokoll beigelegt.

Die Stadträte nahmen dies zur Kenntnis.

● TOP 6: Schulentwicklungsplan Wolfratshausen; Erstellung eines Plangutachtens

Sachverhalt: Die Projektgruppe Schulentwicklung hat zusammen mit den Schulleitern und dem Schulumit ein Konzept entwickelt, das dazu beitragen wird, dass beide Schulstandorte auf lange Sicht gestärkt werden. Die Ausarbeitung zu den verschiedenen Varianten und die Begründung für die Variante 2 wurde dem Stadtrat in seiner Sitzung am 16. Juni 2015 vorgelegt, lag zu dieser Sitzung nochmals bei. Der Auftrag seinerzeit war, bei der Regierung von Oberbayern nachzufragen, ob eine Zusammenlegung der Mittelschulen genehmigt werden würde.

Nachdem das künftige Raumprogramm für die Schule am Hammerschmiedweg von der Projektgruppe Schulentwicklung erarbeitet wurde und die Regierung von Oberbayern die Variante 2 grundsätzlich für genehmigungsfähig hält, es für eine Zusage aber derzeit zu früh sei und darüber hinaus ein entsprechender Antrag und Planungen notwendig sind, ist nunmehr die Umsetzungsmöglichkeit auf dem Grundstück am Hammerschmiedweg zu prüfen. Für das weitere Vorgehen, insbesondere auch zur Ermittlung der ungefähren Baukosten, sollte im nächsten Schritt ein geeignetes Planungsbüro mit der Erstellung einer Vorplanung im Rahmen eines Plangutachtens beauftragt werden.

CSU-Fraktionssprecher Günther Eibl berichtete von kontroversen Diskussionen in seiner Fraktion. So basieren die geschätzten Schülerzahlen, mit denen bisher gerechnet worden ist, auf einer seiner Meinung nach veralteten Basis. „Die gesellschaftliche Entwicklung, die hier angekommenen Flüchtlinge und der zu erwartende Familiennachzug, die gestiegenen Geburten – seit 2015 haben sich die Eckdaten deutlich verändert“, stellte er fest. Er vermutet, dass sich für die Schulplanung eine andere Richtung ergeben würde.

Bürgermeister Klaus Heilinglchner versicherte, dass bei den Berechnungen sicher die aktuellsten Zahlen verwendet wurden. Noch genauer zu werden sei schwer, bei Prognosen bewege man sich ja immer in Grauzonen. „Aber wir haben das Haus ja nicht auf Kante geplant“, betonte er. Auch bei mittlerweile noch einmal gestiegenem Raumbedarf dürfte es also keine Probleme geben. „Überhaupt: Mit welchen gestiegenen Zahlen sollten wir denn rechnen“, fragte er Eibl. Dieser erklärte ihm seine Überlegung zu Integrationsklassen, die für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und die Kindern der in Wolfratshausen untergebrachten Flüchtlinge nötig ist. „Das sind keine normalen Klassenzimmer – und wir brauchen aktuell zwei davon!“

Heilinglchner erinnerte daran, dass es grundsätzlich um die Zusammenlegung der Mittelschule Waldram und der Mittelschule am Hammerschmiedweg am Standort hinter der Loisahalle gehe. „Wir müssen wissen, ob die beiden Mittelschulen an dem Standort überhaupt untergebracht werden können“, argumentierte er. Dafür sei das Gutachten jetzt eben nötig. Und wenn das nicht der Fall sei, müsse über einen anderen Standort nachgedacht werden.

SPD-Rat und Geschäftsführer des Kinder- und Jugendfördervereins, Fritz Meixner, ist mit der Thematik bestens vertraut. Er berichtete aus den Treffen der Projektgruppe Mittelschule, der er auch angehört. Seit September 2014 habe die Gruppe einige Planvarianten entworfen. „Es ist da natürlich möglich, dass sich in diesen zwei Jahren die Zahlen verändern. Doch die sind mir und auch der Verwaltung bekannt“, erläuterte er. Selbstverständlich müsse das Gutachten nach dem aktuellen Bedarf festgestellt werden. Die Planvariante 2 sei auch nicht „in Stein gemeißelt“, doch es sei eben die von der Projektgruppe empfohlene Variante. „Wer da etwas dagegen hat, soll andere Vorschläge bringen“, stellte er fest.

Allerdings müsse jetzt zügig ein Beschluss für das Gutachten gefällt werden, denn schon im Herbst werde der Kinder- und Jugendförderverein vor eine große Herausforderung gestellt. „Die Nachfrage nach Plätzen in unserer Mittagsbetreuung ist sprunghaft gestiegen. Ich erklärte mir dies durch eine veränderte gesellschaftliche Situation. Doch dies zwingt uns jetzt dazu, in die Pötte zu kommen“, drängte er.

Dr. Hans Schmid (Grüne) erkundigte sich nach den Kosten der „Vorplanung im Rahmen eines Plangutachtens“. Thomas Wenig, Bauamt der Stadt, rechnete für ihn das Honorar überschlägig aus, vermutlich werden sich die Kosten auf rund 77.000 Euro belaufen. „Mit so einer hohen Summe hatte ich naiver Weise nicht gerechnet, ich dachte es wären eher 15.000 Euro“, räumte Grünen-Rätin Annette Heinloth ein. Allerdings sei mit den wenigen Schülern in Waldram einfach kein hochwertiger, qualifizierter Unterricht möglich. „Wir brauchen am gemeinsamen Standort eine Mensa, eine Ganztagsbetreuung, einen M-Zug und vieles mehr“, zählte sie auf. Und dabei müsste die Schule groß genug werden, denn es sollte ja keine „Massentierhaltung für Kinder werden“. Bürgermeister Klaus Heilinglchner erwiderte resigniert: „Wollen Sie wirklich alles noch einmal in Frage stellen, was der Arbeitskreis in den vergangenen zwei Jahren erarbeitet hat?“ Heinloth meinte dazu nur: „Ich hatte das auch in den Sitzungen der Projektgruppe so schon gesagt.“

Schließlich hinterfragte Dr. Manfred Fleischer, CSU-Stadtrat und Waldramer, die Sinnhaftigkeit der Zusammenlegung der beiden Mittelschulen. Die Kinder sollten natürlich möglichst optimal beschult werden, doch die Bevölkerung wurde zu diesem Beschluss nicht mitgenommen. Er ist überzeugt davon, dass die Bevölkerung in dem Ortsteil mit der Mittelschule vor Ort rechne. Er sieht ein Problem darin, sich auf die Variante 2 festzulegen und vorher nicht einmal die Waldramer gefragt zu haben.

Schließlich stellte Beppo Praller, Fraktionssprecher BVW, den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte. Der Antrag wurde angenommen, der Punkt mit 16:4 Stimmen vertagt. „Für diesen Beschluss können Sie keine große Begeisterung von mir erwarten“, sagte dazu Bürgermeister Heilinglchner. Doch Dr. Fleischer meinte, dies habe durchaus auch Vorteile, da die Schule am Hammerschmiedweg ab September einen neuen Schulleiter habe.

● TOP 7: Radroutenkonzept – Sachstandsbericht

Susanne Leonhard, Bauamt der Stadt, stellte den Räten den aktuellen Sachstand zum Radroutenkonzept vor. So konnten 2015 wieder verschiedene Verbesserungen für Radfahrer umgesetzt werden, dazu gehöre die Sanierung des Fuß- und Radwegs am Stadion zwischen der Kräuterstraße und der Straße Am Waldrand sowie der Anbindung zur Margeritenstraße. Noch rechtzeitig vor dem Winter konnte vor der Bücherei in der Stadt eine erweiterte und nun überdachte Fahrradabstellanlage für 16 Räder in Betrieb genommen. Die zusätzliche wegweisende Beschilderung für die überregionalen Routen wurde vorgenommen. Weiter wurden im Haushalt 2016 für eine Optimierung der Verkehrssituation, insbesondere für den Radverkehr vor der Ampel im Moosbauerweg 35.000 Euro bereitgestellt. Die Aktion „Lichtgutschein“, für die im vergangenen Herbst 2-Euro-Gutscheine für eine kostenlose Überprüfung der Lichter am Fahrrad verteilt worden waren, war allerdings auf wenig Resonanz gestoßen.

Die Stadt hat sich zu der Aktion „Stadtradeln“ angemeldet. Auftaktveranstaltung ist am 3. Juli in Geretsried, von 4. bis 24. Juli wird jeder Kilometer gezählt. Abschlussveranstaltung mit Preisverleihung ist am 27. Juli in Wolfratshausen. Mitmachen kann jeder. Dazu muss man nur ein Team bilden oder einem bestehenden Team beitreten. Danach losradeln und die Radkilometer einfach im Online-Radkalender oder per Stadtradeln-App eintragen. Anmelden kann man sich unter anderen unter www.stadtradeln.de/Wolfratshausen2016. Jeder Teilnehmer erhält ein nicht übertragbares Stadtradeln-Armband mit dem im Aktionszeitraum zusätzliche Vergünstigungen verbunden sein werden.

Und darum geht es bei der Aktion: Im Aktionszeitraum sollen so viele Kilometer wie möglich geradelt werden – egal ob beruflich oder privat. Hauptsache CO₂-frei! Das Klima-Bündnis prämiiert nach Abschluss der Kampagne wieder die fahrradaktiven Kommunalparlamente und Kommunen. Langfristig soll dies zu mehr Radverkehr, weniger Abgasen, weniger Lärm, einem besseren Klima und zu mehr Verständnis für die Belange der Radfahrenden führen.

Die Stadt plant Ehrungen in den Kategorien: radlaktivste Schulklasse, radlaktivste Unternehmen, Betriebe und Ämter, radlaktivste Vereine, radlaktivste Bürgerteams, radlaktivste Teams je Teammitglied sowie radlaktivste Teilnehmer männlich und weiblich. Weitere geplante Maßnahmen für 2016 sind: Anbringung von Schutzstreifen in der Pfaffenrieder Straße. Die Querungshilfe in der Pfaffenrieder Straße wird derzeit errichtet. Für die Radfahrenden werden beidseitig Schutzstreifen markiert. Parken darauf ist verboten. Die Parkbereiche weisen eine Breite von 2,5 Meter auf und sind damit auch für LKW geeignet.

Der Stadtrat hat im Haushalt 2016 Finanzmittel für die Erhebung des derzeitigen Radverkehrsanteils bereitgestellt, durchgeführt werden sollen eine schriftliche, gegebenenfalls ergänzt durch eine telefonische Hausbefragung sowie eine Zählung. Die Befragung soll Ergebnisse zu Haushalten und deren Fahrzeugausstattung, Haushaltsangehörigen nach Alter/ Geschlecht/ Mobilitätsverhalten, zu Wegen und Wegeketten liefern und damit die Grundlage für eine zielgerichtete Förderung des Radverkehrs und der Nahmobilität liefern und dabei helfen, neue Entwicklungen aufzuzeigen. Die Ergebnisse dienen auch als Grundlage für die Festlegung des für die Zukunft angestrebten Radverkehrsanteils.

An baulichen Maßnahmen soll der Fahrradabstellplatz am Isar-Loisach-Stadion eventuell eine Teilüberdachung erhalten. Weiter werden die Zufahrten zur Brücke zwischen Waldram und Farchet über den Loisach-Isar-Kanal im Sinne von Shared Space umgestaltet, da hier demnächst der Stadtbuss seine Route haben wird. Radfahrer und Fußgänger dürfen allerdings nicht gleichzeitig mit dem Bus auf die Brücke.

Schließlich berichtete Susanne Leonhard von der als Test für ein halbes Jahr installierten Fußgängerbrücke auf Höhe des Radwegs/ Tengelmann-Markts in der Königsdorfer Straße. „Wir bekommen dort nur dann eine feste Ampel, wenn hier viele Menschen die Straße queren. Also machen Sie sich auf den Weg“, bat sie.

„Zum Abschluss möchte ich mich noch bei Werner Grimmeiß vom ADFC bedanken, der mir geholfen hat, den Radroutenplan von Wolfratshausen in professioneller Form auf der Website der Stadt zur Verfügung stellen zu können“, so Leonhard. Der Plan kann dort heruntergeladen werden (https://www.wolfratshausen.de/fileadmin/1_PDF/3_Bauen_Umwelt_Verkehr/4Verkehr/2Radverkehr/2009-05-19_Radroutenkonzept.pdf)

Bürgermeister Klaus Heilinglechner dankte ihr und Werner Grimmeiß für die äußerst engagierte Arbeit.

Annette Heinloth (Grüne) bat darum, dass der Radweg entlang der Loisach in Richtung neues Gewerbegebiet nun endlich ausgebessert werde. An einigen Stellen „bröselte“ er schon in den Fluss ab. Leonhard berichtete von dem geplanten Ausbau des Radwegs, der sich allerdings noch verzögere. Instandhaltungsmaßnahmen müssten aber dennoch durchgeführt werden. Sie versprach, den Bauhof zu informieren.

Weiter schlug Heinloth vor, die Rathausmitarbeiter davon zu überzeugen, mit dem Fahrrad in die Arbeit zu kommen. „Damit könnten wir einige Dauerparker von unseren Parkplätzen wegbekommen“, stellte sie fest. Leonhard antwortete ihr, dass sie selbst möglichst immer mit dem Fahrrad komme. Doch ihr gutes Vorbild habe in der Verwaltung noch nicht viel Nachahmer gefunden. „Dabei bin ich mit dem Fahrrad schneller. Zwar nicht auf der Strecke, doch bei der Parkplatzsuche hole ich dann wieder auf“, meinte sie.

● TOP 8: Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben des Bürgermeisters:

Haushaltsgenehmigung 2016: Zu der in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Wolfratshausen am 16. Februar 2016 beschlossenen Haushaltssatzung hat das

Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen als Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 27. April 2016, Az 41.102-941-02 K die Vorlage der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan bestätigt und das Ergebnis der Prüfung mitgeteilt. Die Haushaltssatzung enthält genehmigungspflichtige Bestandteile. Rechtsaufsichtliche Einwendungen wurden nicht erhoben, die erforderliche Genehmigung wurde erteilt.

Unterbringung von Asylbewerbern: Nachdem der Landrat Ende April allen Bürgermeistern mitgeteilt hat, dass auf Weisung der Regierung von Oberbayern keine neuen Unterkünfte mehr angemietet werden sollen, wurde sowohl dem Landkreis als auch dem Bezirk Oberbayern umgehend eine Aufstellung der bisher für die Planung von fünf Asylunterkünften angefallenen Kosten übermittelt; es wurde außerdem um Mitteilung gebeten, in welcher Form eine Erstattung dieser Kosten (322.050 Euro) beantragt werden kann.

Die Bauanträge für die Vorhaben zur maximal auf drei Jahre befristeten Unterbringung am Förgenweg und der Zugspitzstraße werden in Absprache mit dem Landratsamt bis zur Genehmigungsreife bearbeitet und ruhen dann. Die beiden anderen Anträge (Auenstraße und Bahnhofstraße) sind auf eine Anschlussnutzung als preisgünstiger Wohnraum ausgelegt. Sollte bei diesen die Flüchtlingsunterbringung entfallen, sind zumindest für die Bahnhofstraße die Anträge neu zu stellen, da die Befreiungsmöglichkeiten gemäß § 246 BauGB entfallen. In beiden Fällen laufen auch die Gespräche mit der Kirche noch.

Mehrzweckhalle Farchet, Akeleistr. 45/Brandschutzklappensanierung der Lüftungsanlage: Die Mehrzweckhalle Farchet wurde 1985 fertiggestellt. In die Lüftungsanlage wurden neun Brandschutzklappen vom Hersteller TROX eingebaut.

Fortsetzung auf Seite 20

BayWa

Bau & Garten

Hier bin ich gern

Verkaufs- offener Sonntag in Wolfratshausen

für alle Inhaber der
BayWa-Card

**15 %
Rabatt**

auf das gesamte
Sortiment*

Gilt auch für Neukunden -
jetzt BayWa-Card beantragen!

**22. Mai
13.00-18.00 Uhr**

82515 Wolfratshausen
Pfafrrieder Straße 8 a
Telefon 0 81 71/21 91-0
Mo.-Sa. 8.00-20.00 Uhr

*Ausgenommen Gutscheinkartenerwerb, Serviceleistungen, Pfand, Gas, reduzierte Artikel, Artikel aus dem jeweils aktuellen Werbeprospekt, bereits getätigte Aufträge, Getränke (außer Wein), Safttausch, Lebensmittel, Zeitschriften, Bücher und Tabakwaren. Bestellungen müssen an dem Tag bezahlt werden. Nicht mit anderen Rabattaktionen oder der BayWa-Card plus kombinierbar. Käufe in unserem Online Shop sind von der Aktion ausgenommen.

Diese Anzeige wurde erstellt durch:
BayWa Bau- & Gartenmärkte GmbH & Co. KG,
Zeche Oespel 15, 44149 Dortmund.

baywa-baumarkt.de

nur gültig am 22. Mai 2016

Informationen
der Stadt



Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 13. Juni 2016

● Bürgerfrageviertelstunde

Ein Bürger aus Ascholding meldete sich zu Wort, wohl wissend, dass laut Geschäftsordnung nur Wolfratshausener Bürger Fragen an die Verwaltung stellen dürfen. Bürgermeister Klaus Heilinglechner ließ die Frage dennoch zu. „Ich bin aktiv beim DLRG und damit vom Training in einem Hallenbad abhängig“, stellte er fest. Geretsried möchte ja ein Interkommunales Hallenbad bauen und hat angefragt, ob sich unter anderem Wolfratshausen neben dem Baukostenzuschuss auch an den jährlichen Betriebskosten beteiligt. Nun habe Wolfratshausen dies noch nicht zugesagt und wolle Alternativen prüfen. „Ist da schon etwas geschehen“, wollte er wissen. Heilinglechner erklärte ihm, dass die Stadt sich nach den Kosten richten wolle, die ein kleines Bad in Geretsried verursachen würde. Allerdings wurde noch kein Beschluss gefasst. Eine ausführliche Antwort werde er gerne schriftlich erhalten.

Heinz Wensauer bedankte sich für die Mäharbeiten am Loisach-Westufer. Mit wenig Aufwand sei hier etwas sehr Schönes geschaffen worden. Zur weiteren Verbesserung schlägt er eine Verlegung der Wertstoffinsel am Stadtturm vor. „Vielleicht könnte man die bei den Supermärkten aufstellen, wo der Müll ja auch produziert wird“, fragte er. Bürgermeister Heilinglechner gefällt der Vorschlag, doch sei dies wahrscheinlich nicht umzusetzen. Die WGW könne Wertstoffinseln nicht ohne Genehmigung auf Privatgelände – und das ist der Parkplatz eines Supermarkts – aufstellen. Weiter fragte Wensauer, ob der Stadt die ältere Hütte am Loisachufer, die ihn an Slums erinnere, aufgefallen sei. „Könnten Sie bitte den Besitzer fragen, ob diese fremde Architektur entfernt werden könnte“, bat er. Der Bürgermeister möchte dies prüfen lassen. Schließlich bat er um Information, wie viele Besucher das Open-Air-Kino haben müsste, um bei einem Eintrittspreis von 6,50 Euro kein Defizit zu produzieren. Heilinglechner antwortete halb scherzhaft, wenn alle Wolfratshausener kämen, gebe es sicherlich kein Defizit. Und außerdem habe die Stadt in der Vergangenheit schon häufiger Kulturveranstaltungen bezuschusst. „Wollen Sie dann das Wolfratshausener Kinocenter auch bezuschussen nach dem Gleichheitsprinzip“, fragte Wensauer. Das verneinte Heilinglechner.

● TOP 1) Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner begrüßte die Räte zur Sitzung, entschuldigt fehlten sein zweiter Stellvertreter Helmuth Holzheu und Günther Eibl, beide CSU. Geburtstag feierten seit vergangener Sitzung Fritz Meixner (14.5.), Renate Tilke (17.5.), Fritz Schnaller (25.5., 70 Jahre), Karin Gschwendtner (27.5.), Peter Ley (11.6.).

● TOP 2) Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 10. Mai 2016

Dr. Hans Schmid (Grüne) bat um eine detailliertere Ausführung der Wortmeldungen im Protokoll zur Diskussion Jahresabschluss. Dies wird umgesetzt. Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt.

● TOP 3) Vorstellung der Aktualisierung der vorbereitenden Untersuchungen zur Altstadtsanierung und Innenstadtentwicklung – Überblick – Schwerpunktthema ‚Parkierung‘

Sachverhalt: Als Vorbereitung zur Altstadtsanierung und Innenstadtentwicklung, gegebenenfalls auch für eine mögliche Beteiligung der Städtebauförderung, wurden durch das Büro plankreis die „Vorbereitenden Untersuchungen“ (VU's) aktualisiert. Darüber hinaus war das Büro aufgrund des Bauausschussesbeschlusses vom 5. November 2014 beauftragt, neben den Möglichkeiten am Hatzplatz weitere optionale Flächen im Innenstadtbereich für die Parkraumgestaltung im Sinne einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen. Die diesbezüglichen Vorschläge der LAW und von Hans Gärtner wurden dabei einbezogen. Die Ergebnisse wurden bereits im August 2015 vorgelegt, mussten jedoch aufgrund der Priorisierung der Arbeiten zur Flüchtlings-Unterbringung zeitlich geschoben werden. Nach der momentanen Entspannung der Lage werden die Ergebnisse – speziell hinsichtlich der Parkplatzsituation in Wolfratshausen – nun im Rahmen der Sitzung vorgestellt. Als Gäste dazu geladen waren Susanne Rentsch, Büro plankreis, und Dipl.-Ing. Christian Fahnberg, Ingenieurbüro Ingevest.

Hintergrund: 2013 wurde eine Machbarkeitsstudie zu einer Parkierungsanlage am Hatzplatz (Parkdeck bzw. Parkhaus) in Auftrag gegeben, die Ergebnisse wurden dem Stadtrat im September 2013 vorgestellt. Auch eine Besichtigungstour wurde unternommen. Es stellte sich heraus, dass die Systembauweise der Firma Goldbeck mit zirka 10.000 Euro pro Stellplatz (im Vergleich zu zirka 20.000 bis 30.000 Euro pro Stellplatz bei konventioneller Bauweise) die günstigste Lösung für ein Parkhaus am Hatzplatz ist.

Der Kostenansatz beinhaltet jedoch eine Standard-Fassadenlösung. Nach einhelliger Meinung der Fraktionssprecher sollte diese Richtung für eine Parkierungsanlage am Hatzplatz weiter verfolgt werden, es sollte jedoch dem neuen Stadtrat obliegen hierüber zu entscheiden. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu dem Parkdeck wurde gestellt, um die Ergebnisse der Auswertung aus dem neuen Parkleitsystem abzuwarten und einfließen lassen zu können. (...) wurden zehn Parameter definiert, die zur Einschätzung der zusätzlich notwendigen Stellplätze nötig sind. Diese wurden auch bereits mit Inhalten gefüllt.

So wurde die Auswertung aus dem neuen Parkleitsystem den Stadträten dann im September 2015 vorgelegt. Demnach bestehen für die Stellplätze im Bereich Innenstadt Engpässe am Freitag und Samstag vormittags, sowie in der Vorweihnachtszeit. An den restlichen Tagen finden sich noch immer freie Plätze. (...) Vorgestellt in der Novembersitzung 2015 wurde unter anderem auch die zu

erwartende Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren mit den damit verbundenen Änderungen im Verkehr. Es könnte demnach mit einer Zunahme der Bevölkerung in den nächsten 12 Jahren um weitere zirka 1.500 (rechnerisch 1.466) Personen gerechnet werden. Dazu kam eine Prognose über die Entwicklung des Einzelhandels im Bereich Innenstadt mit den damit verbundenen Änderungen des Verkehrs. Die Entwicklung des Einzelhandels und die Stellplatzzahlen haben die gravierendsten gegenseitigen Auswirkungen! So soll die Anzahl der Stellplätze im Innenstadtbereich speziell zur Stärkung des Einzelhandels erhöht werden, ein vermehrtes Einzelhandelsaufkommen in der Innenstadt müsste dem gegenüber eine entsprechende Steigerung der Stellplatzzahlen nach sich ziehen. (...)

Beschlossen wurde damals: Bei der Schaffung zusätzlichen Parkraums in der Innenstadt sind bei den weiteren Planungen alle dafür möglichen Optionen im Sinne eines Gesamtkonzepts mit einzubeziehen. 1. Bürgermeister Heilinglechner wird beauftragt, ein Architekturbüro mit den weiteren Planungen zu einer Parkierungsanlage am Hatzplatz zu beauftragen. Zudem soll mit der Firma Goldbeck Kontakt aufgenommen werden, um einen Vorschlag für ein Parkdeck in Systembauweise am Hatzplatz zu erarbeiten. Die Anzahl der Stellplätze soll dabei um zirka 50 Plätze auf maximal zwei Ebenen gegenüber dem momentanen Bestand am Hatzplatz von 70 Plätzen gesteigert werden. Eine für diesen Standort geeignete Fassadengestaltung und eine Neuorganisation des Hatzplatzes muss mit der Regierung von Oberbayern/Städtebauförderung abgesprochen werden. Darüber hinaus sollen neben den Möglichkeiten am Hatzplatz weitere optionale Flächen im Innenstadtbereich (Parkplatz hinter der Sparkasse, AWO-Parkplatz Beuerberger Str., usw.) für die Parkraumgestaltung im Sinne einer Machbarkeitsstudie untersucht werden. Alle geeigneten Varianten sind mit der Regierung von Oberbayern im Hinblick auf mögliche Zuschüsse aus der Städtebauförderung zu prüfen. Zur Vorbereitung ihrer Arbeit hatte das Büro plankreis den aktuellen Verfahrensstand in Wolfratshausen untersucht. Wie Rentsch berichtete, waren erstmals vorbereitende Untersuchungen für die Städtebauförderung von 1989 bis 1991 durchgeführt worden. Diese wurden nun aktualisiert außerdem wurden die Sanierungsziele überprüft und aktualisiert. Diese Aktualisierung ist laut Rentsch alle paar Jahre notwendig.

Die Stadt hatte 2006 den Beschluss gefasst, die Innenstadt Wolfratshausens zum Sanierungsgebiet zu machen. Gelder aus Mitteln der Städtebauförderung sollten für Maßnahmen beantragt werden. Es folgten dann allerdings einige Jahre des Sanierungsprozesses mit teilweise ruhender Städtebauförderung. Erst 2012 wurde Wolfratshausen wieder in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm aufgenommen.

„In den Jahren haben wir einiges geschafft“, stellte Rentsch fest. „Auch wenn es durchaus mehr hätte sein können.“ So wurde die Loisachhalle wiedereröffnet mit einem neu gestalteten Umfeld, der Marienplatz bekam ein neues Gesicht, wie auch der Birnmühlplatz, die Marktstraße wurde als Provisorium in eine Einbahnstraße umgewandelt und das östliche Loisachufer bekam unter anderem Sitzstufen, eine Boccia-Bahn und einen befestigten Boden an der Alten Floßlände. „Die Stadt hat Potential, das sie nutzen muss“, betonte sie. Allerdings gebe es eben auch einige Mängel, wie zum Beispiel der zunehmende Leerstand am Ober- und Untermarkt. Nach ihrer Kenntnis beschäftige sich die CIMA allerdings bereits intensiv damit. Weiter sei die Nord-Süd-Verbindung im Stadtgebiet „nicht so optimal“, und der Verkehr im Obermarkt könnte auch weniger sein.

Aus dieser Bestandsaufnahme mit Analyse der Stärken und Schwächen hatte plankreis Vorschläge zur Neuordnung erarbeitet. Dazu gehört ein 5-Punkte-Programm zur Stärkung der Innenstadt mit: Aufwertung und Funktionsstärkung des historischen Altstadtbereiches und des Loisachrings zur vitalen Innenstadt (inklusive aktivem Leerstandsmanagement, z.B. Isar-Kaufhaus); gestalterische, funktionale und ökologische Verbesserung der Loisachufer in Kombination mit dem notwendigen Hochwasserschutz auch als Erholungsbereich und Schaffung von Flächen für Kinderspiel; Erhaltung und Verbesserung der kulturellen und sozialen Infrastruktur- und Gemeinbedarfseinrichtungen in der Innenstadt, z.B. Archiv und Museum; Verbesserung der Erschließung und Vernetzung, z.B. ruhender Verkehr, Fuß- und Radwegenetz, Anbindung des Bahnhofsbereichs.

Aus diesem Programm hatte plankreis eine Maßnahmenkarte erarbeitet mit konkreteren Vorschlägen. Darin enthalten sind: Umgestaltung des städtebaulichen Umfelds Loisachhalle und Grünvernetzung Pfarrgarten. Gestalterische und funktionale Aufwertung des westlichen Loisachufers, inkl. Grunderwerb und gegebenenfalls Kinderspielplatz. Schaffung von Entlastungsparkplätzen mit Umorganisation des Hatzplatzes, ergänzender Parkierung am Paradiesweg gegebenenfalls mit Parkdeck sowie einer möglichen Tiefgarage in Kombination zur Loisachhalle mit Ausgang Sebastianisteg, Zufahrt Sauerlacher Straße und Neugestaltung des Schulhofs. Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Ober- und Untermarkt, Verbesserung der Zwischenlösung. Funktionale und gestalterische Aufwertung im Bereich Johannisingasse inklusive Kreuzungsbereich Obermarkt. Verbesserung der Zugänge Bergwald. Funktionale und gestalterische Aufwertung Hatzplatz, Am Bach, Am Wasen sowie dem „Loisachring“. Städtebauliche Einbindung der S-Bahn-Verlängerung/Verlagerung des Bahnhofs. Aufwertung der Achse Bahnhof-Altstadt-Bergwald. Aktivierung Kraft-Areal als zentrumsnaher Ergänzungsbereich unter Berücksichtigung der Einschränkungen zum Branchenmix. Flächenpotential „Gleisdreieck“ für Wohnen. Baumaßnahmen zur Behebung des Leerstands, teilweise Sanierung und Nutzungskonzepte sind gefordert unter anderem für Untermarkt 10 (Bürgerladen?), Altes Krankenhaus, ehemaliges Forstamt, ehemaliges Isar-Kaufhaus.

Und schließlich hatte sich das Büro plankreis auch den Stellplätzen gewidmet. „Hier haben wir uns allerdings Fachleute an die Seite geholt“, so Rentsch. Aus den Ergebnissen Fahnbergs wurde dann eine Vertiefung des Parkierungskonzepts erarbeitet. „Wir haben von der Stadt eine ganze Reihe an unterschiedlichen Untersuchungen, Studien und ähnliches zum Thema zur Verfügung gestellt bekommen“, führte Rentsch aus. Diese seien alle eingearbeitet worden. Als Ergebnis kam eine Bewertung der unterschiedlichen Parkplatzangebote in der Stadt heraus mit Anzahl der Parkplätze und Bewertung hinsichtlich ihrer Relevanz für den Einkaufsbereich Innenstadt. So wird der Loisachhallenparkplatz als wichtigster Parkplatz für die Altstadt gesehen. *Fortsetzung auf Seite 18*

Fortsetzung von Seite 16

Durch eine Umorganisation wäre eventuell eine Mehrung der Stellplätze möglich, doch sollten sie ebenerdig bleiben. So sieht es Fahnberg auch beim Parkplatz hinter der Sparkasse. Dieser sei zwar nicht weit von der Innenstadt entfernt, doch er empfinde durch die Loisach eine Trennung. Durch Umgestaltung wäre auch hier eventuell eine Mehrung der Plätze in kleinem Umfang möglich. Fahnberg und Rentsch empfehlen allerdings auch hier, die Parkplätze ebenerdig zu belassen. „Ich empfinde die Zu- und Ausfahrt des Parkplatzes zum Floßkanal als nicht optimal“, begründete er. Als Chance sehen beide ein Parkhaus unter dem Schulgelände Am Hammerschmiedweg. Dieser Parkplatz sei zentral und schnell erreichbar. Mit Tiefgaragen unter dem Pausenhof sowie den Sportanlagen sowie einem Parkdeck auf dem Lehrerparkplatz könnten bis zu 200 Stellplätze möglich sein. Derzeit noch nicht als öffentlicher Platz wahrgenommen werde der Parkplatz der Berufsschule. Fahnberg schlägt eine Mehrfachnutzung auch für Veranstaltungen in der Altstadt vor.

Peter A. Plöbl (CSU) fielen in der Präsentation ein paar Fehler auf. So habe den Bau des Pfarrheims am Marienplatz natürlich nicht die Stadt gemacht, wie fälschlicherweise aufgelistet unter „Was haben wir geschafft“. Weiter wollte er wissen, ob das Büro plankreis eventuell an der Durchsetzung der Tunnellösung für die S-Bahnverlängerung beteiligt gewesen ist. „So weit reicht unser Einfluss nicht“, antwortete Rentsch ihm darauf. Allerdings stellte sie Fördermittel für die Entwicklung des Areals in Aussicht, wie auch für die Anbindung des unterirdischen Bahnhofs an das Gesamtnetz der Stadt.

Rudi Seibt (Grüne) erkundigte sich, ob in die Untersuchung des Büros plankreis auch das Energienutzungskonzept und die Sanierungskonzepte der Stadt eingeflossen seien. Laut Rentsch sei alles eingearbeitet worden, was von der Stadt zur Verfügung gestellt worden war.

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) erläuterte die Bedeutung der Ausarbeitung des Büros plankreis: „Bis Herbst müssen wir ausgearbeitet haben, was wir realisieren wollen und wofür Mittel beantragt werden sollen. Dafür brauchen wir das Büro plankreis.“

Schließlich führte Fahnberg als Fachplaner seine Ergebnisse zum Parkkonzept vor. Dabei betonte er, dass sein Auftrag nicht ein konkretes Parkraumkonzept gewesen ist. Vielmehr ging es darum, die vorliegenden Daten und „Vielzahl an Ideen“ in Form einer vertieften Bestandsaufnahme zu betrachten. So gebe es im Stadtgebiet viele unterschiedliche Parkdauer und Bezahlsysteme, die für einen Außenstehenden nicht einfach zu durchschauen seien. Das dynamische Parkleitsystem für den Hatzplatz und den Altstadtparkplatz an der Loisachhalle findet er sehr gut. Grundsätzlich sei es seiner Meinung nach sinnvoll, die Parkplätze mit höheren Gebühren zu belegen, je zentraler sie sind. Damit würde man einen höheren Parkplatzzumschlag erreichen. Weiter draußen sollte das Parken immer günstiger werden. „Das muss aber nicht zwangsläufig so sein, in jeder Stadt gelten andere Regeln“, fügte er hinzu, gutes Beispiel sei die Stadt Landsberg, die habe ihr Parkgebührenkonzept bereits drei Mal geändert.

Fahnbergs Fazit: „Für weitere Planungen brauche ich mehr Informationen, wie die durchschnittliche Parkdauer an den Parkplätzen, eine weitere Auswertung der automatischen Aufzeichnung der Parkierungsanlage, das Feststellen der Parksituation in der Innenstadt an typischen Tagen sowie die Ergebnisse einer Mobilitätsverhaltensbefragung.“ Er empfiehlt der Stadt die Einigung auf Ziele bevor das integrierte Parkraumkonzept fortgeschrieben wird. Dabei sollten Wechselwirkungen von KFZ-Verkehrsmengen, Aufenthaltsqualität und Einkaufsverhalten im Auge behalten werden.

Dr. Manfred Fleischer (CSU) war überrascht: „Wir wollten wissen, ob wir zusätzliche Parkplätze brauchen und welche Standorte in Frage kommen. Doch wem nützt das, was Sie jetzt vorgetragen haben.“ Wo die Parkmöglichkeiten in Wolfratshausen liegen, das wisse der gesamte Stadtrat doch schon lange. Er schlug vor, über eine weitere Beauftragung des plankreis zu diskutieren.

Rentsch versuchte zu erklären: „Wir haben die Unterlagen der Stadt und die Ergebnisse von Herrn Fahnberg in einen Zusammenhang gebracht. Das Ergebnis liegt ihnen heute vor, es ist als Diskussionsgrundlage gedacht. Für genauere Zahlen fehlt eben noch eine konkrete Untersuchung.“ Diese Gesamtbetrachtung sei für die Gewährung der Zuschüsse aus dem Städtebauförderprogramm erforderlich. Auch, ob das Vorhaben städtebaulich integriert und die Verkehrsführung geklärt ist. „Die Regierung von Oberbayern will schon sehen, ob das untersucht worden ist“, fügte sie hinzu.

Annette Heinloth (Grüne) fand die vorgestellten Ergebnisse als „interessant“. Allerdings hätte sie mit etwas ganz anderem gerechnet. Im November 2014 habe der Stadtrat doch eine Gesamtplanung für die gesamte Stadt beschlossen. „Für mich ist das jetzt alles seltsam gelaufen, wieso stehen wir denn jetzt wieder am Anfang“, fragte sie. Die Umgestaltung des Loisachufers werde so lange gebremst, bis ein Ersatz für die dort wegfallenden Parkplätze geschaffen werde. Doch dem sei man jetzt immer noch keinen Schritt näher. Sie wollte von Rentsch wissen, was denn nun noch für eine konkrete Planung nötig sei. Rentsch antwortete ihr, dass sie mit einem Parkkonzept und nicht mit der Planung eines Parkhauses beauftragt worden waren. Dabei würden die Parkplätze in einen Gesamtzusammenhang gebracht.

Fritz Meixner (SPD) meinte auch, dass die Stadträte im November 2014 beschlossen hatten, die Parksituation im Sinne einer Machbarkeitsstudie zu prüfen und sich bei der Städtebauförderung über Fördermittel zu informieren. „Warum spielen Sie den Ball im Sinne einer Zieldiskussion nach eininhalb Jahren wieder zurück. Warum haben Sie nicht schon vorher nach den Einzelheiten, die sie für eine abschließende Bewertung brauchen, gefragt“, wollte er wissen. Laut Rentsch sei plankreis nur mit einer Empfehlung beauftragt worden, die Ergebnisse waren bereits vor rund einem Jahr bei der Stadt abgegeben worden. Diese waren dann eben bei der Stadt liegen geblieben. Deswegen stünde die Parkdauererhebung und die Mobilitätsbefragung nun eben noch aus.

Bauamtsleiter Dieter Lejko stellte klar, dass das Thema aufgrund der angespannten Flüchtlingssituation seit August 2015 zurückgestellt werden musste. „Wir brauchen aber ein Konzept, um bei der Städtebauförderung weiterzukommen“, drängte er. Und Fahnberg fügte hinzu, dass die Regierung die Parkauslastungserhebung als Beweis verlange, ob es tatsächlich zu wenige Parkplätze in Wolfratshausen gebe. Übrigens hätten auch andere Kommunen in den vergangenen Monaten ihre Vorhaben zur Verbesserung des Verkehrs „hinten runterfal-

len lassen“. Wenn alles nach Plan gelaufen wäre, hätte die Stadt schon im Herbst vergangenes Jahr die fertige Ausarbeitung vorliegen gehabt.

Beppo Praller (BVW) wollte von Fahnberg wissen, welche Zahlen er denn noch brauche. Der Beschluss des Stadtrats sei doch schon eindeutig gewesen, mit konkreten Zahlen. Fahnberg antwortete ihm, dass er eben eine Erhebung der Parkdauer empfehle. Wichtig für ihn zu wissen sei allerdings, an welchem Tag in Wolfratshausen ein „normaler Tag“ sei. Für seine Arbeit sei wichtig zu wissen, wie hoch der Anteil an Dauerparkern im Stadtkern sei. Und dann müsse er von den Stadträten noch wissen, ob sie in der Innenstadt die Preise kostenlos oder im Gegenteil sogar am teuersten sein sollen. „Auch ist möglich, dass Sie sagen, Sie möchten eine autofreie Innenstadt. Doch das würde ich bei einer Stadt in der Größe Wolfratshausens nicht empfehlen“, meinte er.

Enttäuscht von der vorgelegten Studie ist Helmut Forster (BVW). „Wir sollten mit der Diskussion aufhören, das bringt doch alles nix“, meinte er. Er sei der Meinung, dass jetzt einfach die Planung in Auftrag gegeben werden solle, die Ergebnisse könnte man ja dann noch mit der Regierung von Oberbayern abstimmen. Vor der Loisachhalle sollen seiner Meinung nach nicht noch zusätzliche Parkplätze entstehen, dafür aber eben am Hatzplatz und am Paradiesweg. Verstimmt war er, dass die Tiefgarage unter der Schule vom Büro plankreis so deutlich als Chance hervorgehoben werde. „Wir hatten da vor etwa zehn Jahren schon einmal eine Untersuchung darüber. Die Idee ist also schon älter. Damals bekamen wir eine Kostenschätzung von rund 30 Millionen Euro vorgelegt.“

Rudi Seibt (Grüne) wollte schließlich sogar von Rentsch wissen, ob es sich für die Stadt lohne, das Büro plankreis weiter zu beschäftigen. Sie erklärte ihm, dass bei einem komplett förderfähigen Konzept die Mehrkosten zu 60 Prozent gefördert werden. Die Berechnung der Fördersumme sei allerdings sehr kompliziert. So werde bei einem Parkhaus zum Beispiel der eigentliche Stellplatz kaum oder gar nicht gefördert, wenn jedoch in die Fassade und die Gestaltung des Umfelds investiert werde, fließen dafür Fördergelder.

Zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller bat die Kollegen, Wolfratshausen jetzt nicht aus der Städtebauförderung wieder rauszunehmen. „Nachdem wir uns jetzt zwei Jahre im Kreis gedreht haben, muss es jetzt wieder weitergehen. Wir brauchen die Grundlagenerfassung und einen sauberen Fahrplan, wie es weitergehen soll.“ Bürgermeister Klaus Heilinglechner fügte hinzu, dass die Stadt den Antrag auf Städtebauförderung am 1. Dezember einreichen muss. Dafür sollten Plan- und Kostenschätzung möglichst fertig sein.

Schließlich stellte Dr. Manfred Fleischer (CSU) den Antrag zur Geschäftsordnung, dass der Beschluss verschoben werden soll. „Wir wollen jetzt eine Lösung für die Bürger und nicht über die Städtebauförderung noch mehr in die Warteschleife“, meinte er. Heilinglechner bat ihn „nicht zu polemisieren“. Selbstverständlich sei die Förderung von Vorhaben durch die Städtebauförderung mit einem gewissen Aufwand verbunden. Doch deswegen solle er das nicht so „runtermachen“. Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verschiebung wurde mehrheitlich angenommen.

● TOP 4) Vorlage der Jahresrechnung 2015 mit Jahresabschluss und Budgetbericht

Sachverhalt: Die Jahresrechnung 2015 mit Rechenschaftsbericht und Budgetabschlüssen wurden mit der Ladung zur Sitzung zugeleitet. In der Hauptausschuss-Sitzung wurde vom Kämmerer ein Überblick über das Rechnungsergebnis 2015 gegeben. In den Fachausschüssen wurden von den jeweiligen Budgetverantwortlichen die einzelnen Budgetergebnisse vorgestellt.

Rechenschaftsbericht/Allgemeiner Überblick:

Das Gesamtergebnis (42.815.699,16 Euro) liegt mit 460.399,16 Euro oder 1,1 Prozent über dem Haushaltsansatz. Der Gesamtansatz im Verwaltungshaushalt wurde mit 3,1 Prozent überschritten und der im Vermögenshaushalt mit 6,8 Prozent unterschritten. Ursächlich für die Erhöhung der Einnahmen im Verwaltungshaushalt sind neben den Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, bei der Grundsteuer B, beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer und den laufenden Zuweisungen nach FAG, die Mehreinnahmen in den Budgetbereichen sowie geringere Aufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage, die insgesamt zu einer erfreulichen Erhöhung der geplanten Zuführung zum Vermögenshaushalt auf insgesamt 5.162.424,10 Euro (Ansatz 3.976.100 Euro) führt. Die Erhöhung der Zuführung und die Mittelrückgaben im Vermögenshaushalt ermöglichen eine Reduzierung der Rücklagenentnahme im Vermögenshaushalt. Die ursprünglich geplante Entnahme in Höhe von 3.124.300 Euro konnte auf eine tatsächliche Entnahme in Höhe von 958.677,55 Euro reduziert werden. Eingeleitete Einnahmen in Höhe von 274.000 Euro aus Erschließungsbeiträgen wurden in 2015 nicht kassenwirksam.

Die Allgemeine Rücklage reduziert sich insgesamt auf 7.726.743,69 Euro. Davon entfallen 5.688.496,21 Euro auf die allgemeine Rücklage zur Risikovorsorge und 2.038.247,48 Euro auf die Rücklage zur Darlehenstilgung gemäß Stadtratsbeschluss vom 12. April 2011. Darlehensaufnahmen waren nicht vorgesehen. Der Schuldenstand zum 31. Dezember 2015 beträgt 14.297.825,34 Euro. Zur vorgesehenen, ordentlichen und außerordentlichen Tilgung wurde in 2015 wieder eine Sondertilgung in Höhe von 50.000 Euro geleistet. Die Pro-Kopf-Verschuldung für 2015 beträgt 788,32 Euro (Einwohner zum 30. Juni 2015: 18.137). Dies entspricht 113,11 Prozent des Landesdurchschnitts vergleichbarer Städte (2014: 697 Euro). Die Einwohnerzahl beruht auf der Fortschreibung des Zensus 2011.

Budget – Abschlussbericht 2015

Allgemeine Vorbemerkungen: Der Verwaltungshaushalt wurde im Jahr 2004 erstmals flächendeckend budgetiert und zwar mit insgesamt 11 Budgets. Im Budget 01 wird zunächst die zur Verfügung stehende Finanzmasse ermittelt. Dem stehen die so genannten „Ausgaben-Budgets“ Nr. 02 – 11 gegenüber. Der sich bei der Saldierung der beiden Endsummen normalerweise ergebende Überschuss (freie Finanzspanne im Verwaltungshaushalt) wird dann dem Vermögenshaushalt zugeführt. Das Budget 01 Finanzwirtschaft schließt insgesamt mit Mehreinnahmen in Höhe von 758.405,97 Euro.

Hier wurden Mehreinnahmen in Höhe von 454.028,55 Euro (Ansatz: 26.834.300 Euro) erwirtschaftet, denen im Sachaufwand auf der Ausgabenseite Minderausgaben in Höhe von 304.377,42 Euro (Ansatz: 11.634.800 Euro) gegenüberstehen.

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 18

So trug auf der Einnahmenseite die Grundsteuer B, ein erhöhter Anteil an der Einkommensteuer, der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und das Aufkommen aus der Grunderwerbssteuer zur Verbesserung des Ergebnisses bei.

Innerhalb der Ausgabebudgets 02 – 11 wurden Mehreinnahmen (Ansatz: 6.968.300 Euro) in Höhe von 590.627,73 Euro erwirtschaftet. Auf der Ausgabe Seite wurde der Ansatz der Personalausgaben (5.848.400 Euro) um 80.478,05 Euro und der Ansatz des Sachaufwands (12.343.300 Euro) um 82.231,55 Euro überschritten. Die Ausgabebudgets 02 – 11 tragen trotz der ungeplanten Mehraufwendungen mit insgesamt 427.918,13 Euro zur Entlastung des Haushalts bei.

Die Budgetverantwortung für das Budget 07 liegt bei den Stadtwerken. Von Seiten der Stadt wurden für 2015 die vereinbarten Pauschalen überwiesen. Zudem wurde eine Rechnung für eine nicht vorhersehbare Unterhaltsmaßnahme übernommen. Abweichungen werden aus Sicht des Budgetverwalters der Stadt dargestellt. Von Seiten der Stadtwerke wurde ein Controlling-Bericht erstellt, welcher Anlage der Jahresrechnung ist. Das kaufmännische Ergebnis wird im Jahresabschluss der Stadtwerke dokumentiert. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2015 beträgt 5.162.424,10 Euro.

Der komplette Jahresbericht und Budgetbericht können auf der Homepage der Stadt Wolfratshausen nachgelesen werden.

● **TOP 5) Änderung der Richtlinien für die Sportlerehrung in der Stadt Wolfratshausen hier: Antrag des Sportreferenten Benedikt Brustmann**

Sachverhalt: Die Erfahrungen der vergangenen Sportlerehrung haben gezeigt, dass bei den derzeitigen Richtlinien für die Sportlerehrung Verbesserungspotential besteht. Die „Hauptkategorien“ (Bronze, Silber und Gold): Die erbrachte sportliche Leistung der Sportlerin/ Sportler des Jahres und der Mannschaft wird nach den neu entworfenen Kriterien geehrt; der/die Sportler/in wird nicht mehr über eine Wahl durch die Öffentlichkeit ermittelt. Die Leistung soll im Vordergrund stehen und nicht der Bekanntheitsgrad oder die Anzahl der (Facebook)-Freunde. Die „Besonderen Kategorien“: Die Kategorie „Förderer des Sports“ bezieht sich nicht mehr auf eine Firma oder eine/n Sponsor/in. Die Auszeichnung erfolgt für eine Person, die durch ihren persönlichen Einsatz über Jahre hinweg die Sportler/innen und Mannschaft unterstützt hat. Die Ehrung als „Sportler/in des Jahres“ erfolgt weiterhin durch eine Wahl in der Öffentlichkeit. Hier können die in den Hauptkategorien geehrten Sportler/innen erneut vorgeschlagen werden.

Jährliche Durchführung: Die Sportlerehrung soll nach den neuen Richtlinien im jährlichen Turnus jeweils im 2. Quartal erfolgen. Dadurch liegt die zu ehrende sportliche Leistung nicht zu weit in der Vergangenheit. Damit soll verhindert werden, dass zum Beispiel eine aufgestiegene Fußballmannschaft gegebenenfalls zum Zeitpunkt der Ehrung bereits wieder abgestiegen ist, oder ein/e Sportler/in die Sportart eventuell gar nicht mehr ausübt, wie es beispielsweise 2015 passiert ist. Die öffentliche Wirksamkeit der Ehrung: Hier gibt es eine klarere Regel für die Bekanntgabe der Meldefristen über mehrere Medienkanäle (Homepage der Stadt Wolfratshausen, örtliche Zeitungen) sowie über ein direktes Anschreiben der Vereine. Die Abgabe der Stimme im Rahmen der öffentlichen Wahl zum „Sportler/in des Jahres“ kann nun auch über Online-Voting erfolgen.

Sportreferent Benedikt Brustmann (BVW) hatte einen Antrag, auf dem die oben genannte Ausarbeitung basiert, an die Stadt geschickt. Die Version ist in Zusammenarbeit und Rücksprache mit den Vorständen der Wolfratshausener Vereine, sowie in mehrmaliger Abstimmung mit einigen Stadträten entstanden und ausgearbeitet worden. Das Budget für die Sportlergala im Rahmen der Sportlerehrung solle auf 18.000 bis 20.000 Euro festgelegt werden.

Die Stadträte beschlossen diese neuen Richtlinien und auch die Begrenzung des Budgets einstimmig.

● **TOP 6) Antrag auf Nutzungsänderung einer Wohnung in Räume für die Mittagsbetreuung von Schulkindern im Bürgerhaus Weidach, Weidacher Hauptstr. 40 – Genehmigung als städtische Baumaßnahme**

Sachverhalt: Anfang des Jahres wurde die bisher vermietete Wohnung im Erdgeschoss des Bürgerhauses Weidach frei. Nachdem die ursprünglich angedachte Vermietung an eine Flüchtlingsfamilie nicht zustande kam, soll sie nun für die Mittagsbetreuung der Schulkinder in Weidach genutzt werden. Wesentliche Umbauten sind nicht notwendig, allerdings eine Genehmigung der Nutzungsänderung; der Bauantrag konnte vom Bauamt erstellt werden.

Beschluss: Der Stadtrat genehmigte einstimmig die Nutzungsänderung einer Wohnung in Räume für die Mittagsbetreuung von Schulkindern im Bürgerhaus Weidach nach Maßgabe der vom Bauamt gefertigten Planzeichnungen vom 6. Juni 2016 als städtische Baumaßnahme.

● **TOP 7) Antrag auf Nutzungsänderung einer Wohnung in Räume für die HEP-Schule in der ehemalige Landwirtschaftsschule, Bahnhofstr. 12 – Genehmigung als städtische Baumaßnahme**

Sachverhalt: Die Schule für Heilerziehungspflege (HEP), untergebracht in der ehemaligen Landwirtschaftsschule in Wolfratshausen, hat Kontakt mit der Stadt aufgenommen und mitgeteilt, dass sie Bedarf an weiteren Schulungs- und Büroräumen hätte. Nach Auslotung der Möglichkeiten, speziell hinsichtlich des Brandschutzes, können neben dem bereits dafür vorgesehenen Büro im Erdgeschoss noch die westliche Wohnung im 1. Obergeschoss sinnvoll und mit vertretbaren Kosten für die Umplanung und die baulichen Änderungen umgenutzt werden. Die HEP-Schule akzeptierte die angebotenen Räumlichkeiten, die Planer wurden mit der Anpassung der Eingabepläne beauftragt. Das Büro Bogner + Neubauer hat die nun abgestimmten Pläne zur Einrichtung an das Kreisbauamt vorgelegt, wesentliche Behinderungen im Bauablauf sind derzeit dadurch nicht zu erwarten.

Nicht vollkommen überzeugt von dem Vorgehen äußerte sich Annette Heinloth (Grüne). Gerade in einer Zeit, in der wenige Wohnungen in der Stadt zur Verfügung stehen, gibt die Stadt selbst eine eigene auf. Doch nach Rücksprache mit der Schule hatte sie sich von dem Bedarf überzeugt und konnte zustimmen. Nicht überzeugt blieb jedoch Dr. Hans Schmid (Grüne) er sieht Erweiterungsmöglichkeiten im näheren Umfeld der Schule, weswegen er auf diese Wohnung nicht verzichten wolle. „Wir wollten doch eigentlich Räume für soziale Nutzung freihalten und jetzt ist schon alles voll“, stellte er fest.

Beschluss: Der Stadtrat genehmigte mit zwei Gegenstimmen die Nutzungsänderung einer Wohnung in Räume für die HEP-Schule in der ehemalige Landwirtschaftsschule, Bahnhofstr. 12, nach Maßgabe der vom Architekturbüro Bogner & Neubauer, Wolfratshausen gefertigten Planzeichnungen vom 6. Juni 2016 als städtische Baumaßnahme.

● **TOP 8) Zuschüsse an Vereine und Organisationen hier: Antrag des Vereins „Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald“ auf Auszahlung**

Sachverhalt: Der Verein „Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald e.V.“ beantragt mit Schreiben vom 20. Mai 2016 die Auszahlung des mit Beschluss vom 15. Oktober 2013 gewährten Zuschusses in Höhe von maximal 500.000 Euro. Die Gewährung des Zuschusses wurde an zehn Bedingungen geknüpft, die nach Mitteilung des Vereins nunmehr erfüllt sind. Zum Nachweis der gesicherten Finanzierung wurde dem Schreiben vom 20. Mai 2016 eine neue Kostenberechnung nach DIN 276 beigelegt; hinsichtlich der angegebenen Zuschüsse wird auf die E-Mail vom 31. Mai 2016 verwiesen. Das Schriftstück zur Absicherung des Zuschusses im Grundbuch liegt unterschrieben beim Notar; der Stadt liegt ein Entwurf der Vereinbarung vor. Der Verein bittet, schnellstmöglich eine größere Summe auszuzahlen, da bereits erhebliche Kosten angefallen seien. Die Regierung von Oberbayern hat bestätigt, dass die Städtebauförderung insgesamt 750.000 Euro bewilligen wird; die Auszahlung einer ersten Rate soll in der kommenden Woche erfolgen.

Fritz Meixner (SPD) betonte, dass die SPD das Projekt inhaltlich voll unterstützt. „Wir freuen uns, dass ein Etappenziel erreicht worden ist. Vor dieser Leistung – erbracht dank Idealismus, Ausdauer und Mut – müsse man den Hut ziehen“, sagte er. Das Projekt bringe Menschen zusammen, der Ort werde schon jetzt mit Leben gefüllt. Dafür müsse man dem Verein danken. Die SPD wünsche sich die Realisierung des Museums und möchte sie möglichst so gestaltet sehen, dass der Verein nicht in die unangenehme Situation versetzt wird, eine Zwischenfinanzierung abzuschließen. Auch Helmut Forster (BVW) schätzt die geleistete Arbeit des Vereins, die er als überregional wichtig ansieht. Doch sieht er noch Gefahren durch die seiner Meinung nach ganz realistisch eingeschätzten Kosten. „Was passiert, wenn die Kosten um 30 Prozent steigen, mehr als 500.000 Euro gibt es von der Stadt nicht“, betonte er. Peter Plöb (CSU) betonte, dass man seiner Meinung nach auch die Stadt loben müsse, denn einen Zuschuss in dieser Höhe habe es in der Stadtgeschichte sicherlich noch nicht gegeben. „Das zeigt, wie viel uns der Verein wert ist“, betonte er. Dafür müsse die Stadt natürlich nicht die Ehrenmitgliedschaft erhalten, „was ja durchaus möglich wäre“. Er wünsche sich, dass das Museum ein Ort der Begegnung wird.

Beschluss (einstimmig): Als erste Rate des Zuschusses wird umgehend ein Teilbetrag von 125.000 Euro ausbezahlt. Bürgermeister Heilinglechner wird ermächtigt, weitere Raten in Höhe von mindestens 50.000 Euro und höchstens 125.000 Euro bis zu einem Gesamtbetrag von 400.000 Euro nach Nachweis der entsprechenden Rechnungsstellungen auszus zahlen. Die Auszahlung der Schlussrate erfolgt nach der Vorlage des vollständigen Verwendungsnachweises. Zweckbestimmung, Zuschussbetrag und gegebenenfalls Rückforderung bei nicht zweckgerechter Verwendung werden in einem Zuschussbescheid gemäß Art. 44 BayHO geregelt.

● **TOP 9) Einrichtung von Tempo 30-Strecken vor besonders schützenswerten Einrichtungen; hier: Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen vom 3. Juni 2016**

Sachverhalt: Am 3. Juni 2016 wurde von der Fraktion B90/ Die Grünen ein Antrag zur Einrichtung von Tempo 30-Strecken vor besonders schützenswerten Einrichtungen im Stadtgebiet zur Behandlung und Abstimmung im Stadtrat eingereicht.

Der Antrag lautet wie folgt: Die Fraktion Die Grünen beantragt, der Stadtrat möge in seiner Sitzung am 14. Juni 16 über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, vor allen Senioreneinrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten und Heimeinrichtungen in Wolfratshausen, vor denen nicht bereits Tempo 30 gilt, Tempo-30-Strecken (Streckengeschwindigkeitsregelungen, Zeichen 274.30) zu verfolgen. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat zeitnah vorzulegen.

Betroffene Einrichtungen (Aufzählung ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Grund- und Mittelschule am Hammerschmiedweg, sowie Real- und Berufsschule: Sauerlacher Straße ab Wasen bis zum Bahnhof; AWO Senioren- und Demenzzentrum und Heilpädagogische Tagesstätte (Littig Villa); Äußere Beuerberger Straße bis Einmündung Johannissgasse; Kindergarten „Kinderland Weyarn“: Königsdorfer Straße gegenüber Tengelmann; Kinderkrippe Kolobri: Hans-Urmler-Ring Nähe Polizei; Musikschule, Kunstförderschule Klecks und stationäre Jugendhilfe-Einrichtung „Alte Polizei“; Ende Münchner Straße/ Teilbereich Untermarkt; Johanniter-Kinderkrippe Haupt Pharma: Pfaffenrieder Straße.

Begründung: Auf Bundesratsebene wurde schon beschlossen, Verkehrsteilnehmende im Bereich dieser sensiblen Zonen durch Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit auf 30 km/h besonders zu schützen. Dies steht im Einklang mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung in der Fassung vom 11. November 2014 zu den §§39-43, Allgemeines über Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, Ziffer I., Nummer 2.: Die Flüssigkeit des Verkehrs ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu erhalten. Dabei geht die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer der Flüssigkeit des Verkehrs vor.

Alfred Fraas (CSU) findet den Antrag gut, allerdings wünsche er sich vor einem Beschluss, die Grenzen der Tempo-30-Strecken genauer zu definieren. Roswitha Beyer (SPD) würde ebenfalls zustimmen, bat jedoch zusätzlich eine Zeitbeschränkung der Tempo-30-Regelung ähnlich der am Geretsrieder Schulzentrum auf werktags von 8 bis 17 Uhr aufzunehmen. Außerhalb dieser Zeiten sowie in den Ferien und am Wochenende dürfe dort schneller gefahren werden. Dr. Manfred Fleischer (CSU) wollte nicht an allen vorgeschlagenen Einrichtungen. So sei der Kindergarten der Firma Haupt Pharma im Innenhof und es bräuchte daher kein Tempo 30 im Innenhof.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 20

Er bat die Verwaltung, die einzelnen Strecken einzeln zur Abstimmung vorzulegen. Schließlich bat Rudi Seibt (Grüne) dass die Stadt grundsätzlich über eine Regelschwindigkeit von 30 Stundekilometer in Wolfratshausen nachdenke.

Beschluss: Der Stadtrat beauftragte mit drei Gegenstimmen die Stadtverwaltung das Thema mit den besprochenen Einzelheiten zu verfolgen. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat zeitnah vorzulegen.

● TOP 10) Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben des Bürgermeisters:

Anfrage Herr Stadtrat Eibl – Gestaltung Beteiligungsbericht StäWo/SWW: Der Beteiligungsbericht richtet sich nach Art. 94 Abs. 3 GO. Im Beteiligungsbericht sollen folgende Angaben enthalten sein: Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft, die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans, die Ertragslage und die Kreditaufnahme.

Die Stadt hat jährlich einen Bericht über ihre Beteiligung an Unternehmen zu erstellen, wenn ihr mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört. Der Bericht ist dem Stadtrat vorzulegen.

Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbH veröffentlicht den Jahresabschluss nach §§ 264 Abs. 3, 264b HGB auf der Plattform des Bundesanzeigers im Internet.

Stadtradeln: Die Aktion Stadtradeln rückt immer näher. Am 4. Juli ist es schon so weit, dass fleißig für den Klimaschutz und die Radverkehrsförderung in Wolfratshausen in die Pedale getreten werden kann. Bisher haben sich schon 49 Teilnehmer in 9 Teams zum Stadtradeln angemeldet. Auch 10 Mitglieder des Stadtrates sind bereits dabei. Weitere Anmeldungen unter www.stadtradeln.de/Wolfratshausen2016 sind ausdrücklich erwünscht!

Die Sparkasse Wolfratshausen hat sich bereit erklärt, als Sponsor für die besten drei Schulklassen Wolfratshausen zur Verfügung zu stehen. Die Klassen können sich über Geldspenden für die Klassenkasse freuen: 1. Preis 150 Euro, 2. Preis 100 Euro, 3. Preis 50 Euro. Die VR Bank München Land hat 500 Euro zur Verfügung gestellt. Fahrrad Oswald hat bereits die Bereitstellung von Sachpreisen angekündigt. Außerdem erhalten alle, die am Stadtradeln teilnehmen ein Stadtradel-Armband, mit dem sie in den teilnehmenden Gastronomiebetrieben in Wolfratshausen während des Aktionszeitraums von 4. bis 24. Juli Vergünstigungen erhalten. Folgende Unternehmen haben Ihre Unterstützung in Form von Rabatten oder Freigetränken bereits zugesagt: Wirtshaus Flößerei, Dug Minh-Restaurant, Rathauscafé Streicher, Sportheim Wolfratshausen Restaurant. Zu erkennen sind die Betriebe am Stadtradeln-Logo. Die Liste der Unternehmen wird auch auf der Homepage der Stadt veröffentlicht und laufend aktualisiert. Der Bürgermeister dankte für diese Unterstützung ausdrücklich. Er informierte noch, dass die Stadt Penzberg die Aktion schon beendet hat und hat mit 60 aktiven Teilnehmern, davon zehn Stadtratsmitgliedern. 13 Teams hatten 12.072 km (!) geschafft.

Anfragen der Stadträte

Dr. Manfred Fleischer (CSU) zum Thema Verkehr: Seit einem halben Jahr nehme der Verkehr auf der Sauerbacher Straße stadteinwärts deutlich zu. Vom der Nantweiner Kirche bis zum Bahnhof brauche man aktuell dreimal so lange wie sonst. „Nach dem Floßkanal löst sich dann alles wieder auf. Liegt das vielleicht an der Ampelschaltung?“ Bürgermeister Heilinglechner erklärte, an der Ampelschaltung sei nichts geändert worden. Aktuell stünde jedoch eine Umstellung der Ampel an. Roswitha Beyer (SPD) zur Städtefreundschaft mit Manzano: Im Juli findet in der italienischen Freundschaftsstadt Manzano wieder das Stuhlfest statt. Der Freundschaftsverein möchte mit einer Delegation anreisen. Sie bat die Stadträte sich zu überlegen, ob sie teilnehmen möchten.

Peter Plößl (CSU) zum Verkehrsspiegel an der Weidacher Hauptstraße: Seit vielen Jahren fordert er die Aufstellung eines Spiegels um den Verkehr an der übersichtlichen Kreuzung besser sehen zu können. Er bat um Prüfung. Weiter fragte er nach notwendigen Arbeiten am Walsersweg. Laut Bauamtsleiter Dieter Lejko fallen diese unter Gewährleistung und werden durchgeführt, sobald es drei Tage trocken ist.

Annette Heinloth (Grüne) zum kürzlich stattgefundenen Hof- und Gartenflohmarkt: Sie bedankte sich bei der Initiatorin und Organisatorin, der Stadträtin Dr. Ulrike Kirschke (BVW). Es habe sehr viel Freude gemacht, das soll bitte nächstes Jahr wieder stattfinden.

Benedikt Brustmann (BVW) zum Verkehr in der Pfaffenrieder Straße: Hier gebe es jetzt tolle neue Haltelinien, doch vom Autohaus Jorde stau sich der Verkehr immer noch zurück. Er schlug zur Verbesserung der Situation Haltelinien vor der Kreuzung Hans-Urmler-Ring vor sowie eine Spuraufteilung für die Rechtsabbieger. Manfred Menke (SPD) zur Sportlerehrung: Er wollte wissen, ob sich die Sportvereine eventuell künstlerisch einbringen würden. Laut Sportreferent Benedikt Brustmann sei dies der Fall. Die Vereine überlegen, welches Rahmenprogramm sie bieten können. „Es sollte aber etwas Besonderes sein, damit es auch eine Show bleibt“, meinte er.

Dr. Hans Schmid (Grüne) zum Rückschnitt der privaten Hecken: Es ist ihm aufgefallen, dass einige Hecken in privaten Gärten auf Gehwege herausragen. Ein Rückschnitt sei Pflicht und dringend nötig, um den Verkehr nicht zu gefährden. Bürgermeister Klaus Heilinglechner versprach, dies prüfen zu lassen.

Weiter erkundigte sich Schmid zum Sachstand „Interkommunales Hallenbad“. Heilinglechner antwortete ihm, Bürgermeister Michael Müller aus Geretsried sei gerade viel auf Sitzungen in den anderen beteiligten Kommunen. Schmid bat ihn, dennoch mit ihm einen Termin zu vereinbaren, da „Wolfratshausen eine Schlüsselrolle hat“. Dem stimmte auch Beppo Praller (BVW) zu. Er bat darum, dass sich die Fraktionen intern treffen, um Ideen und Vorschläge zu erarbeiten.

Rudi Seibt (Grüne) wies auf den Film der Energiewende Oberland „Power to change“ hin, der am 29. Juni im Wolfratshausener Kino gezeigt wird.

Alfred Fraas (CSU) informierte sich zum Sachstand „Bergwald“. Hier war nach dem Starkregen eine Mure abgegangen. Bürgermeister Klaus Heilinglechner verlas dazu einen Sachstandsbericht und antwortete damit auch auf eine schriftliche Frage von Dr. Hans Schmid.

Bekanntmachung

Anlässlich des Betriebsausfluges der Stadt Wolfratshausen bleiben

- das Rathaus
- die Büchereien Wolfratshausen und Waldram
- der Schulkindergarten
- die Kinderkrippe in Waldram sowie
- der städtische Kindergarten in Waldram und Weidach

am **Freitag, den 24. Juni 2016** geschlossen.

Klaus Heilinglechner, 1. Bürgermeister

Neues aus



Stadtkirche Wolfratshausen St. Andreas und St. Josef der Arbeiter

Gottesdienstordnung vom 23.06. bis 03.07.2016

- **Donnerstag, 23.06.2016:** 19:00 Seminar: Hl. Messe; 19:00 Dorfen: Hl. Messe
- **Freitag, 24.06.2016:** 8:00 St. Andreas: Ökumenischer Abiturgottesdienst des Gymnasiums Icking; 9:00 Frauenkapelle: Hl. Messe; 10:00 St. Josef d. A.: Abiturgottesdienst St. Matthias, 16:30 Rosenkranz
- **Samstag, 25.06.2016:** 17:30 Kreisklinik: Vorabendmesse; 17:15 St. Andreas: Rosenkranz und Beichtgelegenheit, 18:00 Vorabendmesse; 17:20 St. Josef d. A.: Rosenkranz und Beichtgelegenheit, 18:00 Vorabendmesse
- **Sonntag, 26.06.2016:** 8:45 Nantwein: Hl. Messe; 9:00 Dorfen: Hl. Messe zum Patrozinium; 10:00 Gelting: Hl. Messe; 10:30 St. Josef d. A.: Pfarr- und Familiengottesdienst; 10:30 St. Andreas: Pfarrgottesdienst; 19:00 Nantwein: Hl. Messe f.d. Verstorbenen der Pfarrei im Monat Mai
- **Montag, 27.06.2016:** 19:00 Seminar: Hl. Messe (mit Bibelarbeit)
- **Dienstag, 28.06.2016:** 18:00 Gelting: Hl. Messe; 19:00 St. Josef d. A.: Hl. Messe
- **Mittwoch, 29.06.2016:** 9:00 St. Andreas: Hl. Messe; 16:00 Pflegeheim: Hl. Messe
- **Donnerstag, 30.06.2016:** 19:00 Seminar: Hl. Messe; 19:00 Dorfen: Hl. Messe
- **Freitag, 01.07.2016:** 9:00 St. Josef d. A.: Herz-Jesu-Amt; 9:00 Frauenkapelle: Hl. Messe
- **Samstag, 02.07.2016:** 17:30 Kreisklinik: Vorabendmesse; 17:15 St. Andreas: Rosenkranz und Beichtgelegenheit, 18:00 Vorabendmesse; 17:20 St. Josef d. A.: Rosenkranz und Beichtgelegenheit, 18:00 Vorabendmesse
- **Sonntag, 03.07.2016 – Kollekte Peterspfennig:** 8:45 Nantwein: Hl. Messe; 9:00 Dorfen: Hl. Messe; 10:00 Gelting: Hl. Messe; 10:30 St. Josef d. A.: Pfarrgottesdienst als Feldgottesdienst am Sportplatz mit der DJK; 10:30 St. Andreas: Pfarrgottesdienst mit Aufnahme der neuen Ministranten, musikalisch v. d. Jugend gestaltet; 19:00 Nantwein: Hl. Messe



1. FC Weidach



● G1-Junioren: SV Söcking – 1. FC Weidach G1 1:4 (1:2)

Nach zuletzt 2 schwächeren Spielen zeigte das gesamte Team dieses Mal eine stark verbesserte Leistung, welche aber gegen einen taktisch stark spielenden Gegner auch von Nöten war. Nach einem berechtigten Hand-7-meter geriet man plötzlich mit 1:0 in Rückstand, was es für das weitere Spiel nicht einfacher machte. Die Mannschaft ließ sich von dem Rückstand aber nicht schocken und konnte das Spiel noch vor der Halbzeit zum 1:2 drehen. In der 2. Halbzeit hatten die Weidacher Kicker den Gegner voll im Griff und konnte schnell auf 3:1 erhöhen. Der Treffer zum 4:1 Endstand viel durch einen wunderschönen direkt verwandelten Freistoß. Dies war auch das letzte Spiel in der Starnberger G-Jugend Freundschaftsrunde und die Weidacher Mannschaft holte mit 7 Siegen aus 7 Spielen völlig verdient den Meistertitel. Der Trainer der Weidacher bedankt sich bei den Eltern und seinen Spielern, freut sich über deren Entwicklung und lobt die über weite Strecken der Saison überragende Leistungen

Weidacher G1: Moritz, Botond, Niko, David, Luis(1), Tobias, Raffael(1), Jakob(2), Max, Valentin, Felix

	Sp.	S.	U.	N.	Tore	Diff.	Pkt.
1. • 1. FC Weidach	7	7	0	0	34 : 4	30	21
2. • FT Starnberg	7	6	0	1	20 : 5	15	18
3. ↑ SC Percha	7	4	0	3	43 : 25	18	12
4. ↓ TSV Schäftlarn	7	4	0	3	26 : 24	2	12
5. ↓ SV Söcking	6	3	0	3	20 : 13	7	9
6. ↑ MTV Berg	7	2	0	5	11 : 30	-19	6
7. ↓ SC Pöcking	7	1	0	6	13 : 25	-22	3
8. • TSV Höhenrain	6	0	0	6	3 : 34	-31	0

● **Samstag 02.07.2016, 10.30 Uhr: Red Bull Salzburg U7 – 1. FC Weidach G1**
Wie im Comic bei Asterix und Obelix, in dem das riesige römische Reich immer das kleine Gallische Dorf versucht zu besiegen, geht es auch bald unseren G1-Junioren. Durch die Super-Entwicklung des gesamten Teams und der dadurch verbundenen Leistungen und Erfolge ist es unserem Trainer Robert Scherzl gelungen ein wohl einmaliges Erlebnis für unsere Kinder zu organisieren. Das Spiel gegen die U7 des Profivereins Red Bull Salzburg, die bereits in diesem Alter Spieler aus einem Umkreis von bis zu 60km in ihrem Team haben, wird auf der 50 Millionen Euro – Anlage der Nachwuchsakademie in Salzburg ausgetragen. Dieses Spiel wird ein absolutes Highlight zum Abschluss der Saison und ein unvergesslicher Tag in der fast 60 jährigen Historie des gesamten 1. FC Weidach werden.